

Unser Land Indigene Selbstbestimmung in Zeiten der Globalisierung

Kolumbiengruppe Berlin und Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile Lateinamerika (FDCL e.V.)



Grupo Colombia Berlin y Centro de Investigación y Documentación Chile - América Latina (FDCL e.V.)

Territorios Indígenas en la época de la Globalización

Einleitung / Introducción

- 2 Unser Land - Indigene Selbstbestimmung
in Zeiten der Globalisierung**
- 8 Territorios Indígenas en la
época de la Globalización**

Kolumbien / Colombia

- 14 Urrá, ein Megaprojekt, das zum Genozid
des Embera Katío Volkes führt**
- 19 Urrá, un Megaproyecto que lleva
al exterminio del Pueblo Embera Katío**

Chile

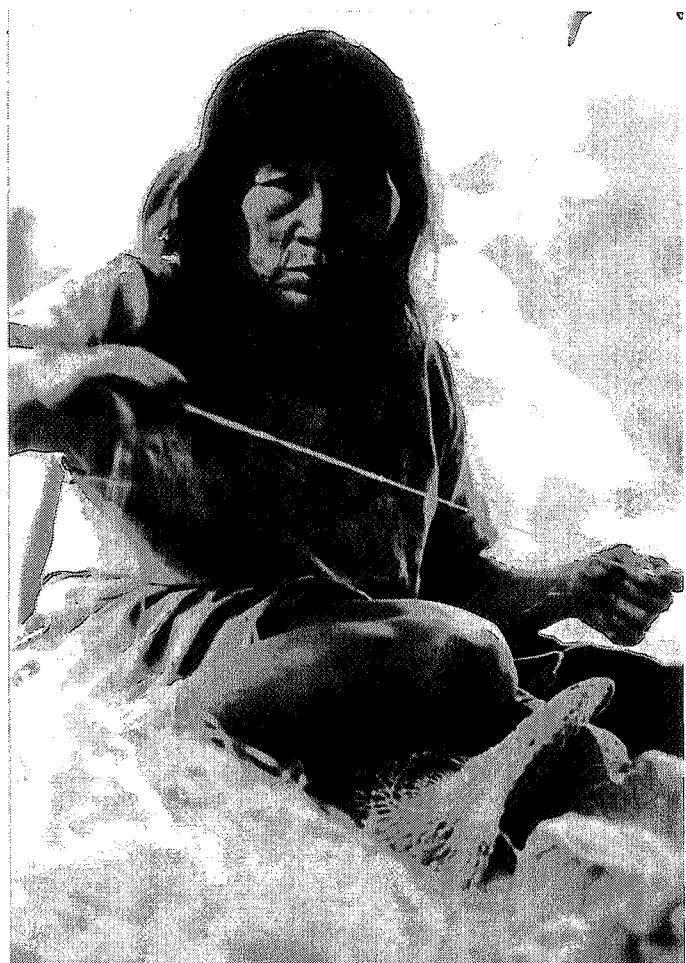
- 24 Indigene Völker in Chile
Das Beispiel der Mapuche**
- 34 Pueblos Indígenas en Chile
El caso de los Mapuches**

Ecuador

- 43 Indigene Territorien Ecuadors,
Staatliche Interessen und Ölkonzerne
Was tut die internationale Gemeinschaft?**

- 56 Intereses estatales y
multinacionales petroleras
Qué papel juega la
comunidad internacional ?**

- 67 Impressum**



E i n l e i t u n g

Unser Land Indigene Selbstbestimmung in Zeiten der Globalisierung

Bis heute kämpfen die indigenen Völker Lateinamerikas um ihr Land, die Biodiversität, ihre Identität, Kultur und Autonomie als Völker. Seit der Kolonialisierung Lateinamerikas, dem größten Genozid der Geschichte (1), sind über 500 Jahre vergangen. Seither mussten die Überlebenden immer versuchen, das Bisschen eigenes Land, das ihnen geblieben ist, vor neuen Raubzügen zu schützen.

In Berlin sollte im September 2001 eine Konferenz stattfinden mit dem Titel: indigene Völker - Menschenrechte, Kulturen, Entwicklung - Wege zur Veränderung in Mittelamerika und Südamerika.“ Organisiert von der Informations- und Pressestelle der Bundesregierung, dem Haus der Kulturen der Welt, dem Entwicklungs- und dem Außenministerium sowie der Heinrich Böll Stiftung. Aus diesem Anlass entschlossen sich die Kolumbiengruppe Berlin und das Dokumentations- und Forschungszentrum Chile und Lateinamerika e.V. (FDCL), diese Broschüre herauszugeben, um zur Analyse der Indigenen Problematik auf dem Kontinent beizutragen. Leider hat die Konferenz nicht stattgefunden. Die lateinamerikanischen Regierungen intervenierten gegen ihre Durchführung und die deutsche Regierung gab dem Druck nach und sagte die Konferenz ab. Dies zeigt uns deutlich, dass die Frage der indigenen Selbstbestimmung eine Achillesferse für die lateinamerikanischen Regierungen ist. Fragen, die mit der Selbstbestimmung der Völker, mit dem Konzept der Territorialität und der Autonomie zu tun haben, sind den Regierungen und Konzernen ein steter Anlass zur Beunruhigung: Sie argumentieren, dass solche Ansprüche einen Anschlag gegen die nationale Einheit, die staatliche Souveränität und die freie Verteilung der Güter darstellen (2).

Die Artikel in dieser Broschüre zeigen konkrete Beispiele diverser Problemstellungen, die mit den indigenen Mobilisierungen einhergehen. Die Dimension des Konflikts zwischen indigenen Völkern und Regierungen wird in ihnen offenbar.

Herausforderungen für die indigenen Völker

Es sind zumindest drei Herausforderungen, denen sich die indigenen Völker heute stellen müssen:

„Zuerst handelt es sich um den Versuch, einen klei-

nen Teil des einstigen Territoriums zurückzugewinnen, dann geht es darum, auf dem zurückgewonnenen Boden eine eigenständige Entwicklung in Gang zu setzen und drittens, die Prinzipien der Gegenseitigkeit und Solidarität ihrer Völker im allgemeinen Kontext der kapitalistischen Expansion nicht zu verlieren“ (3).

Diese Ziele wurden von den Indígenas selbst formuliert, die sich seit mindestens drei Jahrzehnten in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern massiv für ihre Rechte einsetzen - und dabei eine ganzheitliche Sicht der Probleme zeigen, die nicht allein ihre Völker betreffen, sondern auch den größten Teil der Bevölkerung, von den Segnungen der ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklung ausgeschlossen bleibt. In diesem Sinn können wir zum Beispiel den Indigenenaufstand in Ecuador verstehen, wo die Indigenabewegung gemeinsam mit anderen sozialen Organisationen 1996 als „Plurinationale Bewegung Patchakutic - Neues Land“ an den nationalen Wahlen teilnahm. Patchakutic installierte sich als parlamentarische Kraft mit acht Deputierten, fünf von ihnen Indígenas. Im Januar 2000 fordern Indígena- und Bauerngruppierungen, gemeinsam mit einem großen Teil der Bevölkerung, die Entlassung des Präsidenten Jamil Mahuad und die Aufhebung des Wirtschaftspakets auf Basis der Dollarisierung.

Die Frente Zapatista de Liberación Nacional (FZLN) Mexicos trat 1994 mit dem Beginn der NAFTA - Freihandelszone zwischen den Vereinigten Staaten, Mexico und Canada - auf den Plan. Sie fordert die Beteiligung an den ökonomischen Weichenstellungen Mexikos und kämpft für die spezifischen Anliegen der indigenen Bevölkerung wie territoriale Autonomie, Selbstbestimmung und die Anerkennung der indigenen Völker. Außerdem

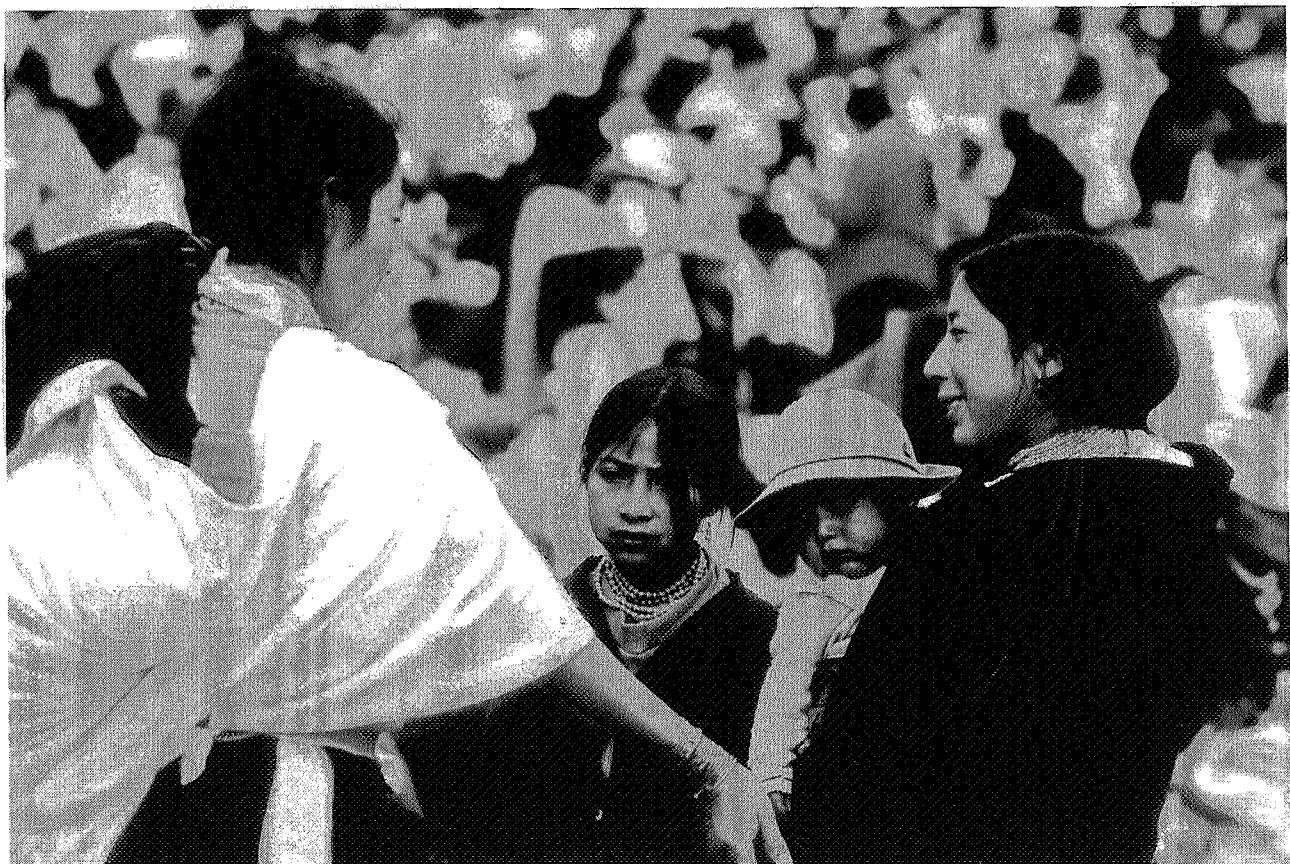
setzt sich die FZLN für eine demokratische Gesellschaft mit politischer und juristischer Gleichheit und mit einer gerechten Verteilung des Einkommens und des Landeigentums ein.

In anderen Ländern wie Kolumbien, Bolivien, Chile und Guatemala entstehen Bewegungen, die den Indígenas die Wiedergewinnung ihrer Territorien ermöglichen - die kolumbianischen Bewegungen haben es auch geschafft, dass in die Verfassung von 1991 die Pflicht des Staates eingeschrieben wurde, die ethnische und kulturelle Pluralität anzuerkennen, die indigenen Territorien auf den juristischen Stand einer territorialen Körperschaft zu erheben und die indigenen Sprachen in den jeweiligen Gebieten als offizielle anzuerkennen (4). Die Indígenas Boliviens schafften es 1994, durch einen 34-tägigen Friedensmarsch unter dem Motto „für Boden und Gerechtigkeit“, dass die bolivianische Verfassung das Land als „frei, unabhängig, multiethnisch und plurikulturell“ definierte und dass 1996 den Indígenas die legale Garantie ihrer Territorien anerkannt wurde.

Beim Nachdenken über die Kämpfe der indigenen Völker müssen wir uns fragen, was das aktuelle Globalisierungsmodell mit seinem Zusammenschluss von verschiedenen Ökonomien, Regionen und Märkten mit dem einzigen Ziel der Expansion und Kapitalakkumulation

bedeutet. „Ein Prozess, der die letzten natürlichen Ressourcen ausbeutet, der die Privatisierung vorantreibt und natürlich die Territorien der Indígenas immer mehr in den kapitalistischen Warenkreislauf hineintreibt.“

Das kann nicht anders sein, bewohnen doch diese Völker Gegenden wie den Amazonas oder den „Tribal Belt“ in Indien, reich an Biodiversität und Bodenschätzen. Das Entwicklungsmodell bildet einen schroffen Gegensatz zu den als „vormodern“ angesehenen Werten und Traditionen der Indígenas. Die so schmerzvolle Zerstörung der Lebensformen und Kosmovisionen ist nicht nur ein Resultat der Globalisierung. Die Besetzung der Gebiete, gewaltsame Vertreibung, Verkenning und Abwertung gegenüber deren traditioneller Ordnung, die Zerstörung der Symbole und Bindungen in den Gemeinschaften sind über die gesamte Geschichte der indigenen Völker seit der Kolonialisierung konstant geblieben. Wenn keine politische Reglementierung des Globalisierungsprozesses stattfindet, bedeutet das einen enormen Einbruch in die sozialen und politischen Errungenschaften auf dem Gebiet der Autonomie, des Rechts, der Kultur und vor allem in Bezug auf den legalen Schutz ihrer Territorien und Ressourcen. Die grausame Realität ist, dass die Perspektiven der Indígenas, ihre Lebensformen und Strategien, die bislang das Überleben als Völker ermöglichten, unter den jetzigen Bedingungen zerstört werden“ (5).



Das Territorialkonzept und die indigene Kosmovision

Für das Verständnis der indigenen Bewegungen ist das Konzept von Territorium ein wesentlicher Schlüssel zu ihrer Problematik. Es enthält einen Kernpunkt ihrer Kosmovision: „Wald und Berg sind eine Einheit, die Männer und Frauen, Flüsse, Tiere, Bäume, Luft und Boden einschließt“ (6).

Das drückt sich auch in diesem Aufruf aus: „Der Konflikt mit dem Staat hat sich in einen Kampf darum verwandelt, wer die Territorien kontrolliert, wer sich der Ressourcen bemächtigt, wer regiert. Wir erheben Anspruch auf die indigenen Gebiete. Wir gehören zu unserem Boden. Wenn die Embera geboren werden, sähen sie die Nabelschnur im Boden, damit dort ein Baum wächst. Die schwarze Linie der Chibchavölker ist eine Markierung in der Erinnerung, immer wenn ein Wayúu stirbt, muss er auf den Familienfriedhof zurückkehren. Der Boden ist das Haus der Regierung und der Ursprung der Gedanken.“

Wir sind uns bewusst, dass diese Territorialität sich in den letzten fünfzig Jahren verändert hat und wir wissen um die Realität des Zusammenlebens mit der gesamten kolumbianischen Bevölkerung. In den Indigenengebieten, wo die Präsenz anderer Völker Realität ist, erkennen wir das Recht dieser Bevölkerungen — Bauern und Schwarze — an, und setzen uns dafür ein, dass auch sie einen Platz haben, an dem sie mit Würde leben können. In den Fällen in denen wie bisher nicht von unseren Ländern vertrieben werden konnten, machen wir weiterhin unseren Anspruch auf das Land geltend. Ein Indigenes Gebiet zeichnet sich dadurch aus, dass dort unsere indigenen Gesetze und Normen gelten“ (7).

Wenn das Ziel dieser Veröffentlichung in der Infragestaltung dieses Globalisierungsmodells besteht, das Grenzen und Völkern Gewalt antut, so müssen wir auf zwei große Probleme aufmerksam machen, die in den Konflikten der indigenen Völker in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern auftauchen: Der Bau von Megaprojekten und die Problematik des illegalen Anbaus.

Großprojekte

Immer mehr und mehr Großprojekte - wie der Bau von Infrastruktur - beispielsweise Staudämme - Ausbeutung von Bodenschätzen wie Erdöl oder von erneuerbaren Ressourcen wie Holz haben schwerwiegende soziale, kulturelle, ökologische und ökonomische Begleiterscheinungen für die jeweiligen Regionen. Der Verlust der indigenen Gebiete, die Konsequenzen für deren Bevölkerung sowie für die Bauern und Fischer - und die Umweltschäden - destabilisieren die Regionen (8) und sind der Grund für die Indigenabewegungen in

Ecuador, Mexiko, Kolumbien, Chile, Guatemala und anderen Ländern des Kontinents. In diesem Heft werden wir Raum für die genauere Analyse dieser Erfahrungen haben.

Hinblick auf die Rolle der unterschiedlichen internationalen Instanzen, die mit der Verteidigung der Rechte indigener Völker befasst sind, zeigen sich klare Limitationen. So wurde zum Beispiel die Konvention über die Indigenen- und Stammesvölker, die von der Internationalen Arbeitskonferenz (OIT) 1989 verabschiedet wurde, bisher lediglich von 14 Ländern ratifiziert, zu denen Deutschland nicht gehört. In diesem Zusammenhang lässt sich auch die 1982 im Rahmen der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen eingerichtete „Arbeitsgemeinschaft für autochthone Bevölkerungsgruppen“ erwähnen. Die Arbeitsgemeinschaft geht auf einen Vorschlag des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) hervor, der Anfang der siebziger Jahre eine eigene Studie über das Problem der Diskriminierung indigener Völker erstellen ließ. Die Aufgabe dieser Arbeitsgemeinschaft besteht in der Beobachtung der Situation indigener Völker, in der Förderung ihrer Rechte, wie in der Festsetzung bestimmter internationaler Standards für diese Rechte.

Die für die Jahre 1994 bis 2004 ausgerufene „Internationale Dekade der Ureinwohner“ hat bisher zwei Projekte hervorgebracht:

A) 1994 wurde von der Menschenrechts-Unterkommission ein Deklarationsentwurf über die Rechte indigener Völker angenommen, der von Vertretern von Indigenenorganisationen ausgearbeitet worden war. Nach Überarbeitung dieses Entwurfs durch eine Arbeitsgruppe werden die einzelnen Artikel durch die Menschenrechtskommission der Vollversammlung angenommen (bisher 2 der 45 Artikel). Die Deklaration, beziehungsweise ihr Entwurf enthält einige Neuerungen: den indigenen Völkern (dieser Begriff wird durchgehend benutzt, obwohl er international noch umstritten ist) sollen Gruppenrechte und das Recht auf Selbstbestimmung zustehen. Dieses Recht, sozusagen als ein „Recht auf Unterschied“ der eigenen Kultur, wird von vielen Regierungsvertretern nicht anerkannt oder uminterpretiert.

B) Seit 1993 gab es Forderungen, ein „ständiges Forum“ einzurichten, um Probleme indigener Bevölkerungsgruppen dauerhaft zu behandeln. 1998 begann eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe, sich mit der Zusammensetzung und einem möglichen Aufgabenfeld eines solchen Forums zu beschäftigen, aber schnell kam es in Fragen der Zusammensetzung zu Uneinigkeiten zwischen den Indigenen- und Regierungsvertretern. Trotz allem befürwortete die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen im April 2000 die Einrichtung eines solchen Forums, im Dezember des selben Jahres wurde diese Ent-

scheidung von der Generalversammlung begrüßt. Das Organ soll aus 16 Mitgliedern bestehen (acht unabhängigen Experten und acht Vertretern der Autochthonenorganisationen) (9).

Die Vereinten Nationen erhoffen sich zwischen diesem neuen Organ und der schon oben erwähnten „Arbeitsgruppe für autochthone Bevölkerungsgruppen“ eine produktive Zusammenarbeit.

Diese internationalen Anstrengungen haben es sicher vielen Ländern einfacher gemacht, in ihrer Verfassung den multiethnischen Charakter der Staaten und das Recht der Indígenas auf das von ihnen bewohnte Land anzuerkennen, aber meist hat dies keine großen realen Auswirkungen.

Analysieren wir zum Beispiel das Vorgehen der Staaten, sowohl im Süden als auch im Norden, transnationale Unternehmen in den Reservaten zu legalisieren - die Indígenas werden hierbei nicht respektiert und gewürdigt. Dass es diese Völker sind, welche die reiche Biodiversität, die kulturelle Vielfalt und die biologische Harmonie der Regionen erhalten haben, wird verschwiegen.

Werfen wir einen genauen Blick auf den folgenden Text der kolumbianischen Indígena - Organisationen:

„Die nationalen Autoritäten erbitten Erlaubnis, wenn sie eine Finca betreten. Wenn sie dagegen ein Reservat betreten, tun sie das nicht. Militärstützpunkte, Megaprojekte und deren Logistik kommen und gehen in unseren Gebieten ohne Erlaubnis. Mehrere Regierungen haben uns Projekte aufgezwungen, deren Durchführung unser überliefertes Recht verletzen - und sogar das verletzen, was uns an Recht von ihnen selbst zugestanden wurde.“

Klar zeigt sich das in Fällen wie dem der U'wa in Boyaca und Norte de Santander (wo der Plan Indígena durch die Geschäfte der Oxy verdrängt wurde) und im Fall der Embera in Cordoba und dem Choco (wo ein absurdes Projekt wie der Urrastaudamm gegen den Willen und hinter dem Rücken der Indígenas durchgeführt wird und wo der interozeanische Trockenkanal Atrato-Truando geplant wird, ohne die Indígenas und Schwarzen in Betracht zu ziehen.) Es wird auch deutlich bei den Siona und Kofanes im Putumayo, wo eine Brücke über den San Miguel gebaut wird, und bei den Sikunani, in deren Gebiet sie den Fluss Meta privatisieren werden“ (10).

Ilegaler Drogenanbau

Das zweite Problem, was wir ausführen wollen ist das des illegalen Drogenanbaus. „Nach Schätzungen der UNO erreicht der Umsatz an illegalen Drogen zwischen 300 und 500 Milliarden Dollar, das bedeutet 4,6 bis 7,6 Prozent des Weltwarensumsatzes. Neben Erdöl und Waffen hat es den größten Anteil am Weltmarkt. Obwohl 80% des Ertrags aus dem Kokaingeschäft in den USA bleibt, konzentrieren sich die Drogenbekämpfungs-

programme auf die Vernichtung der Anbaugebiete in den Andenländern. So ist der Plan Colombia, der zu einem guten Teil von diesem Land selbst finanziert wird, ein eminent militärischer Plan, der die illegalen Anpflanzungen militärisch bekämpfen will, wobei die Hauptleidtragenden die Bauern- und Indigenabevölkerungen der Anbaugebiete sein werden.“

Hundert Prozent des Kokaanbaus geschieht in den Andenländern: Bolivien, Peru und Kolumbien.

Die Gesamtproduktion an Kokapflanzen erstreckt sich auf einem Gebiet von 200.000 Hektar, wovon 120.000 in Kolumbien, 51.000 in Peru und 38.000 in Bolivien angebaut werden. Dazu kommen etwa 12.000 Hektar Schlafmohn. Man geht davon aus, dass sich zwischen 1995 und 2000 der Kokaanbau in Kolumbien trotz der Besprüfung mit Pflanzengiften mehr als verdoppelt hat“ (11).

Die Warenkreisläufe aus Koka und Mohn haben einen schwergewiegenden Einfluss auf das gesamte Wirtschaftssystem, auf die soziale Ordnung und die Umwelt in den Gebieten. Sie gehen von einer Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung und der Beschäftigung in den Regionen aus, von katastrophalen Wirkungen der eingesetzten Chemikalien und den entsetzlichen Konsequenzen des Einsatzes von Pflanzenvernichtungsmitteln, welche die Gewässer verseuchen, die Wälder zerstören und die Subsistenzwirtschaft der Bauern und Indígenas dem Boden gleichmachen. Dazu kommt der radikale Wandel in den Lebensgewohnheiten, in die nun Werte und Verhalten einfließen, welche die moralischen Normen der Gemeinschaften und der Siedler zunichte machen. Um nicht die Konsequenzen der steigenden Gewalt und der Korruption zu erwähnen, welche diese Art der Ökonomie mit sich bringt. In diesem Zusammenhang entwickelt Hildebrando Velez (12) das Konzept des ökologischen Loches, das die Mafia-ökonomie hinterlässt. Dieses Loch wächst in dem Masse, in dem die vom Krieg und der chemischen Keule vertriebene Bevölkerung ins Innere der Regenwälder vordringt oder sich die Siedlungen die Berge hinauf schieben.

Die indigenen Völker leiden schwer unter den Auswirkungen dieser Art von Ökonomie in ihren Gebieten. Wenn man der Argumentation von Theodor Rathgeber folgt, wird man den spirituellen Wert des Territoriums für die Indígenas anerkennen: In Bezug auf ihr Verhältnis mit dem Universum, ihre Spiritualität, ja ihre gesamte Existenz.

Ihre Grundrechte, ihre Autonomie und ihre Kultur werden ständig angegriffen und negiert. Mit gutem Recht nennen sie diese Praxis eine Form moderner Kolonialinvasion: Die Konsequenzen, die jene Prozesse für die Gemeinschaften zeitigen, sind sozusagen klassisch - von der gewaltsamen Enteignung bis zur Vertreibung der Ureinwohner von ihren angestammten Territorien (13). Heute geben eben diese Gemeinschaften ein Beispiel

UNSER LAND

für Staaten und Zivilgesellschaft: Sie riskieren ihr Überleben, um nach Alternativen zum illegalen Anbau zu suchen, sie führen Programme durch, in denen die Kokapflanzen manuell vernichtet werden um aus dem Teufelskreis der Drogenökonomie zu entkommen, mit dem sie die sozialen und politischen Umstände der lateinamerikanischen Länder konfrontiert haben.

Die Verantwortung der Internationalen Gemeinschaft

Wir meinen, dass die Staaten des Nordens und die internationale Gemeinschaft ihre Verantwortung für diesen Konflikt - vor allem auch in Bezug auf die Kämpfe der indigenen Völker - nicht von sich schieben kann. Internationale Hilfe ist nötig, um die internationalen Firmen, die für Megaprojekte verantwortlich sind, einer strikten Kontrolle zu unterwerfen: Sorgfältige Sozial- und Umweltstudien müssen eingefordert werden und man muss die Konzerne zwingen, die Bevölkerung zu respektieren und in die Entscheidungen über derartige Projekte maßgeblich einzubeziehen.

Außerdem erhoffen wir verantwortliches Handeln der Internationalen Gemeinschaft auch bei der Suche nach Bekämpfungsstrategien illegaler Drogen. Am sinnvollsten und erfolgreichsten wäre hier mit Sicherheit die Legalisierung des Drogenkonsums. Noch einmal auf die Überlegungen von Hildebrando Velez in seinem schon erwähnten Text zurückgreifend, kommen wir zu dem Schluss, dass die Legalisierung des Drogenkonsums in den Konsumentenländern im Kontext einer öffentlichen Gesundheitspolitik anzugehen ist. Darüber hinaus müssen Veränderungen in der Anbau- und Wirtschaftsstruktur der lateinamerikanischen Länder erfolgen, die unserer Meinung nach mittel- und langfristig und gemeinsam mit der Internationalen Gemeinschaft geplant werden müssen. In diesem Zusammenhang wäre es sehr nützlich, die Analysen und Überlegungen der Acción Andina, einer Organisation, die Studien und Veröffentlichungen zu diesem Thema in den Andenstaaten (14) gemeinsam mit dem Programm „Drogen und Demokratie“ des niederländischen Transnacional Institut (TN) durchführt, zu diskutieren.

Die Artikel dieses Heftes

Der Artikel von Jaime Torres von der Kolumbiengruppe Berlin: „Urrá: Ein Megaprojekt das zum Genozid am Embera-Katiovolk führt“ basiert auf den Reden des Emberaführers Kimi Pernia Domicó aus dem oberen Sinu, Kolumbien, der im Juni 2001 von einer Gruppe Paramilitärs entführt wurde und seither nicht mehr aufgetaucht ist. Mit seinen eigenen Worten beschreiben wir die Konsequenzen, die der Bau des Urrástaubekens für sein Volk und für die Fischer und Bauern der Region zeitigt.

Der Text zeigt die Verantwortung des kolumbiani-

schen Staats und des internationalen Kapitals, die sozialen und kulturellen Auswirkungen und die Zerstörung der Umwelt, die das Projekt für die dortigen Gemeinden mit sich brachte.

Es folgt der Artikel von Clarita Müller-Plantenberg: „Ecuadorianische Indigenaterritorien, staatliche Interessen und multinationale Erdölkonzern - was tut die internationale Gemeinschaft?“. Er zeigt die Auswirkungen der Erdölindustrie in den indigenen Territorien, in den Naturreservaten, im Amazonasgebiet, die von Migration, Rodung der Regenwälder, bis zur Vergiftung von Wasser und Pflanzen, und Krankheiten für Mensch und Tier reichen.

Die Autorin analysiert die Auswirkungen, die der Bau von Pipelines auf den Anstieg der Auslandsverschuldung und die Verarmung der Bevölkerung hat. Der Artikel zeigt auch, wie die ecuadorianischen indigenen Völker um ihre Rechte kämpfen: Ihre Organisationen, sowie eine weite Mobilisierung sozialer Bewegungen sind die Protagonisten in diesem Kampf. Clarita Müller-Plantenberg stellt in ihrem Artikel abschließend die Rolle der Internationalen Gemeinschaft bezüglich ihrer Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung der ecuadorianischen Gesellschaft in Frage.

Theodor Rathgeber geht in seinem Beitrag auf den Widerstand der Mapuches in Chile ein. Sie kämpfen für die Rückgabe ihrer Ländereien, die wegen der Privatisierung zugunsten der großen Holzfirmen immer weniger werden. Außerdem ist das Land der Mapuches durch den Staudamm Ralco bedroht, der ersten von sechs Stauaufstufen, die in der Region des Bío Bío-Flusses, südlich von Santiago, gebaut werden sollen. Die Mapuches setzen sich für ein Chile mehrerer Kulturen ein und fordern die Teilhabe an politischen Entscheidungen, z.B. mehr parlamentarische Rechte für Indigene. Der Artikel gibt einen geschichtlichen Überblick über die Lage der indigenen Völker in Chile, die seit Jahrhunderten unter einer Repression leiden, die fast zu ihrer Ausrottung geführt hat. Gleichzeitig wird aber auch die enorme Mobilisierungskapazität der indigenen Völker des Landes herausgestellt. Sie brauchen für ihre erfolgreichen Kämpfe heute dringender denn je internationale Unterstützung.

Fanny Rubio Lorza

Kolumbiengruppe Berlin / FDCL

Übersetzung: Andrea Wurzer

Quellen:

1. Die lokale Bevölkerung wird z.Zt. der Conquista auf 36 Mio. Geschätzt, in den Jahren der Kolonisierung ging sie schnell auf 7 Mio. Zurück.
2. Rathgeber, Theodoro: *Resistencia Indígena a la Globalización, Conceptos alternativos de desarrollo y retos a la gobernabilidad civil*, ponencia al II Congreso Europeo de Latinoamericanistas, Consejo Europeo de Investigaciones Sociales de América Latina, Halle, 4-8. September 1998, S. 5
3. Montoya, Rodríguez Rojas: *Terra e territórios indígenas; problemas, desafios e perspectivas*, Cadernos do CEAS, 185, janeiro/fevereriro 2.000, Salvador, BA, Brasilien, S. 19
4. Rathgeber, Theodoro: ob. cit. S. 3-4
5. Idem, S. 1
6. Montoya, Rojas Rodrigo: ob. cit. S. 21.
7. Organización Nacional Indígena de Colombia ONIC, Organización indígena de Antioquia —OIA, Consejo Regional Indígena del Cauca, CRIC, Consejo Regional indígena de Risaralda- CRIR, Organización Regional Embera Wounaan / Orewa, Documento a la III Plenaria de la Sociedad civil por la Paz, Medellín Colombia, julio de 2.001, S. 2.
8. Siehe in diesem Zusammenhang Clarita Müller-Plantenberg über Kolumbien: „Destabilisierung der Regionen und gesellschaftliche Gegenstrategien in Kolumbien“, Paper für den Workshop organisiert vom Iberoamerika Institut Hamburg, 27-28.07.2.000
9. Hausotter, Carola: *Auf dem Weg zur Anerkennung von Gruppenrechten — Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen indigenen Völkern und Regierungen im System der Vereinten Nationen*, Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, 04/01, S. 133-138.
10. Organización Nacional Indígena de Colombia, ob. cit., S. 3.
11. Rathgeber, Theodoro: „Koka — Krieg und Korruption — Indianische Gemeinschaften suchen Auswege aus dem Drogenanbau“, in: PROGROM, bedrohte Völker, 208, 1/2001, S. 11.
12. Vélez, Hildebrando: *Las deudas del Narcotráfico - Una aproximación sigilosa* - , in: CENSAT Agua Viva; *Una exigencia del Sur: Reconocer la deuda ecológica*, Bogotá, Colombia, mayo de 2.001, S. 125.
13. Rathgeber, Theodoro: „Koka — Krieg und Korruption — Indianische Gemeinschaften suchen Auswege aus dem Drogenanbau“, ob. cit. S. 12.
14. Vargas Mesa, Ricardo: *La Reducción del Daño — Desde la Perspectiva de la Producción* — in: Acción Andina, CINEP: *Políticas Antidroga e Interdicción, Encuentro Regional por alternativas integrales y pacíficas al problema de las drogas*, Nr. 3, año 3, agosto de 1.999, Bogotá, S. 86.

Introducción

Territorios Indígenas en la época de la Globalización

Pueblos indígenas de América Latina luchan hasta hoy por la defensa de sus territorios, de su identidad, de la biodiversidad, de su cultura y de su autonomía como pueblos. Han transcurrido más de 500 años desde la Conquista de América, el genocidio mayor de la historia (1). Desde aquel tiempo, las comunidades sobrevivientes tratan de defender pequeñas porciones del propio territorio que les quieren de nuevo usurpar.

En Berlín debería realizarse, en el mes de septiembre de 2001, una Conferencia denominada: Pueblos Indígenas — Derechos Humanos, Culturas, Desarrollo — Disposición al cambio en América Central y Suramérica, organizada por la Oficina de Información y Prensa del Gobierno Federal, por La Casa de las Culturas del Mundo, Ministerio de Desarrollo, Ministerio de Relaciones Exteriores y la Fundación Heinrich Böll. Con motivo de esta Conferencia, el Grupo Colombia Berlín y el Centro de Documentación e Investigación Chile y América Latina (FDCL), decidimos elaborar este Cuaderno, que contribuyera con el análisis de la problemática indígena en algunos países del Continente Latinoamericano. Lástima, la Conferencia no se llevó a cabo. Los gobiernos de América Latina intervinieron en contra de la realización del evento y el Gobierno Alemán aceptó las presiones, decidiendo no realizar la Conferencia. El hecho en sí nos muestra que la cuestión indígena es un talón de Aquiles para los gobiernos latinoamericanos, cuestiones relacionadas con la identidad como pueblos, con el concepto de territorialidad y de la autonomía son objeto de mucha preocupación por parte de gobiernos o empresas, quienes argumentan que estas atribuciones atentan contra la unidad nacional, contra la integridad del Estado y la libre disposición de bienes... (2) Los artículos de este Cuaderno, ofrecen ejemplos concretos sobre problemáticas diversas que originan las movilizaciones indígenas y expresan así, la dimensión del conflicto entre pueblos indígenas y Estado.

Desafíos de los Pueblos Indígenas

Por lo menos son 3 los desafíos o luchas que enfrentan actualmente los pueblos indígenas:

„Primero, es tratar de recuperar una pequeña parte de lo que fue su territorio, segundo, es tratar de conseguir

una vía de desarrollo autónomo en las tierras recuperadas, tercero, no perder sus principios de reciprocidad y solidaridad de sus pueblos en el interior de un contexto de expansión capitalista... (3)

Estos desafíos han sido revelados por las propias voces indígenas que de forma recurrente irrumpen en diversos países latinoamericanos reclamando sus derechos y mostrando una visión más integral sobre los problemas que afectan no solamente a sus pueblos, como a las grandes mayorías de las poblaciones, excluidas de los procesos de desarrollo económico, político y social. En este sentido, podemos entender el levantamiento indígena ecuatoriano, donde el movimiento indígena en convergencia con otras organizaciones sociales, participaron en las elecciones a nivel nacional de 1.996, con el Movimiento de Unidad Plurinacional Pachakútic — Nuevo País.

Pachakútic surgió como fuerza parlamentaria, con 8 diputados, 5 de ellos indígenas. En enero del año 2.000, agrupaciones indígenas y campesinas, conjuntamente con amplios sectores de la población ecuatoriana, exigen la dimisión del presidente Jamil Mahuad y la derogatoria del paquete económico basado en la dolarización.

El Frente Zapatista de Liberación Nacional (FZLN), surge en 1994, cuando se inicia el convenio comercial (NAFTA) entre Estados Unidos, México y Canadá, reivindicando su participación en la definición de la economía del país. Luchan por cuestiones específicas de los pueblos indígenas como autonomía de sus territorios, autodeterminación, su reconocimiento como pueblos. Así mismo, reclaman una sociedad democrática, con igualdad jurídica y política, con justa distribución del ingreso, de la tierra.

En otros países, surgen movimientos, como en Colombia, Bolivia, Chile, Guatemala, que han permitido a los indígenas recuperar territorios y han logrado como en el caso de Colombia, incorporar en la Constitución de 1.991, el compromiso del Estado a reconocer la diversidad étnica y cultural del país, a elevar los territorios indígenas a la Categoría de Entidades Territoriales y a oficializar las lenguas en los territorios indígenas.

Como resultado de amplias movilizaciones indígenas realizadas a partir de 1.990, que incluyó la realización de una marcha durante 34 días hacia la Paz, con el lema: "por el territorio y la dignidad", consiguieron los indígenas que en 1.994, la Constitución Boliviana, definiera a Bolivia, como "libre, independiente, soberana, multiétnica y pluricultural" y se reconoce, en 1.996, a los pueblos indígenas, la garantía legal a sus tierras tradicionales (4). Cuando reflexionamos sobre las luchas que enfrentan los pueblos indígenas, tenemos que cuestionar lo que significa el actual modelo de desarrollo globalizante, que estimula la integración de economías, de regiones, de mercados, con la única meta de expansión y acumulación del capital. „Un proceso que explota los últimos recursos naturales existentes, que reclama y exige la privatización de los beneficios y que por supuesto incorpora de forma creciente a los territorios de los pueblos indígenas en el ciclo de realización del capital. Y esto es así, pues estos pueblos habitan territorios, como en el Amazonas o en el llamado „Tribal Belt“ (cinturón tribal) de la India, que están bien dotados de recursos y riquezas del subsuelo. Un modelo de desarrollo que se opone a los valores y a las tradiciones indígenas, considerados „premodernos“.

La destrucción de formas de vida y cosmovisiones han sido en verdad muy dolorosas para los pueblos indígenas y que no es fruto sólo de la actual globalización. La ocupación de sus tierras, los desplazamientos violentos, el desconocimiento y desprecio hacia sus sistemas de representación tradicional, la destrucción de los símbolos y lazos que cohesionan sus comunidades, han sido manifestaciones constantes hasta hoy, de la historia de los pueblos indígenas. Si no se logra una reglamentación política del proceso de globalización, esto significará - la erosión mayor de conquistas sociales y políticas en los campos de la autonomía, del derecho, de la cultura, y ante todo, de lo que concierne a la protección legal de sus territorios y de sus recursos. La cruda realidad es que se ahogan las perspectivas de mantener vivas las estrategias y planes de vida indígenas, que hasta ahora les ha garantizado su sobrevivencia como pueblos (5).

Concepto de Territorio en la Cosmovisión Indígena

A partir de las movilizaciones de los pueblos indígenas en varios países, la noción de territorio asumió un papel clave para entender su problemática. Este concepto de territorio tiene una especificidad en la cosmovisión indígena: „el bosque, el monte, es una unidad, un bloque, formado por hombres, mujeres, ríos, animales, árboles aire y subsuelo“ (6).

Es también el llamado que hace el siguiente texto: „Con el Estado el conflicto se ha convertido en una pelea acerca de quien controla los territorios, quien se apropiá de los recursos, quién gobierna. Nosotros reivindicamos los territorios indígenas. Somos gente de la tierra. Los Embera al nacer, dejan sembrados sus ombligos en la tierra, dando simiente a un árbol; la línea negra de los pueblos chibchas es una marca en la memoria; cada vez que un wayúu muere, debe regresar al cementerio de su familia. El territorio es la casa del gobierno y del pensamiento.



Cristóbal Colón llegando a El Salvador (1943)/
Kolumbus landet auf El Salvador

TERRITORIOS INDÍGENAS

Somos conscientes que esta territorialidad ha sido alterada en los últimos cinco siglos, y entendemos que el pueblo colombiano es una realidad que convive con nosotros; en las zonas indígenas donde la presencia no indígena es duradera y aceptada, reconocemos y exigimos el derecho de todas estas personas (campesinos y negros) a tener dónde vivir con dignidad.

Y hay situaciones en que la expulsión de nuestros territorios no se ha consolidado y seguimos reclamándolos. No renunciamos a la territorialidad sobre ellas. Lo que caracteriza a un territorio indígena es que se gobierna por leyes y normas indígenas...." (7).

Si la preocupación fundamental que orienta esta publicación, es cuestionar el modelo de desarrollo globalizante que violenta fronteras y poblaciones, tenemos que llamar la atención sobre dos grandes problemas que están presentes en los conflictos de los pueblos indígenas de diversos países latinoamericanos: la construcción de grandes proyectos y los problemas generados por los cultivos ilícitos.

Grandes Proyectos

La proliferación de grandes proyectos relacionados con la construcción de obras de infraestructura, como represas, explotación de recursos naturales no renovables como el caso del petróleo o explotación de recursos renovables como la madera, tienen serias implicaciones sociales, ecológicas, culturales, económicas para las regiones y poblaciones latinoamericanas. La pérdida de territorios de pueblos indígenas, las consecuencias para sus poblaciones, para los pescadores y campesinos, los daños ambientales, desestabilizan las regiones (8) y son las causas de las movilizaciones indígenas que se realizan en el Ecuador, en México, en Colombia, en Chile, en Guatemala y en otras regiones del continente. Análisis más detenidos sobre algunas de estas experiencias, son motivo de atención en el presente Cuaderno.

La dimensión de estas luchas sugiere que el papel de las diversas instancias internacionales, relacionadas con la defensa de los derechos indígenas, no es muy satisfactorio. Así, por ejemplo, el Convenio sobre Pueblos Indígenas y Tribales, aprobado por la Conferencia Internacional del Trabajo (OIT), en 1989, ha sido ratificado hasta ahora, solamente por 14 países, de los cuales no forma parte Alemania. Igualmente, podemos mencionar el proceso surgido dentro de la Comisión de Trabajo para Grupos de Población Autóctonos, creada en 1.982 dentro de la Comisión de Derechos Humanos de las Naciones Unidas. La idea surgió a partir de un estudio sobre discriminación de los pueblos indígenas, realizado por el Consejo Social y Económico de las Naciones Unidas. La Comisión tendría como finalidad observar la situación de los pueblos indígenas, preocuparse por la defensa de sus derechos y por conseguir un standard a nivel internacional con relación a los derechos de estas poblaciones.

Los años de 1.994 a 2.004, es considerada la "Década Internacional de los Pueblos Indígenas", en la cual se trabajan dos proyectos:

A) En 1.994, se elaboró el borrador para una declaración de los derechos de los pueblos indígenas, realizada por representantes de sus mismas organizaciones. Cada artículo de esta propuesta tendría que ser aceptado por la Comisión de Derechos Humanos de la Asamblea General de las Naciones Unidas, hasta ahora han sido aprobados 2, de 45. Los puntos álgidos, están relacionados con el reconocimiento de las comunidades indígenas como "pueblos" y por tanto, con derecho a su autodeterminación. Los gobiernos de los diversos países, no aceptan el "derecho a la diferencia", lo cual exige respetar la diversidad cultural y la determinación de los pueblos.

B) En 1.993, se exigió un "foro permanente" para abordar los problemas de los pueblos indígenas. En 1.998, inició un grupo este trabajo, pero continuaron las discrepancias entre indígenas y gobiernos. En abril de 2.000, a pesar de los temores de la Comisión de Derechos Humanos de las Naciones Unidas, se aprobó este "foro permanente", el cual fue ratificado por la asamblea general, en diciembre del mismo año. Este foro debe estar integrado por 16 miembros, 8 de los cuales deben ser representantes de las comunidades indígenas y 8 expertos independientes. Las Naciones Unidas, esperan un trabajo productivo entre este foro y la Comisión de Trabajo para Grupos de Población Autóctonos (9).

Sin lugar a dudas, estos esfuerzos han facilitado, que varios países reconozcan en la Constitución el carácter multiétnico de los Estados y el derecho al uso de territorios habitados por pueblos indígenas, pero en muchos casos, estos avances, carecen de mayor significación. Analicemos por ejemplo, la práctica asumida por Estados tanto del sur como del norte, quienes legislan y aprueban la intervención de transnacionales en las regiones, sin ninguna valoración y respeto por las poblaciones indígenas. Y en realidad, son estas poblaciones, las que han garantizado a través de la historia, la existencia y mantención de la amplísima biodiversidad, de la diversidad cultural y de la armonía ambiental que ha proliferado en esas regiones. Observemos con atención el siguiente texto de las organizaciones indígenas colombianas:

.....Las autoridades nacionales, que piden permiso para entrar en una finca, no lo hacen para establecerse en un resguardo indígena. Bases militares, campamentos de megaproyectos, van y vienen dentro de nuestra propiedad sin autorización. Uno y otro gobierno han impuesto proyectos que niegan nuestros derechos ancestrales e incluso los reconocidos en la propia ley. Eso está claro en caso como el de los U'wa en Boyacá y Norte de Santander (donde el Plan Indígena es

desplazado por los negocios de la Oxy); en el de los Embera en Córdoba y Chocó (donde una obra absurda como la de Urrá) se ejecuta contra la voluntad y a espaldas de las comunidades, o donde ya se ha definido el Canal seco interoceánico Atrato-Truandó desconociendo a indígenas y negros); también se pone de manifiesto con los Siona y Kofanes en Putumayo con la construcción del puente sobre el río San Miguel; y con los Sikuani, a quienes les van a privatizar el río Meta... (10)"

Drogas Ilegales

El segundo problema que deseamos comentar es el de las drogas ilegales. „Según cálculos de las Naciones Unidas, el comercio de las drogas ilegales llega de 300 a 500 mil millones de dólares al año, lo cual significa del 4,6% al 7,6% del comercio mundial. Al lado del petróleo y el comercio de armas es el segmento más grande de la economía del mundo. A pesar de que 80% de la ganancia del comercio de la cocaína permanece en los Estados Unidos, los programas de combate a las drogas se concentran sobre todo en la represión de la producción de cultivos en los países andinos. Surge así el Plan Colombia con un apoyo esencial de ese país, un plan eminentemente militar que pretende combatir con las armas la producción de cultivos ilícitos, donde las más afectadas son las poblaciones campesinas e indígenas. La producción de coca, viene en un 100% de los países andinos: Bolivia, Perú y Colombia.

La producción total de las plantas de coca cubre un total de 200.000 hectáreas, de las cuales 120.000 se producen en Colombia, 38.000 en Bolivia y 51.000 en Perú. A esta producción tenemos que sumar aproximadamente 12.000 hectáreas de amapola. Se calcula que de 1.995 al año 2.000, los cultivos de coca en Colombia, a pesar de las fumigaciones, se han más que duplicado" (11).

Los circuitos productivos de la coca y la amapola tienen consecuencias profundas de todo orden: económico, social, ambiental y político en las regiones, ya que ellos suponen desde procesos de poblamiento y ocupación de las regiones, hasta efectos catastróficos por el uso de ingredientes químicos, las consecuencias lamentables de las fumigaciones que contaminan aguas, destruyen bosques, arrasan con los cultivos de subsistencia de los campesinos e indígenas. Pensemos también en la transformación radical de estilos de vida, la incorporación de valores y conductas que rompen con las normas de las comunidades y pobladores, sin mencionar las consecuencias de la violencia, de la corrupción, que este tipo de economía lleva consigo. Dentro de este ámbito, Hildebrando Vélez (12) introduce el concepto de la deplorable huella ecológica que deja la economía mafiosa, que se amplía en la medida que los desplazados por la guerra y por el combate contra los cultivadores van selva adentro o barrio arriba.

Es evidente que las comunidades indígenas sufren gravemente los efectos de este tipo de economía dentro de sus territorios y acompañando las reflexiones de Theodor Rathgeber, reconocemos el valor espiritual que esos territorios representan para los pueblos indígenas, para su relación con el universo, con su espiritualidad, con su existencia. Sus derechos fundamentales, su autonomía y su cultura están siendo permanentemente atropellados, con razón ellos se refieren a una forma moderna de invasión colonial, por las consecuencias clásicas que esos procesos significan para las comunidades, como usurpación de territorios y expulsión (13).

Hoy, estas comunidades indígenas y campesinas, están dando ejemplo a los Estados y a la sociedad civil, asumiendo riesgos para su propia sobrevivencia, buscando alternativas a los cultivos ilícitos, realizando proyectos de erradicación manual, tratando de salir del círculo violento de ese tipo de economía, en que las circunstancias sociales, económicas y políticas de las sociedades latinoamericanas, las han enfrentado.

Responsabilidad de la Comunidad Internacional

Nuestra opinión es que los Estados del Norte y la comunidad internacional deben asumir su responsabilidad en el conflicto y sobretodo en las luchas realizadas por las comunidades indígenas y campesinas en América Latina. Pensamos que es necesario el apoyo internacional, para efectuar un estricto control de las empresas transnacionales responsables por grandes proyectos, solicitando la realización de estudios sociales y ambientales cuidadosos, exigiendo el respeto a las poblaciones y su amplia participación en la toma de decisiones.

Así mismo, se espera la responsabilidad internacional en la búsqueda de estrategias de combate a las drogas ilícitas — que seguramente la más indicada y de mayor éxito sería la legalización del consumo de drogas. Reflexionando de nuevo con Hildebrando Vélez, a partir de su obra anteriormente mencionada, concluimos que la legalización del consumo de la droga en los países consumidores, tomado como un asunto de salud pública de estos países, despenalizar a los cultivadores, más la reconversión o transformaciones productivas en las sociedades latinoamericanas, son salidas para ser pensadas a mediano y largo plazo y en nuestra opinión, conjuntamente con la comunidad internacional. Dentro de esta perspectiva, sería de gran utilidad discutir los análisis y reflexiones de Acción Andina (14), entidad que realiza estudios y publicaciones sobre esta problemática en los países andinos, trabajando conjuntamente con el programa "Drogas y Democracia", coordinado por Transnacional Institut (TNI), de Holanda.

TERRITORIOS INDÍGENAS

Artículos del presente Cuaderno

El artículo de Jaime Torres del Grupo Colombia Berlín: "Urrá: un Megaproyecto que lleva al exterminio del Pueblo Embera Katío", toma discursos del líder indígena Kimi Pernia Domicó, del Pueblo Embera Katío, de la parte alta del río Sinú, Colombia, secuestrado el dos de junio 2.001 por un grupo de paramilitares y quien no ha vuelto a aparecer, y deja contar por él mismo, las consecuencias que la construcción de la Represa de Urrá trajo para su comunidad, para los pescadores y agricultores de la región. Es un texto que muestra la responsabilidad del Estado y del capital internacional en las implicaciones sociales, económicas, culturales y ambientales, que la construcción de la represa trajo para las comunidades.

El artículo de Clarita Müller-Plantenberg: "Territorios Ecuatorianos Indígenas, Intereses estatales y multinacionales del petróleo. Qué hace la Comunidad Internacional?", presenta los efectos que la explotación del petróleo produce en los territorios indígenas, en las reservas naturales, en la región amazónica, desde migración, deforestación, envenenamiento de aguas y plantas, enfermedades. La autora analiza los efectos que la construcción de oleoductos tiene para el aumento de la deuda externa y su significado para el mayor empobrecimiento de la población. El artículo muestra cómo las organizaciones de los pueblos indígenas ecuatorianos han luchado por defender sus territorios a partir de organizaciones y de su amplia movilización social. Clarita Müller-Plantenberg finaliza su artículo, cuestionando el papel de la Comunidad Internacional en su responsabilidad para el desarrollo sustentable de la sociedad ecuatoriana.

Finalmente, el artículo de Theodor Rathgeber, analiza de forma detenida las luchas realizadas por la población indígena Mapuche en Chile, tratando de conseguir la devolución de sus territorios, cada vez más disminuidos por los procesos de privatización realizados a favor de empresas madereras, por la construcción de la represa de Ralco, el primero de seis proyectos que han sido planeados en la región del río Bío Bío, al sur de Santiago de Chile. Además, los Mapuches, reivindican el reconocimiento de Chile como un país pluricultural, la participación en decisiones políticas en el país, a partir por ejemplo, de la representación parlamentaria. El artículo ofrece una perspectiva histórica de la situación indígena en ese país suramericano, mostrando por un lado, la permanente represión que está llevando casi a un aniquilamiento de los pueblos indígenas. Por otra, la capacidad de movilización de los indígenas, que necesitan con urgencia de apoyo internacional.

Fanny Rubio Lorza
Grupo Colombia Berlín / FDCL

Fuentes :

1. La población indígena latinoamericana, en la época de la conquista, se calcula en 36 millones de indígenas y en la época de la colonia esta población había disminuido a 7 millones.
2. Rathgeber, Theodoro: Resistencia Indígena a la Globalización, Conceptos alternativos de desarrollo y retos a la gobernabilidad civil, ponencia al II Congreso Europeo de Latinoamericanistas, Consejo Europeo de Investigaciones Sociales de América Latina, Halle, 4-8 de septiembre de 1.998, p. 5
3. Montoya, Rodríguez Rojas: Terra e territórios indígenas; problemas, desafíos e perspectivas, Cadernos do CEAS, 185, janeiro/fevereiro 2.000, Salvador, BA, Brasil, p. 19
4. Rathgeber, Theodoro: ob. cit. p. 3-4
5. Idem, p. 1
6. Montoya, Rojas Rodrigo: ob. cit. P. 21.
7. Organización Nacional Indígena de Colombia ONIC, Organización indígena de Antioquia —OIA, Consejo Regional Indígena del Cauca, CRIC, Consejo Regional indígena de Risaralda- CRIR, Organización Regional Embera Wounaan / Orewa, Documento a la III Plenaria de la Sociedad civil por la Paz, Medellín Colombia, julio de 2.001, p. 2.
8. En este sentido, ver el análisis de Clarita Müller-Plantenberg sobre estos procesos en Colombia: „Destabilisierung der Regionen und gesellschaftliche Gegenstrategien in Kolumbien, Workshop organisiert vom Iberoamerika Institut Hamburg, 27-28.07.2.000
9. Hausotter, Carola: _Auf dem Weg zur Anerkennung von Gruppenrechten — Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen indigenen Völkern und Regierungen im System der Vereinten Nationen, Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, 04/01, P. 133-138.
10. Organización Nacional Indígena de Colombia, ob. cit., p. 3.
11. Rathgeber, Theodoro: „Koka — Krieg und Korruption — Indianische Gemeinschaften suchen Auswege aus dem Drogenanbau, en: PROGROM, bedrohte Völker, 208, 1/2.001, p. 11.
12. Vélez, Hildebrando: Las deudas del Narcotráfico - Una aproximación sigilosa, en: CENSAT Agua Viva; Una exigencia del Sur: Reconocer la deuda ecológica, Bogotá, Colombia, mayo de 2.001, p. 125.
13. Rathgeber, Theodoro: „Koka — Krieg und Korruption — Indianische Gemeinschaften suchen Auswege aus dem Drogenanbau, ob. cit. p. 12.
14. Vargas Mesa, Ricardo: La Reducción del Daño — Desde la Perspectiva de la Producción — en: Acción Andina, CINEP: Políticas Antidroga e Interdicción, Encuentro Regional por alternativas integrales y pacíficas al problema de las drogas, # 3, año 3, agosto de 1.999, Bogotá, p. 86.

Kolumbien



Colombia

Urrá, ein Megaprojekt, das zum Genozid des Embera Katío Volkes führt

„Mein Name ist Kimi Pernia Domicó und ich gehöre zum Volk der Embera Katío am oberen Sinú-Fluss. Heute bin ich hier als Zeuge und Opfer des zerstörerischen Einflusses eines Megaprojekts, das meine Gemeinde, und auch die Fischer und Bauern des mittleren und unteren Sinú betrifft, die Leute des Bezirks Córdoba und alle Kolumbianer, welche die absurd Machenschaften derer bezahlen, die in diesem Land das Sagen haben“

Das sind die Worte des Indigenaführers, der in Nordosten Kolumbiens, nahe der Grenze zu Panamá lebt. Er sprach sie bei einer der vielen Gelegenheiten, bei denen er die Akte der Willkür anprangerte, die seinem Volk von der kolumbianischen Regierung und den wirtschaftlich und militärisch Mächtigen des Landes im Zuge der Errichtung eines Staudamms über dem Sinú-Fluss angetan wurde. Kimi Pernia wurde am 2. Juni 2001 von einer paramilitärischen Gruppe entführt und ist seither nicht mehr aufgetaucht. Dies ist eines von vielen Attentaten, die gegen die Gemeinschaft der Embera verübt wurde, um das Megaprojekt durchführen zu können.

Wir werden hier die Argumentation Kimis frei weiter führen: „Wir, die Embera Katío des oberen Sinú leben auf Gemeinschaftsland in einem Gebiet, von 103.000 Hektar, in den Bergen des Paramillo-Parks, wo die Flüsse Esmeralda, Verde (der Grüne Fluss), Cruz Grande und der Sinú entspringen. Wir sind 240 Familien mit insgesamt etwa 2400 Personen. Über die Hälfte von uns ist noch keine 18 Jahre alt, weniger als 50 Personen sind älter als fünfzig Jahre. Unser Gebiet ist das der am besten erhaltene Teil des Parks.“

In unserem Glauben sind das Wasser und die Fische ein gemeinsames Gut, das frei mit allen geteilt wird. Wir glauben, dass uns unser Schöpfer Karagabí die Verantwortung übertragen hat, das Wasser und den Wald für die Indigenas und die Nicht-Indigenas zu bewahren. Das Überleben meines Volkes wird vom Fluss bestimmt. Der Fluss („do_ in der Sprache der Embera) gibt den Orten, an denen er vorbeifließt ihren Namen und erschafft die Geschichten: Apartadó ist der Fluss der Bananen, Chirigodó der Guadua, Chibaugadó der Fluss des Abarcobaums, Pawarandó der warmen Wasser. Aber hier sind wir nun in Gefahr. Unsere Nahrungsgrundlage besteht vor allem aus den Proteinen der verschiedenen Fische aus dem Fluss, dazu haben wir den Reis, Bananen und Yucca, die wir anbauen. So lebten wir bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Bau des Urrá Staudamms das Bett des Sinúflusses 1995 veränderte.“

Von da ab war unsere Situation völlig anders: Der Staudamm brachte den Tod für unser Volk. Den Tod der Fische, den Tod der Menschen durch das Fehlen der lebens-wichtigen Proteine, und den Tod unserer Führer, die protestierten und offensiv gegen das Megaprojekt auftraten. Der Staudamm ist wie eine Mauer,

die den Sinúfluss abschneidet und die Wanderung tausender Fische verhindert. Heute gibt es Fische wie den Bocachico, Yulupa, Charúa und Barbule praktisch nicht mehr in unseren Gewässern.“

Die Indigenas und die Armen existieren für die Megaprojekte nicht

„Seit vierzig Jahren wird unter kolumbianischen Energiespezialisten vom Urrástaumall gesprochen, doch die Funktionäre sprechen niemals von den Embera. Es ist, als würden wir nicht existieren. Die Ingenieure gingen durch unsere Gebiete, doch sie schrieben in Ihren Berichten nie, dass wir Menschen mit Rechten sind. Für ein Foto waren wir gut genug. 1971 wurde die Zone zu kolumbianischem Gemeingut erklärt. Unser Gebiet wurde in dieses Gebiet einbezogen und wir wurden nicht einmal gefragt. 1982 schlossen sie ein Abkommen mit der russischen Firma V.O. Energomachexport für Entwurf, Wartung und Aufbau des hydroelektrischen Geräts. 1985 wurde der Vertrag mit der schwedischen Firma Skanska über den Bau ziviler Objekte geschlossen. Uns sagten sie wieder nichts. 1992 vergab die staatliche Behörde (heute das Umweltministerium) die Lizenz für den Bau des Projekts. Wir wurden nicht gefragt. Auch die Fischer des mittleren und unteren Sinú und die Bauern fragten sie nicht.“

Wozu dient der Staudamm?

Weiter im Vortrag Kimis: „Man sagt, dass Urrá für die Region notwendig ist. Aber wir wissen etwas anderes. Als sie das Projekt genehmigten, mussten sie angeben, dass es mehrere Zwecke verfolgt, da nur wenig Energie gewonnen wird. Welche sind die anderen Zwecke? Man sagt, es geht darum, die Überschwemmungen zu kontrollieren. Doch der Vorsitzende von Urrá musste in einem Interview zugeben, dass der Damm nur minimale Überschwemmungen verhindern kann. Also wozu? Der Zweck des Staudamms ist, die Feuchtgebiete und Sümpfe auszutrocknen, damit die Regierung sie den Landbesitzern von Córdoba überschreiben kann, von denen jeder weiß, wer sie sind und welche Methoden sie anwenden (das bezieht sich auf die Beziehungen zu den Paramilitärs). Es geht auch darum, dass die Politiker das Unternehmen in einen korrupten Deal verwandelten.“

„Es ist nicht wahr, dass dies ein nützliches Projekt ist: Wir haben insgesamt 105 Wirkungen des Vorhabens analysiert und nur fünf von ihnen sind positiv.“

Die wichtigsten Auswirkungen sind:

- 1.- Das Absterben von mehr als 7000 Hektar von Pflanzen durch die Flutung des Staubeckens. Man sagte, das sei nicht wichtig, aber jetzt gibt es Moskitowolken im ganzen Gebiet.
- 2.- Wichtige Ökosysteme werden schwerwiegend verändert: der Páramo (die Hochebene), der Regenwald, Feuchtgebiete und das Küstengebiet. Man sagte, dass sei nicht schlimm, aber die Fischer sagen, dass es kein frisches Wasser für die Mangrovensümpfe gibt und die Fische erstickten.
- 3.- Die Fische, die den Sinú hinaufwanderten werden ausgerottet, und deren Laichgebiete geschädigt.
- 4.- Es brachte uns das Auseinanderbrechen unserer Gemeinschaft, was uns heute Menschenleben kostet. Die geringen finanziellen Entschädigungen und die korrupten Manöver der Regierung brachten uns Landflucht, Alkoholismus, Prostitution und den teilweisen Verlust unserer Kultur.
- 5.- Der Transport auf dem Fluss wurde kaputtgemacht. Nun fließt das Meerwasser zudem ungehindert in die Flussmündung hinein und bringt das Ökosystem völlig durcheinander.
- 6.- Der bewaffnete Konflikt wurde dadurch in die Region gebracht: Paramilitärische Organisationen verbrennen die Kanus der Indigenabewegung, bedrohen die Gemeinden des Sinú und des grünen Flusses, entführen Menschen, lassen Emberaführer verschwinden und bringen sie um.
- 7.- 130 Personen leben in Gebiet, in dem sie den Flutungen zum Opfer fallen werden, weitere 280 werden vertrieben. Die fruchtbarsten Teile des Emberagebiets werden verloren gehen, ebenso wie unsere Friedhöfe und heiligen Orte.

Die Indigenas und die „Entwicklung“

„Man hat uns vorgeworfen, gegen die Entwicklung zu sein. Das ist ein schwieriges Wort. Wie der Indigenaführer Abadio Green sagte mussten wir uns vor der Entwicklung mehr schützen als dass wir sie wirklich analysieren konnten. Ich lernte die sogenannte Entwicklung vor etwa zwanzig Jahren kennen, an einem Tag, an dem ein katholischer Priester mit Namen Betancur uns sagte, dass wir in die Hölle kämen, wenn wir den Staudamm nicht akzeptierten. Für uns bedeutete Entwicklung bislang nur die Verweigerung unserer Rechte, den Tod der Fische, die Spaltung unserer Gemeinschaft, den Tod von Lucindo Domicó. Die Entwicklung hat die Gebeine unserer Toten verschoben als seien sie Tierknochen. Für uns bedeutet Entwicklung, dass sie 28 heilige Orte überfluteten. Wir glauben, dass für die Bauern und Fischer die Entwicklung auch nichts Besseres ist, denn sie hat die Austrocknung der Mangrovensümpfe und Feuchtgebiete bewirkt. Es heißt, dass sie uns die Sümpfe nahmen, um sie dann den Reichen von Córdoba zu überschreiben. Was wir bislang von der Entwicklung wissen, ist, dass wir das Leben und die Umwelt schützen und sie uns sagen, dass wir egoistisch sind den fünf

Politikern und den Banken, die mit Urrá Geld verdienen wollen dagegen sagen sie, dass sie das Interesse der Nation repräsentieren. Wenn das unter Entwicklung verstanden wird, dann haben diejenigen Recht, die uns anklagen, gegen die Entwicklung zu sein, denn diese Art von Entwicklung lehnen wir ab.

Wie die Umweltlizenz zur Flutung des Staubeckens gewährt wurde

In Kolumbien gibt es eine Gesetzgebung, die zur Prävention und Schadensbegrenzung bei Projekten dient, in denen der Mensch in das Gleichgewicht der Umwelt eingreift. Mitte der neunziger Jahre wurde die damit beauftragte Abteilung in den Rang eines Ministeriums erhoben und es wurde eine Gesetzgebung geschaffen, die Einwirkungen des Menschen auf die Umwelt begrenzte. Trotzdem geschieht die Anwendung dieser Normen kaum. Folgen wir wieder dem Vortrag Kimis über die Umweltlizenz für das Urráprojekt:

„Die Umweltlizenz, die vom Ministerium abgesegnet wurde ist eine Liste vager Hoffnungen. Auf jeder Seite des Dokuments wird davon gesprochen, dass Urrá „auch danach die Verpflichtungen einhalten könnte, die sie eigentlich bereits erfüllen müssten, um die Lizenz überhaupt zu erhalten. Diese darf nämlich erst erteilt werden, wenn alle Konditionen vollständig erfüllt sind. Im technischen Konzept 330 vom 5. Oktober, das die Basis für die Gewährung der Lizenz bildete, wurde von Dokumenten gesprochen, die angeblich eingereicht wurden, bevor sie überhaupt ausgearbeitet wurden, wie dem Wiederaufforstungsplan. Oder von Dokumenten, die angeblich auf Sitzungen angenommen worden seien, die in Wirklichkeit niemals stattgefunden haben. Es wurde von Dokumenten gesprochen, die angeblich mit den Gemeinden besprochen wurden, in Wirklichkeit aber nicht, wie zum Beispiel den Kontingenzplan für die Flutung des Stautes. Man ging sogar so weit, zu behaupten, die Umsiedlung der Familien sei Anfang des Jahres abgeschlossen worden, während mehr als 130 Personen noch nicht umgesiedelt waren. Fälschlicherweise wurde auch behauptet, dass der gesamte Plan für die Neuordnung des Fischereiwesens schon abgesegnet sei. Besser gesagt, die Sache ist ein Science-fiction Roman“.

„Das Ministerium konnte die Lizenz nicht legal ausstellen, weil es keine Absprachen mit der von dem Staudamm betroffenen Bevölkerung gab. Es war eine willkürliche und autoritäre Entscheidung, denn es wurde nie ein Übereinkommen mit uns gesucht, sie handelten niemals mit guter Absicht und der nötigen Transparenz. Das Umweltministerium bat uns niemals um unsere Umwelt-, Sozial- und Bodengutachten. Auch unsere Beschreibung der Auswirkungen sowie die Projekte zur Schadensbegrenzung oder im Vorbeugung wurden nicht in Betracht gezogen. In die Entscheidung einbezogen wurde nur das, was die Firma einreichte. Das wird in der Lizenz anders dargestellt, aber das ist

KOLUMBIEN

falsch und sie haben nichts, um ihre Version zu belegen.

Abkommen um die Flutung des Stausees zu autorisieren: Umfrage mitten im Terror

Anfang des Jahres 2000 beschloss die gesetzgebende Versammlung, angesichts der fortgesetzten Eingaben und Proteste unserer Gemeinschaft, die fundamentalen Rechte der Embera auf Überleben, und die kulturelle, soziale und ökonomische Unversehrtheit anzuerkennen. Dann wurde der Regierung vorgeschrieben, die Flutung des Stausees zu verschieben, während die vom Artikel 169 der Internationalen Organisation für Arbeit vorgeschriebene Umfrage durchgeführt wurde. Außerdem wurde eine Entschädigung beschlossen, die uns mehr Probleme als Nutzen brachte.

Aber das Umweltministerium und die Urrá-Gesellschaft gehen über Gesetze einfach hinweg. Sie beginnen mit der Flutung, bevor das Embera-Katío-Volk befragt werden konnte. Das wurde mit der Genehmigung des Ministeriums durchgeführt, wie es in der Umweltlizenz nachzulesen ist. Die staatliche Behörde für den Schutz des Volkes protestierte gemeinsam mit uns und wir klagten dies im März dieses Jahres an. Aber niemand reagierte. Die staatliche Generalverwaltung stellte keine Untersuchungen an und ihr Beauftragter schien seine Arbeit im Auftrag der Urrá-Gesellschaft durchzuführen.

„Einen Monat später, am 24. April wird in seinem Haus unser Anführer und Sprecher in diesem Prozess, Lucindo Domicó Cabrera ermordet. Die Bedrohungen unserer Anführer halten an und drei von ihnen müssen zeitweise das Gebiet verlassen. Trotz all dem überreichten wir unseren Vorschlag zur Zusammenarbeit, und betonten nochmals die Notwendigkeit eines einmaligen Abkommens, damit unsere Integrität als Volk nicht mehr angetastet würde. Aber die Regierung trieb die Verträge weiter voran und versuchte mit betrügerischen Machenschaften, die Einwilligung der Indigenen Regionalpolitiker für die Flutung und die Inbetriebnahme des Stausees zu bekommen. Der Umweltminister Juan Mayr wollte die drei obersten Gouverneure der Indigenas dazu bringen, ein Dokument zu unterschreiben, in dem der Flutung des Stausees noch vor der internen Befragung der indigenen Gemeinschaften zugestimmt wurde.“

Die Befragung des Volkes der Embera wurde inmitten von Terror und Einschüchterung vorgenommen. Im Juni wurden zwei Embera bei einem paramilitärischen Angriff am Rand des Reservats verletzt. Sie wurden ins Hospital von Tierralta gebracht und danach wegen ihrer schweren Verletzungen in die Bezirkshauptstadt Montería weitertransportiert. Auf dem Weg wurden sie von Paramilitärs aufgehalten, die Rubén Darío Mosquera Pernía aus Ambulanz herauszerren. Man weiß immer noch nicht, wo er jetzt ist.

So war die Lage als wir uns im August an den Verhandlungstisch setzten. Wir wussten dass das Umweltministerium auf der Seite der Urrá-Gesellschaft und nicht

auf unserer stand und auch, dass die Regierung uns eine Einigung nicht erleichtern würde, um schließlich eigenmächtig zu entscheiden, da sie wussten, dass unsere Weigerung für uns bedeutete, den Tod zu riskieren. Über die Stelle für indigene Angelegenheiten wurden von der Regierung zwei Verhandlungsrounden mit Urrá einberufen. Mit diesen zwei Verhandlungen und zwei angenommenen Verhandlungsergebnissen mussten jene Ergebnisse zwangsläufig anders ausfallen und dann könnte das Umweltministerium behaupten, keine Wahl gehabt zu haben. Auf jeden Fall brachten sie keine Vorschläge an den Verhandlungstisch.

Die Spaltung der indigenen Gemeinschaften und die Geldzahlungen

Nachdem ihre verschiedenen Manöver nicht die gewünschten Resultate gebracht hatten wandten das Innen- und Umweltministerium sowie die Urrá- Gesellschaft andere Vorgehensweisen an und nur Tage später unterzeichneten sie ein Vorabkommen mit einem Teil des Emberavolkes vom Esmeraldafuss das sich auf Schadensersatz und territoriale Entschädigung bezog. Die Regierung akzeptierte die Übergabe von Land zur ausschließlichen Nutzung durch einen Teil des Emberavolkes, obwohl gemäss den Bräuchen der Embera der Boden allen gehört. Und sie zahlen eine Entschädigung von 45 DM monatlich an jeden Einzelnen. Die Resultate sind bereits deutlich: Landflucht, Alkoholismus, Prostitution. Es tut weh, Euch sagen zu müssen, dass 200 Personen das Reservat verlassen haben weil weder die gesetzgebende Versammlung noch unsere Brüder fähig waren, NEIN zu diesem verdammten Geld zu sagen und zu merken, dass das Geld in der Tasche schädlich ist. Wir haben immer darauf bestanden, das dies kein Taschengeld ist, sondern für gemeinsame Projekte zurückgelegt werden soll. Wir essen kein Geld und unsere Alten haben uns gewarnt, dass das Geld große Übel bringt.

Wie in Kolumbien regiert wird

1994 organisierten die Embera das „do Wambura“, oder den Abschied vom Fluss, die erste massive Demonstration gegen das hydroelektronische Projekt. Danach besetzten sie die Botschaft von Schweden. Sie haben sich an die höchsten Justiztribunale des Landes gewandt damit ihre Rechte anerkannt würden. Doch die systematische Ausklammerung der indigenen Interessen hat nicht aufgehört, und ebenso wenig der Druck der Waffengewalt, welche die Pläne der Regierung unterstützt. In den Worten Kimi Pernías: „Die Regierung und die Urrá-Gesellschaft benutzten schmutzige Methoden und versuchen unsere Gemeinschaften zu spalten. Sie boten uns kleine Summen in Gegenzug für die Unterzeichnung eines Abkommens an. Als die indigenen Gemeinschaften die Unterzeichnung eines manipulierten Abkommens verweigerten tauchte ein Brief der Paramilitärs auf, der an den Umweltminister, den Innenminister und die fünfte Kommission des Senats gerichtet war, in der

Senatoren aus Córdoba wie Julio Mansur, Salomon Nader und Julio César Guerra sitzen. In dem Brief heißt es, dass die Position der Embera ein Resultat des Drucks sei, den die Guerrilla auf sie ausübe und dass sie das nicht länger zulassen werden. Genauer gesagt, sie bedrohen uns und unsere Freunde und Unterstützer.

„In diesem Brief verlangten die Paramilitärs, die sofortige Flutung des Stausees. Fünf Tage später, nach einer Sitzung auf hoher Ebene zwischen dem Präsidenten Pastrana und diesen Senatoren und Ministern erschien die Lizenz und Urrá wurde am 18. November mit Wasser gefüllt.

Gewinner und Verlierer der Makroprojekte

Die kolumbianischen Regierungen sind autoritär und zutiefst antidemokatisch, das führt dazu, das sie Projekte wie den Stausee von Urrá durchführen, Projekte, bei denen brutale Eingriffe verschwindend kleinen Vorteilen für die breite Bevölkerung gegenüberstehen, nur damit einige Wenige von Geld und Macht profitieren:

1.- Das internationale Kapital, Institutionen wie die Weltbank und der Interamerikanischen Bank leihen Geld, damit die Projekte durchgeführt werden. Sie garantieren den weltweiten Fluss des Geldes. Kolumbien verschuldete sich so weit, dass heute 40% des Jahresbudgets dafür verwendet wird, die Auslandsschulden zu zahlen. Später dann wird Druck ausgeübt, damit die neuen Unternehmen zu niedrigen Preisen privatisiert werden, damit das selbe Spekulationskapital; das nun privat ist, seinen Eigentümern exzellente Gewinne eintragen kann.

2.- Die lokalen Politiker verscherbeln die von der Weltbank geliehenen Gelder und das nationale Kapital, das in die Projekte geflossen ist. Das Privatvermögen jener Politiker multipliziert sich mit jedem Megaprojekt. Später wirtschaften sie als Verwalter häufig die Unternehmen in den Ruin, und schaffen damit eine „zwingende Notwendigkeit, diese zu privatisieren. Die nationale Presse schreibt dann, dass ausländisches Kapital gekommen sei, um die Unternehmen zu „retten.“

3.- Die Landbesitzer vor Ort vervielfachen ihre Besitzungen, indem sie die Ökosysteme zerstören und sie den Gemeinden fast ohne Gegenleistung wegnehmen. Das Einzige, was sie wirklich können ist, die Gewalt zu organisieren, die genau mit dem staatlichen Militär koordiniert ist, welches niemals auftaucht, um die betroffenen Gemeinden zu schützen. Der Chef der kolumbianischen Paramilitärs, Carlos Castaño besitzt mehrere zehntausend Hektar Land im Department Córdoba.

4.- Neben den indigenen Gemeinschaften finden sich mehr als 50.000 Fischer und Bauern unter den Verlierern, deren Leben, weil sie vom Fischfang leben und den Fisch sowohl essen als auch ihn verkaufen, schwer beeinträchtigt wird. Das Land, das die ruinierten Bauern zurücklassen, verleiben sich die Großgrundbesitzer ein.

5.- Der radikale Wandel, das Umkippen des Ökosystems und das Verschwinden der Mangrovensümpfe

bedeuten, dass unzählige Arten dieser Region — Flora und Fauna — für immer vom Erdboden verschwinden. Die Region besitzt eine der größten Biodiversitäten der Welt. Die Versalzung der Meermündung des Flusses verursacht irreversible Schäden an den Böden und der regionalen Biomasse.

6.- Das Kapital, das in diese Projekte investiert wird, kann mit der produzierten Energie nicht wieder erwirtschaftet werden, so das die vergrößerten Auslandsschulden von den Kolumbianern gezahlt werden, welche mit einer täglich wachsenden Privatisierung der Gesundheits- und Bildungssysteme und weiteren Beschränkungen der öffentlichen Ausgaben konfrontiert werden, weil das nationale Budget nicht alle Lasten auf einmal bewältigen kann unterstützt werden letztendlich nur die Großgrundbesitzer und Politiker.

Kimi Pernía Domicó ist nicht wieder aufgetaucht!

Seit seiner Entführung gibt es von Kimi kein Lebenszeichen. Die Paramilitärs pflegen den Familien und den betroffenen Gemeinden zu sagen, dass sie keine Entführten wieder ausliefern, nicht einmal die Stücke, in die sie ihre gequälten Opfer häufig verwandeln, pflegen sie zurückzuschicken. Wie gewohnt hat der kolumbianische Staat eine „umfassende Untersuchung angeordnet, bei der nichts herauskommen wird. Die Militärs in der Region hören, sehen und wissen natürlich auch nichts. Die 20.000 Dollar, die eine kanadische NGO für Hinweise ausgesetzt hat, die dazu führen, dass Kimi Pernía lebend zurückkommt, scheinen keinen Empfänger zu finden.

Nach der Entführung Kimis wurde am 25. Juni der Emberagouverneur aus dem Stadtrat von Rio Esmeralda, Alirio Pedro Domicó umgebracht und zwei Tage später wurde ein anderer Emberaführer aus dem Alto Baudó, Alberto Sabugara von den selben (nicht offiziell bekannten) Staatsdienern ermordet, die auch im Auftrag des internationalen Kapitals handeln, das den unheimten Kapitalismus und die schmutzigen Kriege vorantreibt.

Wie Kimi in seiner Rede sagte: „Viele von uns sind völlig überzeugt, dass der Schaden, der unserem Ökosystem und unserer Nahrungsversorgung zugefügt ist, nicht wieder gutzumachen und durch keine Zahlung zu entschädigen ist. Wenn wir nicht ein größeres Gebiet bekommen in dem wir den Boden bebauen und Fischfang betreiben können ist unsere Sicherheit als Volk in Gefahr. Jetzt, da wir sterben, da die Fischer auch sterben, wird weder die Regierung noch die Urrá- Gesellschaft uns zuhören. Trotzdem werden wir weiterkämpfen. Damit sie uns nicht das Recht nehmen, das unser eigenes Gesetz als Volk ist“.

Jaime Torres

Kolumbiengruppe Berlin

Übersetzung: Andrea Wurzer

KOLUMBIEN

Ein Sprecher auf einer Demonstration /
Opinando en una manifestación en Silvia Cauca



Frauen bei der Verarbeitung von Maniok / Mujeres trabajando la Mandioca

Urrá, un Megaproyecto que lleva al exterminio del Pueblo Embera Katío

„Mi nombre es Kimi Pernía Domicó y pertenezco al pueblo Embera Katío de la parte alta del Río Sinú. Hoy estoy aquí como testigo y como víctima del impacto desastroso de un megaproyecto que está afectando a mi comunidad, a los pescadores y campesinos del Medio y Bajo Sinú, a la gente del Departamento de Córdoba ... y a todos los colombianos, que son los que pagan los negocios absurdos de los que mandan en este país“

Estas son las palabras del líder indígena habitante del noroeste colombiano, en cercanías de la frontera con Panamá, pronunciadas en uno de los muchos actos en los que ha denunciado las arbitrariedades cometidas contra su pueblo por el gobierno colombiano y por quienes detentan el poder económico y militar durante la construcción de una represa sobre el Río Sinú. Kimi Pernía fue secuestrado el día 2 de Junio 2001 por un grupo de paramilitares y no ha vuelto a aparecer. Es otro atentado más de los que se han cometido contra la comunidad de los Embera por llevar adelante este macroproyecto.

Siguiendo libremente la argumentación de Kimi: „Los Embera Katío del Alto Sinú vivimos en el Resguardo de la comunidad, en un territorio de 103.000 hectáreas en las montañas del Parque de Paramillo, donde nacen los ríos Esmeralda, Verde, Cruz Grande y el Sinú. Somos cerca de 2.400 personas, agrupadas en 450 familias. Más de la mitad es menor de 18 años, los que pasan de 50 años no son mas de 50 personas. Nuestra tierra es el lugar mejor conservado del parque.“

„Según nuestras creencias, el agua y los pescados son un bien común para ser compartidos con toda la gente. Nosotros creemos que el Creador Karagabí nos confió la responsabilidad de conservar el agua y el bosque para los indígenas y los no indígenas. La supervivencia de mi pueblo depende de los ríos. El río („do, en lenguaje Embera), da nombre a los lugares por donde pasa y crea las historias. Apartadó es el río del plátano, Chigrodó el río de la guadua, Chibugadó el del árbol Abarco, Pawarandó el río de aguas tibias. Pero ahora estamos en peligro. Nuestra dieta está basada en las proteínas que recibimos de las diversas especies de pescados que sacamos del río, complementada con arroz, yuca y plátano que cultivamos en nuestros campos. Así vivíamos hasta hace 6 años cuando la construcción de la Represa Urrá desvió el Río Sinú en 1995. Desde entonces la situación cambió totalmente. La represa trajo la muerte a nuestra gente: muerte de los pescados, muerte de

los miembros de la comunidad que han sentido la pérdida de proteínas, debilitando su salud, y muerte de nuestros líderes que han protestado y desafiado este mega-proyecto. La represa es como una pared que corta el río Sinú e impide la migración milenaria de los pescados. En este momento, pescados como el bocachico, la yulupa, la charúa o el barbule están prácticamente acabados.

Los indígenas y los pobres no existen para los Megaproyectos

„Desde hace 40 años se viene hablando de la represa Urrá, pero los funcionarios del sector Eléctrico nunca hablaron de los Embera. Era como si no existiéramos. Los ingenieros pasaban por nuestros territorios, pero nunca escribieron que fuéramos personas con derechos. Servíamos para la foto. En 1971 el gobierno declaró de utilidad pública la zona del proyecto. Metieron nuestro territorio en esa zona y ni siquiera nos preguntaron. En 1982 hicieron el convenio con la empresa rusa V. O. Energomachexport para el diseño, suministro y montaje del equipo hidroeléctrico. En 1985 se hizo el contrato con Skanska de Suecia, para la construcción de obras civiles. Tampoco nos dijeron nada. En 1992 se creó la Empresa Multipropósito Urrá S.A. y la oficina estatal (ahora Ministerio del Medio Ambiente) otorgó la licencia para la construcción del proyecto. Tampoco nos preguntaron. No preguntaron a los pescadores del Medio y Bajo Sinú ni a los campesinos.“

Para qué es la represa ?

Continuando con la exposición de Kimi: „Se ha dicho que Urrá es una necesidad para la región. Pero nosotros sabemos otra cosa. Cuando aprobaron la obra tuvieron que decir que era multi-propósito, porque la sola generación de energía es muy poquita. Cuáles eran los otros propósitos? Dicen que controlar las inundaciones. Pero el presidente de Urrá reconoció en una entrevista escrita que la represa no iba a controlar todas las inundaciones, sino las menos graves. Para qué la obra? El propósito de la represa era secar los humedales y las

COLOMBIA

ciénagas para que el gobierno se las titulara a los terratenientes de Córdoba, que todos saben bien quiénes son y cómo actúan (se refiere a sus estrechos vínculos con organizaciones paramilitares). Y también para que la clase política convirtiera la empresa en un negocio corrupto.

No es cierto que sea una obra que trae beneficio: nosotros identificamos 105 impactos provocados por el proyecto y solo cinco de ellos son positivos. Los impactos mas importantes son:

1.- Descomposición de mas de 7.000 has. de plantas por la inundación para llenar la represa. Dijeron que no era importante, pero ahora en la zona hay una nube de mosquitos en todas partes.

2.- Alteración gravísima de importantes ecosistemas: páramo, selva húmeda, humedales y estuario marino. Dijeron que tampoco era grave pero, como han dicho los pescadores, "ya el agua para las ciénagas se acabó y los pescados se están asfixiando".

3.- Fin del pescado que subía al Alto Sinú. Se dañó la puesta de los huevos y, con ello, la economía de los pescadores del Bajo Sinú.

4.- Nos trajo la división interna de la comunidad, que hoy nos cuesta vidas. Las escasas compensaciones monetarias y las manipulaciones del Gobierno nos ha traído abandono del territorio, alcoholismo, prostitución, pérdida de la cultura.

5.- Daño del transporte por el río. Ahora el agua salada del mar penetra libremente en el estuario, salinizando las tierras y trastornando totalmente el ecosistema.

6.- Atracción del conflicto armado. Los paramilitares queman las canoas de la Organización Indígena, amenazan las comunidades de los ríos Sinú y Verde, secuestran, desaparecen y asesinan a los líderes Embera.

7.- Peligro de inundación de 130 personas. Obliga al desplazamiento de otras 280. Se van a inundar las tierras mas fértiles del territorio del pueblo Embera, así como los cementerios y sitios sagrados.

Los Indígenas y el "desarrollo"

"A nosotros nos han acusado de estar contra el desarrollo. Esa es una palabra difícil. Como decía el líder indígena Abadio Green, mas que analizar el desarrollo, nos ha tocado defendernos de él. Yo conocí el desarrollo hace unos 20 años, un día que un cura católico de apellido Betancur nos dijo que si no aceptábamos la represa nos ibamos para el infierno. Para nosotros el desarrollo ha significado el desconocimiento de nuestros derechos, la muerte del pescado, la división de nuestra comunidad y la muerte de Lucindo Domicó. El desarrollo para nosotros ha significado que nos cambiasen de sitio los restos de nuestros muertos, como si fueran huesos de animales. El desarrollo para nosotros es que inunden 28 lugares sagrados. Creemos que para los campesinos y pescadores el desarrollo tampoco ha sido mejor, pues ha significado el secado de las ciénagas y los humedales. El desarrollo nos ha quitado las ciénagas para luego

titularselas a los ricos de Córdoba. Hasta ahora, lo que conocemos del desarrollo es que a los que defendemos la vida y el medio ambiente nos dicen que somos egoístas. A los cinco políticos y los Bancos que quieren ganar plata con Urrá les dicen que representan el interés de la nación. Si eso es el desarrollo, entonces tienen razón los que nos acusan, porque nosotros sí estamos contra ese desarrollo.

Aprobación de la „Licencia Ambiental” para llenar la represa

En Colombia existe una normativa que pretende prevenir y aminorar los efectos nocivos de las obras que el hombre realiza transformando el entorno natural. A mediados de los años 90 se elevó a la categoría de Ministerio la oficina que realizaba dichas labores y se avanzó en la reglamentación para moderar los impactos ambientales. Sin embargo, la aplicación de estas normas dista bastante de cumplirse. Veamos qué expresa Kimi Pernía sobre la Licencia Ambiental para el Proyecto Urrá:

"La Licencia Ambiental aprobada por el Ministerio del Medio Ambiente es un listado de expectativas. En todas las páginas se habla de que Urrá podrá cumplir después las obligaciones que debió cumplir antes de aprobar la Licencia. Esta sólo debe otorgarse una vez se haya verificado que todas las condiciones requeridas se han cumplido en forma completa. En el Concepto Técnico 330 de Octubre 5, que sirvió de base para aprobar la Licencia, se habla de documentos entregados antes de ser expedidos, como el Plan de Reforestación. También se mencionan documentos aprobados en reuniones que no existieron. Se corrigen Actas de hace un año para quitarle responsabilidades a la empresa. Se acepta como acciones ejecutadas el traslado de peces, que no dio resultados favorables porque era una medida errónea. Fue un fracaso. Se habla de documentos discutidos con las comunidades, que nunca existieron, como el Plan de Contingencia para el llenado del embalse. Se llega al extremo de afirmar que el reasentamiento de las familias se cumplió a principios de año, cuando a la fecha de hoy hay mas de 130 personas que no se han reubicado. Se asegura falsamente que todo el Plan de Ordenamiento Pesquero ha sido aprobado. Mejor dicho, es una novela de ciencia ficción".

El Ministerio no podía legalmente expedir la licencia porque no hubo consulta con la población afectada por el embalse. Fue una decisión arbitraria y autoritaria, pues nunca buscó llegar a un acuerdo con nosotros, nunca actuó de buena fe ni con la transparencia necesaria. El Ministerio del Medio Ambiente nunca nos pidió nuestros estudios de ambiente, sociales o de suelos, ni nos pidió nuestra descripción de los impactos, ni los proyectos para mitigar o prevenir impactos. Solo tuvo en cuenta lo que entregó la empresa. En la Licencia dicen que lo hicieron, pero eso es falso y no tienen cómo demostrarlo.

Acuerdo para autorizar el llenado del embalse: Consulta en medio del terror

A principios del año 2.000 ante las continuas solicitudes y protestas de nuestra Comunidad, la Corte Constitucional se pronunció para recordar los derechos fundamentales del pueblo Embera a la supervivencia, a la integridad étnica, cultural, social y económica. Allí se le ordenó al gobierno nacional que suspendiera el llenado del embalse, mientras se hacía la consulta que ordena el Convenio 169 de la Organización Internacional del Trabajo. Además ordenó una indemnización que nos trajo mas problemas que beneficios. Pero el Ministerio del Ambiente y la empresa Urrá se pasan por encima su Ley. Y empiezan el llenado del embalse sin que haya consulta con el pueblo Embera Katío. Eso se hizo con la autorización del Ministerio, como lo reconoce en la Licencia Ambiental. La oficina estatal de la Defensoría del Pueblo y nosotros protestamos y denunciamos eso en Marzo. Pero nadie hizo caso. La Procuraduría General de la República no investigó nada y su delegado parecía estar haciéndole el trabajo a la empresa Urrá.

Un mes después, el 24 de Abril, es asesinado en su casa nuestro líder y vocero en este proceso, Lucindo Domicó Cabrera. Las amenazas a nuestros líderes continúan, lo que obliga a que tres de ellos abandonaran temporalmente la zona. A pesar de todo eso, entregamos nuestra propuesta de Consulta y Concertación, enfatizando en la necesidad de un acuerdo único para que no se afectara mas nuestra integridad como pueblo. Pero el gobierno nacional siguió impulsando dos acuerdos, buscando con engaño, la autorización de los Gobernadores indígenas para el llenado y operación del embalse. El ministro del Ambiente, Juan Mayr, quiso hacer firmar a los 3 Gobernadores Mayores Embera un acta donde se aceptaba el llenado antes del proceso de consulta interna con las colectividades.

La Consulta al pueblo Embera se realizó en medio del terror. En junio, en un ataque paramilitar a Saiza, en límites del territorio del Resguardo, son heridos dos Embera. Son trasladados al Hospital de Tierralta y por su gravedad se remiten a la capital del Departamento, Montería. En la vía son interceptados por paramilitares, quienes sacan de la ambulancia a Rubén Darío Mosquera Pernía. Aún no se sabe su paradero.

Así fue como nos presentamos a la mesa en agosto. Sabiendo que el Ministerio del Ambiente estaba del lado de la Empresa y contra nosotros, sabiendo que el gobierno no iba a facilitar un acuerdo para poder decidir por su cuenta, sabiendo que nuestra oposición nos significaba riesgo de muerte. El gobierno, a través de la Dirección de Asuntos Indígenas, convocó a dos mesas de concertación con Urrá. Con dos mesas, suponiendo que iba a haber acuerdo en ambas, esos acuerdos tenían que ser diferentes. Y entonces el Ministro del Ambiente podía decidir diciendo que no tenía otra alternativa.

De todos modos, ni siquiera presentaron propuestas en la mesa.

La división de las comunidades y los pagos en dinero

Como sus diversas artimañas no dan los resultados esperados, los Ministerios del Interior y Medio Ambiente, así como la empresa Urrá, se valen de otras estrategias. Días después firman preacuerdos con un sector del pueblo Embera del río Esmeralda, en materia de indemnización y de reposición de tierras. El gobierno acepta la entrega de tierras para uso exclusivo de un sector del pueblo Embera, cuando según la costumbre indígena el territorio es de todos. Y avala el pago de una indemnización de 45 marcos mensuales a cada persona, pero ya estamos viendo lo que produce: abandono del territorio, alcoholismo, prostitución. Me duele decirles a ustedes que de las comunidades Embera del río Esmeralda ya hay 200 personas que abandonaron el Resguardo y viven en la población de Tierralta, porque ni la Corte Constitucional, ni Urrá, ni nuestros hermanos fueron capaces de decirle NO a ese dinero maldito y darse cuenta que la plata de bolsillo era dañina. Nosotros siempre exigimos que no fuera plata de bolsillo, sino recursos para proyectos colectivos. No comemos dinero, y nuestros ancianos nos han preventido y nos han dicho que el dinero trae grandes males.

Cómo se gobierna en Colombia

Los indígenas Embera hicieron en 1994 el „Do Wambura“ o Despedida del Río, primera manifestación masiva del Pueblo Embera frente al proyecto hidroeléctrico. Posteriormente ocuparon la embajada de Suecia. Han acudido a los mas altos tribunales de justicia del país para que se les reconozcan sus derechos. Sin embargo, el desconocimiento sistemático no ha parado, ni tampoco la presión de las armas que apoyan los planes del Gobierno. En palabras de Kimi Pernía „la empresa Urrá y el Gobierno utilizaron métodos de mala fe y la división de nuestras comunidades“. Nos han ofrecido pequeñas cantidades de dinero a cambio de un acuerdo. Cuando las comunidades rechazaron un acuerdo manipulado apareció una carta de los paramilitares a los Ministros del Interior, Medio Ambiente y Energía, al presidente de Urrá y a la Comisión 5a. del Senado, donde están los senadores cordobeses como Julio Manzur, Salomón Náder y Julio César Guerra. En ella dicen que la posición de los Embera es presionada por la guerrilla y que no van a dejar que eso ocurra. Mejor dicho, nos amenazan a todos nosotros y a nuestros amigos y colaboradores. En esa carta los paramilitares exigían que se hiciera el llenado inmediatamente. Cinco días después, luego de una reunión de alto nivel del presidente de la República Andrés Pastrana con esos senadores y ministros, salió la licencia y Urrá empezó a llenarse el 18 de Noviembre.

Ganadores y Perdedores de los Macroproyectos

El carácter autoritario, profundamente antidemocrático, de los gobiernos colombianos, hace que lidere proyectos como el de la Represa de Urrá, donde a cambio de escasos beneficios para el grueso de la población, comete enormes atropellos para que unos pocos se beneficien de las inversiones y el poder:

1.- El capital internacional institucional, el Banco Mundial y el Banco Interamericano de Desarrollo, prestan los dineros para que las obras se hagan. Garantizan el flujo mundial del dinero. Colombia se endeuda al punto que hoy emplea el 40% del presupuesto anual para pagar la deuda externa. Más adelante presionan para que las empresas creadas se privatizan, siempre a bajos precios, para que el mismo capital especulativo, ahora privado, rinda excelentes valorizaciones a sus propietarios.

2.- Los políticos locales hacen ferias con los dineros prestados por la banca mundial y con el presupuesto nacional aportado al proyecto. Las fortunas privadas de estos políticos se multiplican con cada megaproyecto.

Más adelante, como administradores, con frecuencia llevan las empresas a la quiebra, lo que „obliga a que sean privatizadas. Así, la gran prensa nacional titula cómo el capital internacional „llega a salvar las empresas”.

3.- Los terratenientes locales multiplican sus dominios, robándole tierras a los ecosistemas naturales y a las comunidades que viven de ellos, casi a cambio de nada. Sólo a cambio de saber administrar la violencia, que coordinan muy bien con las fuerzas armadas estatales, que nunca aparecen para proteger las comunidades afectadas. El jefe del paramilitarismo colombiano, Carlos Castaño, es propietario de varias decenas de miles de hectáreas en el departamento de Córdoba.

4.- Entre los perdedores, además de las comunidades Indígenas, el proyecto de Urrá perjudica gravemente a más de 50.000 pescadores artesanales y campesinos, quienes viven de la pesca, tanto para comer como para vender y completar su ingreso. Las tierras de muchos de estos campesinos arruinados se sumarán a las de los latifundios.

5.- El cambio radical del ecosistema a través de la eliminación de las ciénagas milenarias, hará desaparecer del planeta, para siempre, incontables especies de esta zona, una de las más ricas en bio-diversidad del mundo. La salinización del estuario del río provocará daños irreversibles a las tierras y biomasa del área.

6.- La inversión en estos proyectos nunca se recupera completamente con la energía producida, entonces la deuda externa contratada será pagada por la totalidad de los colombianos, quienes verán cada día mayor privatización de los sistemas de salud, educación y gasto social, porque el presupuesto nacional no puede contener tantas cargas juntas. El subsidio será entonces para los latifundistas y políticos.

Y Kimi Pernía Domicó no aparece!

Desde su secuestro hasta la fecha, Kimi no aparece con vida. Los paramilitares acostumbran a decir a los familiares y comunidades afectadas que ellos no devuelven gente, ni siquiera los pedazos en que con frecuencia convierten a sus víctimas martirizadas. El gobierno colombiano, como de costumbre, ha ordenado una investigación exhaustiva de la que no saldrá nada. Las autoridades militares del área tampoco saben, ni vieron, ni oyeron nada. Los US\$20.000 que ofreció una ONG canadiense, por informes que conduzcan al regreso de Kimi, parece que no tendrán destinatario.

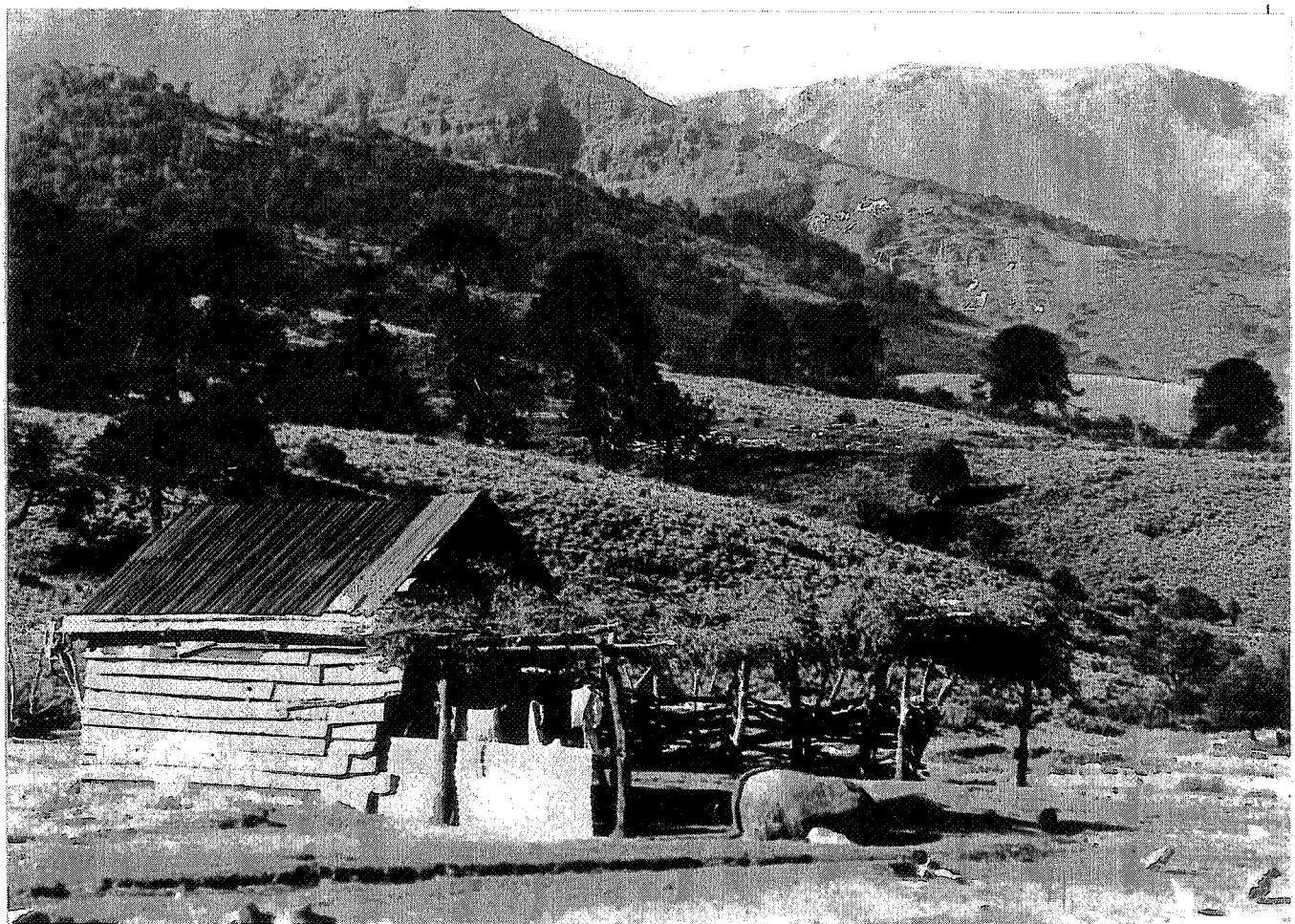
Después del secuestro de Kimi, el 25 de Junio, fue asesinado por paramilitares el Gobernador Embera del Cabildeo del Río Esmeralda, Alirio Pedro Domicó, y dos días después otro líder Embera del Alto Baudó, Alberto Sabugara, fue asesinado por los mismos servidores no reconocidos públicamente del Estado y del capital internacional impulsor del capitalismo salvaje y las guerras sucias.

Como dijo Kimi en su exposición: „Muchos de nosotros estamos muy convencidos de que el daño a nuestro medio ambiente y a nuestra seguridad alimentaria es irreparable y ningún pago puede compensar eso. A menos que obtengamos una ampliación a nuestro territorio para que podamos cultivar y pescar, nuestra sobrevivencia como Pueblo está en peligro. Ahora que nos estamos muriendo, ahora que están muriendo los pescadores, tampoco el Gobierno ni la Empresa Urrá van a oír. A pesar de todo esto, vamos a seguir luchando. Para que no nos nieguen el derecho que tenemos a vivir como pueblo”.

Jaime Torres

Grupo Colombia Berlín

Chile



Chile

Indigene Völker in Chile

Das Beispiel der Mapuche

Seit gut zwei Jahren ist es in den südlichen Provinzen Chiles besonders unruhig geworden. Landbesetzungen, Straßenblockaden, Behinderungen bis hin zu Sabotage gegen Holzfirmen, Verhaftungen aufgrund der Anti-Terrorismusgesetzgebung u.a.m. umreißen in dünnen Worten ein Szenario, das spontan an ein von Aufständen geschütteltes Land denken lässt. Andere sehen das ähnlich. Einige Medien in Chile hatten schon 1998 die angespannte Situation im Süden Chiles als ein zentrales Problem bewertet, das unabdingt einer Lösung in den nächsten zwei oder drei Jahren bedürfe. Die konservative Presse (wie z.B. El Mercurio) schürte die Angst, dass sich vor allem die VIII. und IX. Region in ein zweites Chiapas verwandeln könnte. Eine Prognose des US-State-Departments zur westlichen Hemisphäre aus dem Jahr 2000 bewertete die Landkonflikte der Mapuche sogar als mögliche Gefahr für die nationale Sicherheit der USA. Die südliche Region in Lateinamerika könnte - aus Washingtoner Sicht — insofern destabilisiert werden, als Investitionen in land- und forstwirtschaftliche Produkte unkalkulierbar werden und die politische Landschaft im repressiven Chaos versinken könnte; wobei das State Department vor allem das Chaos fürchtet. Warum der Aufstand? Innerhalb von knapp 150 Jahren ist das ursprüngliche Siedlungsgebiet der Mapuche in Chile von der Größe der ehemaligen DDR auf die Fläche des ehemaligen Westberlins reduziert worden, die Lebensbedingungen haben sich dramatisch verschlechtert, und die Politikkonzepte der Regierungen verschiedenster Couleur lassen keine Besserung erwarten. Grund genug also, sich zu wehren und die Existenzwahrung einzufordern.

Ethnische Vielfalt

Nach Angaben des Fischer Weltalmanach gehören ungefähr sieben Prozent der knapp 15 Mio. Chileninnen und Chilenen (Angabe von 1996) indianischen Völkern an. Andere Zahlen aus dem Kreis der Ureinwohner sprechen von einem Anteil von zehn Prozent. Nach der zuletzt durchgeführten Volkszählung 1992 leben in Chile 928.500 Mapuche (es gibt außerdem Mapuche in Argentinien; insgesamt ca. 1,5 Mio.), die sich in Mapuche-Pehuenche (Menschen der Araukarie / Pinienbaum), Huilliche (Menschen aus dem Süden), Lafquenché (Menschen von der Küste), Picunche (Menschen aus dem Norden), Nagche und Huenteche untergliedern. Hinzu kommen die Aymara (ca. 48.000 im Norden an der Grenze zu Bolivien, wo die Mehrzahl lebt), Rapanui (ca. 20.000 auf den Osterinseln), Cunsa bzw. Atacameño (ca. 3.000), Coya (ca. 100), Kawéskar (ca. 100) und Yámana (ca. 70). Die Volkszählung 1992 war die erste, die nach der ethnischen Identifikation fragte. Sie wies einen überraschend hohen Anteil städtischer Mapuche nach (damals ca. 500.000, rund 44 Prozent), die v.a. in den Städten Santiago, Concepción, Valparaíso, Temuco und Valdivia lebten. Neuere Schätzungen gehen sogar von einem Anteil bis zu 85 Prozent aus, der in den Städten leben soll. Allein der Großraum der Hauptstadt Santiago beherbergt demnach mehr als 60 Prozent der in Chile lebenden Mapuche.

Die Mehrheit der auf dem Land siedelnden Mapuche in Chile befindet sich in den Provinzen Bío Bío, Arauco, Malleco, Cautín, Valdivia, Osorno, Llanquihue und Chiloé - die heutigen Verwaltungsbezirke VIII (Hauptstadt Concepción, u.a. Provinz Bío Bío), IX (Hauptstadt Temuco, u.a. Provinz Arauco) und X (Hauptstadt Puerto Montt, u.a. Provinz Los Lagos). In den Regionen Malleco und Cautín stellen die Mapuche einen Bevölkerungsanteil von 40 Prozent. Die Provinz Arauco in der XIII. Region gehört zu den ärmsten Gebieten Chiles.

Der Name „Mapuche“ bedeutet Mapu = Land, Che = Mensch. „Pehuenche“ sind die Menschen der Araukarie (Pehuen = Frucht der Araukarie). Vor der spanischen Eroberung waren die Mapuche Jäger, Fischer, Sammler, bestellten kleinere Gärten und galten als kriegerisches Volk. Nur während eines Krieges schlossen sich die sonst in kleinen, auf Verwandtschaft basierenden Gemeinschaften zu Allianzen zusammen. Gemeinsam vorzugehen kommt also bei den Mapuche nicht automatisch zustande, sondern ist äußerer Not geschuldet. Trotz widrigster Umstände konnten die Mapuche Kernelemente ihrer Kultur, u.a. ihre Sprache Mapudungun, aufrecht erhalten konnten. Ebenso spielen ihre traditionellen Repräsentantinnen und Repräsentanten - machi,

lonko, werkén, weupife und ñempin — heute noch eine Rolle im Alltag. Wichtige Entscheidungen erfolgen nach einem jahrhundertealten Ritual.

Historische Skizze

Der 6. Januar 1641 markiert ein für Lateinamerika historisches Datum. Aufgrund ihres konsequenten Widerstandes konnten die Mapuche dem Königreich Spanien den „Vertrag von Quilín“ abringen, der den Bío Bío als südliche Grenze des Kolonialreiches markierte. Zwar mussten die Mapuche 20 Millionen Hektar (von ursprünglich ca. 31 Millionen) abtreten. Zum ersten und einzigen Mal errangen jedoch Ureinwohner im Süden Amerikas per Vertrag den völkerrechtlichen Status einer unabhängigen Nation. Die Mapuche bekamen das Hoheitsrecht über die verbliebenen 10 Millionen Hektar südlich des Flusses Bío Bío zuerkannt. Nach 100 Jahren kolonialer Eroberung hatte die spanische Krone einsehen müssen, dass die Mapuche im Süden des Subkontinents militärisch nicht zu bezwingen waren. Die Katholische Kirche fungierte als Garantiemacht. Dem Vertrag von Quilín folgten 28 weitere, der letzte im März 1803, sieben Jahre vor der Unabhängigkeitserklärung durch Chile und Argentinien.

So bestätigten die Verträge von 1772 und 1793 mit der spanischen Krone den souveränen Status, den Estado de Arauco südlich des Bío Bío. Ab dem Jahr 1860 jedoch begannen die Republiken Chile und Argentinien mit einer großangelegten Invasion der Mapuche-Territorien. Im Januar 1883 besetzte die Armee Chiles Araukanien und beschlagnahmte 55.800 Quadratkilometer Land. In einem nicht erklärten Krieg über zwei Jahrzehnte und aufgrund der logistischen Überlegenheit gelang es den Militärs im Jahre 1885, die Mapuche zu unterwerfen. Die Eisenbahn hatte den schnellen Transport vieler Soldaten ermöglicht.

Jahrzehnte zuvor, im Jahr 1813, war bereits die Kommission zur Umsiedlung der Ureinwohner (Comisión para la Relocación de los Pueblos Indígenas) gegründet worden, die zwischen 1884 und 1919 ca. 80.000 Mapuche in ca. 3.000 Reservaten zusammenpferchte. Im Jahr 1902 wurde das Mapuche-Territorium unter Mithilfe der britischen Krone zwischen Argentinien und Chile aufgeteilt. Widerrechtliche Aneignungen, sittenwidrige Verträge, willkürliche Gesetze und Agrarreformen schmälerten ihr Territorium, das nicht-indigenen Siedlern übergeben wurde. Bevölkerten die Mapuche vor 1883 noch ca. zehn Mio. Hektar, so führten die 1881 im Vorgriff auf die Unterwerfung ausgestellten Landtitel zu einer Reduktion der Fläche auf gerade noch 6,39 Prozent (= 510.000 Hektar) ihres ursprünglichen Landes.

Der Militärputsch Pinochets von 1973 ermöglichte die nochmalige Reduzierung der verfügbaren Fläche um mehr als die Hälfte. Die Militärjunta begann sofort nach der Machtübernahme die Landreform der Regierung

Allende zu stoppen und rückgängig zu machen. Im Oktober 1974 waren schon 80 Prozent der durch die Agrarreform enteigneten Landgüter wieder an Großgrundbesitzer übergeben worden. Das Dekret Nr. 2.568 aus dem Jahr 1979 ermöglichte schließlich, die verbliebenen Mapuche-Ländereien zu privatisieren und die Mapuche-Gemeinschaften endgültig aufzulösen. Um das Gemeinschaftsland eines Mapuche-Reservats zu privatisieren, reichte es aus, wenn ein einziger Angehöriger einer Mapuche-Gemeinschaft eine entsprechende Absicht erklärte. Die Zahl der offiziell ausgewiesenen Reservationen sank dramatisch von 2.060 auf 665. Zerstört wurden damit nicht allein der kollektive Besitz, sondern alle politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen der Mapuche, die an eine kollektive Verwaltung des Territoriums gebunden waren. Aber auch gegen die Militärdiktatur von Pinochet setzten sich Mapuches zur Wehr. Ab September 1978 organisierten sie sich in „Kulturzentren“ (Centros Culturales), um ihre Identität aufrecht zu erhalten und eine Grundlage für die Verteidigung ihres verbliebenen Territoriums zu bilden.

Insgesamt schrumpfte das Territorium der Mapuche seit 1860 von der Größe der ehemaligen DDR auf ein kleines Refugium von ca. 200.000 Hektar, etwa die halbe Fläche von Berlin. Während der gesamten Zeit wurden die Mapuche diskriminiert, ihre Repräsentanten verfolgt oder ermordet. Die Mapuche hatten sich daher der Anklage des spanischen Richters Garzón gegen Pinochet wegen Völkermordes angeschlossen.

Aktuelle Situation

Weltweite wirtschaftliche Verflechtungen führen auch in Chile zur beschleunigten Privatisierung von Land und Ressourcen — zum Nachteil der Ureinwohner, auf deren traditionellen Territorien sich eine Vielzahl verwertbarer Ressourcen etwa für die Energie- oder Forstwirtschaft befinden. Die Regierungen Chiles führen sich schon seit zwei Jahrzehnten als weltwirtschaftliche Musterknaben auf und unterwerfen sich vorbehaltlos der Inwertsetzung von Mensch und Natur. Gleichwohl der Überlebenskampf für die Mapuche nicht neu ist — über mehr als 500 Jahre haben sie gegenüber den Inkas und den europäischen Eroberern ihre Identität als Volk verteidigt — droht die nachhaltige kulturelle Entfremdung und durchaus das Verschwinden der Mapuche als öffentlich wahrnehmbares, kulturell eigenständiges Volk; obwohl es sich um eine Bevölkerung von ca. einer Mio. Menschen handelt.

Auf dem Land droht den Mapuche vermehrt Verarmung, da die Nahrungsproduktion mit den verbliebenen Restparzellen für alle Mitglieder nicht gesichert ist. Bereits in den 60er Jahren kalkulierte die staatliche Agrarreformbehörde das Minimum an Landmasse pro Kleinbauernfamilie für eine gesicherte Ernährung auf 50

CHILE

Hektar, und schon damals verfügte eine Mapuche-Familie im statistischen Durchschnitt nur über 9,2 Hektar. Die spätere systematische Enteignung ihres Territoriums hat die Mapuche an den Rand der Gesellschaft und in die extreme Armut getrieben: hohe Raten bei der Kindersterblichkeit, Unterernährung, Analphabeten (mehr als 20 Prozent im Vergleich zu fünf Prozent im nationalen Durchschnitt) bedingen zum einen eine verstärkte Abwanderung in die Städte oder die Gegenwehr.

In den Städten fehlen nicht nur spezifische Bildungsmöglichkeiten und Berufsaussichten, sondern auch die notwendigen (Frei-) Räume, um wesentliche Elemente der eigenen Kultur zu leben und unter veränderten Bedingungen fort zu entwickeln. Die Aufrechterhaltung der Identität in der Stadt gerade für die in den Städten geborenen Kinder aus Mapuche-Familien ist allein im Alltag überaus schwierig. Sie werden wegen ihrer Namen, ihrer Sprache und ihrer Kleidung gehänselt und lernen, ihre Herkunft zu verleugnen. Viele Eltern versuchen aus Selbstschutz, die Ausbildung einer kollektiven Identität und das öffentliche Auftreten in einer ethnisch identifizierbaren Gruppe zu vermeiden, um nicht diskriminiert zu werden. Außerdem wohnen Mapuche in der Regel in den marginalen Zonen der Städte, in ärmlichen Verhältnissen, mit prekärer Versorgung auch bei der allgemeinen Bildung, im Gesundheitswesen und in der sozialen Infrastruktur. Die meisten arbeiten in unterbezahlten Jobs, etwa in Bäckereien oder in Putzkolonnen. Andere schotten sich nach außen hin ab und leben in einer Subkultur. Wirksame Abhilfe gegen die kulturelle Entfremdung könnten in den Städten etwa Kulturzentren schaffen, die sich die Fortführung der Mapuche-Traditionen und Kultur unter städtischen Bedingungen zum Ziel setzen. Einen Schritt in diese Richtung gehen z.B. die traditionellen Heilerinnen („machis“), die regelmäßig vom Land in die Stadt kommen und nicht mehr nur Mapuche behandeln.

Staatliche Politik gegenüber den Mapuche

Die chilenische Verfassung und die Gesetze behandeln die Mapuche als Ethnie'. Sie berücksichtigen insofern die kollektive Identität von Volksgruppen. Der besondere Status einer eigenständigen Gemeinschaft, der die Selbstbestimmung über die eigenen Angelegenheiten erlauben würde und sich am Begriff Volk' festmacht, wird ihnen jedoch verwehrt. Ebenso sitzen in den meisten Köpfen politisch Verantwortlicher nach wie vor die Konzepte von der einen, uniformen Nation, an die sich alle anderen anzupassen haben.

Nach dem Ende der Pinochet-Diktatur haben die demokratisch gewählten Regierungen Chiles zwar die schlimmsten Dekrete (Nr. 2.568 und Nr. 2.885) aus den Zeiten der Diktatur zurückgenommen und mit dem „Ley Indígena“ aus dem Jahr 1993 wenigstens die Existenz von Ureinwohnern anerkannt. Die grundlegenden Anliegen der indigenen Völkern blieben jedoch bislang

unberücksichtigt. Von Wiederherstellung des Mapuche-Territoriums und Wiedergutmachung für die Verbrechen der Diktatur ist keine Rede.

So haben sich im Forstbereich wesentliche Grundlagen für die Bewirtschaftung kaum geändert. Die staatliche Quote für die Kostenübernahme bei Neupflanzungen stieg von 75 Prozent im Jahr 1974 (Decreto Ley Nr. 701) auf 90 Prozent im Jahr 1979 (Decreto Ley Nr. 2565). Die von Forstbewirtschaftung belegten Flächen stiegen von 400.000 Hektar im Jahr 1974 auf knapp eine Mio. 1983, und für die Zeit zwischen 1983 und 2000 wird der zusätzliche Verbrauch an Land auf 18 bis 21.000 Hektar jährlich geschätzt. Die Holzfirmen, die das Restgebiet der Mapuche fast hermetisch umschließen, wurden zu den größten Großgrundbesitzern. Sie lassen sich von privaten Wachmannschaften schützen und schaffen damit geradezu exterritoriale Gebiete. Für die Mapuche verringerte sich nicht nur dramatisch der Zugang zum Land, sondern auch zu anderen lebenswichtigen Ressourcen; wie der traditionelle einheimische Baumbestand oder Acker- oder Weideflächen.

Das im Jahr 1993 verabschiedete „Ley Indígena“, amtlich Gesetz Nr. 19.253, legt dem chilenischen Staat auf, für den Schutz und die Entwicklung der indigenen Völker zu sorgen und sich um einen angemessene Ausbildung und die Bewahrung der Kultur zu kümmern und auch Landfragen zu klären. Das Gesetz besagt nichts über ein eigenes Territorium der Mapuche und bleibt dem individuellen Eigentumskonzept verhaftet. Die Mapuche werden als 'Ethnie' bzw. 'Bevölkerung' aber nicht als 'Volk' identifiziert — ein völkerrechtlich entscheidendes Kriterium für die politische Selbstbestimmung. In seinem Rang steht es außerdem unterhalb etwa der Gesetze zur Energiegewinnung oder zur Landenteignung. D.h. Gesetzesvorhaben in diesen Bereichen müssen nicht zuvor mit der „Ley Indígena“ abgeglichen werden, umgekehrt schon. So kann auf traditionellen Territorien der Mapuche auch der Zugang zum Wasser vermarktet werden; d.h. die Nutzung eines Sees kann den dort lebenden Ureinwohnern ein Entgelt kosten.

Im Bereich der Infrastruktursversorgung werden alte Muster der Assimilation nur im Schneckentempo verändert. Eine Vereinbarung zwischen der CONADI und dem Erziehungsministerium aus dem Jahr 1994, das die Einführung einer zweisprachigen Ausbildung für Mapuche vorsah, wurde zwar im März 1996 bestätigt, kam jedoch jahrelang über Pilotprojekte etwa in Santiago nicht hinaus (in den Stadtteilen El Nocedal, La Pintana und Pudahuel). Auch diese wären Absicht geblieben, hätte nicht die Selbsthilfe der Mapuche-Organisationen Katri-huala und Consejo Mapuche Cerro Navia den notwendigen Impuls gegeben. Allerdings stehen auch Mapuche ihrer Sprache skeptisch gegenüber, und viele insbesondere in den Städten halten ein gutes Spanisch für weit aus wichtiger.

Die zentrale Frage der Landrechte wird in schlechter kolonialer Tradition unter dem Gesichtspunkt der staatlichen Sicherheit behandelt. Im Jahr 1992 wurden 144 Mapuche nach Landbesetzungen u.a. wegen Landfriedensbruchs und Bildung einer kriminellen Vereinigung zu Haftstrafen verurteilt. Erst eine Beschwerde vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission bei der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) stoppte diese düstere Kontinuität chilenischer Politik. Sie stufte das Vorgehen des chilenischen Staates als Menschenrechtsverletzung ein. Die Regierung Chiles unterzeichnete daraufhin im Oktober 1998 eine Absichtserklärung und verpflichtete sich zur moralischen, wirtschaftlichen und territorialen Wiedergutmachung. Bis heute ist allerdings nicht zu erkennen, wann die Regierung mit der Umsetzung beginnen will.

Das 1997 verschärfte Anti-Terror-Gesetz, das „Gesetz zur inneren Sicherheit des Staates“, wird eingesetzt, um den Widerstand der Ureinwohner zu brechen. So werden die Landbesetzungen der Mapuche seit Mai 1999 unter massivem Einsatz von Spezialeinheiten der Polizei sowie mit unverhältnismäßiger Gewalt geräumt. Schusswaffen, Schlagstöcke und Tränengas waren im Einsatz. Die Unnachgiebigkeit der Regierung hat auf Seiten einiger Mapuche zur Radikalisierung geführt. So wurden bei den Auseinandersetzungen deutlich mehr Polizisten verletzt, als in den Jahren vor 1999. Dutzende von Mapuche wurden festgenommen. Im Februar 2001 saßen noch über 500 Mapuche ein, einige wegen Terrorismusverdacht.

Gleichwohl bewirkten schon die ersten Aktionen der Mapuche einige Veränderungen. Schon Anfang Mai 1999 sah sich die chilenische Regierung gezwungen, den Minister für Planungsangelegenheiten (Ministro de Desarrollo y Planificación), Germán Quintana, als Sonderbeauftragten in die Krisenregion zu schicken. Bis zu den Protestaktionen ab Februar 1999 hatte die Regierung es schlüssig abgelehnt, von Konflikten mit den indigenen Gemeinschaften überhaupt zu sprechen. Nach einigen Runden vertrauensbildender Gespräche zwischen Vertretern der Ureinwohner und der Regierung verpflichtete sich eine der Stützen des Widerstands, der Consejo de Todas las Tierras, Mitte Mai in einem Abkommen, die von ihm geleitete Besetzung von 22 Grundstücken in den Regionen Araucanía und Los Lagos für 30 Tage auszusetzen. Minister Quintana stellte umgekehrt in Aussicht, die Landbesetzungen mit besonderer Dringlichkeit von der staatlich geführten Indianerbehörde CONADI prüfen zu lassen.

Ende Mai 1999 machte Planungsminister Quintana weitere Zugeständnisse: Die Gewährung von Hilfeleistungen zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion, der Kauf von Land sowie die Verbesserung der Gesundheits- und Ausbildungssituation sollten mit Priorität behandelt, Maschinen, Werkzeuge und Dünger bereit-

gestellt, die Straßen ausgebaut und elektrische Energie zur Verfügung gestellt werden. Im Gesundheitsbereich sollte die traditionelle Medizin in die Versorgung einzbezogen, in der Ausbildung besonderer Wert auf die Muttersprache gelegt werden.

Im Juni 1999 verkündete die Regierung ein Projekt zur spezifischen Entwicklung der Ureinwohner in Gebieten mit hohem indianischem Bevölkerungsanteil und stellte dafür 51 Milliarden Pesos (ca. 310 Mio. US-Dollar) in Aussicht. Im selben Monat erarbeitete eine Gruppe von Abgeordneten im nationalen Parlament unter Vorsitz des christdemokratischen Abgeordneten Francisco Huenchumilla Pläne für eine größere Teilhabe der Mapuche an der politischen Willensbildung auf nationaler und regionaler Ebene. Alle indigenen Gemeinschaften sollten demnach einen verfassungsrechtlich anerkannten Status erhalten. Der Senat sollte um drei auf dann 50 Sitze erweitert werden. Diese drei Sitze wären von den Ureinwohnern zu besetzen gewesen. Ebenfalls sollte die Abgeordnetenkammer um zehn auf 130 Abgeordnete erhöht werden. Diese zehn Parlamentarier wären ausschließlich von der indigenen Bevölkerung zu wählen gewesen. Ein eigenes Wahlregister für die Ureinwohner sollte geschaffen werden. Nach einem Protestmarsch der Mapuche von Temuco nach Santiago de Chile im Juni 1999 legte darüber hinaus der damalige Staatspräsident Frei dem Senat eine Gesetzesvorlage für den Schutz und zur Anerkennung der Indigenen Völker in Chile vor und sprach sich dafür aus, den 1991 eingeleiteten und dann ins Stocken geratenen Prozess der Ratifizierung der ILO-Konvention 169 abzuschließen. Wichtige Ausschüsse der Abgeordnetenkammer signalisierten damals ihre Zustimmung. Der von Pinochet-Anhängern geprägte Senat erhob jedoch Widerspruch.

Aufgrund der Ende 1999 anstehenden Wahlen hielt sich das für Reformen günstige Klima noch einige Monate. Nach weiteren Protesten im Oktober 1999 äußerten Planungsminister Quintana und der Präsident des staatlichen Holzverbandes (Corporación Chilena de la Madera, CORMA), Jorge Serón, dass ein neues Zeitalter im Umgang mit den Ureinwohnern angebrochen sei. Beide befürworten jetzt direkte Verhandlungen zwischen Holzfirmen und Indianern über deren Landrechte. Die Reform des politischen Systems sollte eine größere Beteiligung der Mapuche sowohl im Parlament als auch in der regionalen und lokalen Verwaltung ermöglichen. Im selben Kontext kündigte die Indianerbehörde CONADI für das Jahr 2000 an, 70 Umweltprojekte durchzuführen zu wollen, die von Angehörigen der indigenen Gemeinschaften selbst erarbeitet würden. Die Projekte sollten 5.600 Ureinwohner begünstigen und mit einem Haushalt von 600 Mio. US-Dollar ausgestattet sein. Erfahren in derartigen Ankündigungen und Versprechen, blieben viele Mapuche skeptisch. So verwies die Coordinadora Mapuche auf die

CHILE

ungebremsten Investitionen auf dem Territorium der Mapuche in Forstwirtschaft, Energieversorgung und in den Tourismussektor sowie auf die negativen Folgen für Land- und Beteiligungsrechte sowie den eingeschränkten Ressourcenzugang für die lokale Bevölkerung hin.

Auf der Ebene des politischen Diskurses hat sich, verglichen mit früheren Jahren, manches geändert. Erkennbar anders wurde die Sprachregelung der Regierung zum Landkonflikt. Nach den ersten Landbesetzungen 1999 versuchte die chilenische Regierung noch, die Krise klein zu reden und bezeichnete sie als eher 'virtueller' denn 'realer' Natur. Die Landforderungen der Mapuche sollten bevorzugt auf die Gerichtsebene verlagert werden. Keinesfalls sollten der Consejo de Todas las Tierras oder die Coordinadora Mapuche als Gesprächspartner anerkannt werden. Ebenso ist die 'Frage der Ureinwohner' zu einer öffentlichen Anfrage an die demokratische Verfasstheit von Politik und Regierung geworden. Der neu gewählte Präsident Ricardo Lagos richtete außerdem Runde Tische-Dialoge mit Mapuche-Vertretern ein.

Demgegenüber sind jedoch die materiellen Verbesserungen außerordentlich spärlich ausgefallen. Von den zentralen Forderungen der Mapuche ist bis heute nichts umgesetzt: Änderung der Verfassung, Rückgabe von Land, autonome Verwaltung, Stopp von Großprojekten wie des Ralco-Staudamms am Bío Bío, Ratifizierung der ILO-Konvention 169 über die Rechte indigener Völker, eine erweiterte politische Partizipation, eine kritische Überprüfung der Aktivitäten der Holzfirme, auf deren Konto ein Großteil der Zerstörung indianischen Landes geht sowie eine deutlich stärkere Anpassung der staatlichen Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Nachbarschaftshilfen an die kulturellen Werte der in den Städten lebenden Mapuche. Der Versuch, die konstitutionelle Anerkennung als indigenes Volk durch das Parlament zu bringen, scheiterte erst jüngst, im Jahr 2001, am mangelnden Interesse von Parlamentariern. Die neu ins Amt gekommene Regierung Lagos macht da keine Ausnahme. Verbindlich im Ton, aber zur Not mit staatlicher Repression operierend, um die weitergehenden Konflikte einzudämmen. So geschehen in den Jahren 2000 und 2001, indem die nicht enden wollenden Mobilisierungen mit Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und sogar Reisebeschränkungen für Mapuche-Aktivisten operiert wurde.

Aktuelle Konfliktfelder Landrechte

Selbst wenn die Schätzung zuträfe, dass nur noch 15 Prozent der Mapuche auf dem Land leben, d.h. ungefähr 150.000 Personen, dann stünden, statistisch gesehen, den Mapuche pro Kopf weniger als 2 Hektar Land zur Verfügung. An eine halbwegs gesicherte Nahrungsproduktion ist unter diesen Bedingungen nicht zu denken. Bereits in den 1960er Jahren kalkulierte die staatliche Agrarreformbehörde das Minimum an Fläche pro

KLEINBAUERNFAMILIE auf 50 Hektar. Schon damals verfügte eine Mapuche-Familie nach einer langen Kette systematischer Enteignungen im statistischen Durchschnitt nur über 9,2 Hektar.

Demgegenüber halten private Holzfirme, gefördert durch die Pinochet-Diktatur, ca. 90 Prozent des ehemaligen Mapuche-Territoriums besetzt. Mapuche-Präsidenten schätzten 1998 vor der UNO in Genf, dass ca. 80.000 Hektar ihres Landes durch Holzeinschlag auf Dauer zerstört wurden. Insgesamt ist mit 33,8 Mio. Hektar Wald fast die Hälfte der Gesamtfläche Chiles forstwirtschaftlich nutzbar.

Der Schaden durch die Holzfirme beschränkt sich nicht nur auf den Landraub. Die Firmen pflanzen bevorzugt Eukalyptusbäume und schnell wachsende Nadelholzarten an. Diese verbrauchen mehr Wasser, als sie dem Kreislauf zurückgeben. Darin und in der großflächigen Abholzung des einheimischen Waldes sehen einige Mapuche eine wesentliche Ursache für ungewöhnliche Trockenzeiten in den letzten acht Jahren im Süden Chiles. Vor vier Jahren beschloss die staatliche Holzbehörde CORMA, bis zum Jahr 2003 eine Fläche von 1,5 Mio. Hektar Land mit schnellwachsenden Hölzern zu bepflanzen, die nach 15 bis 20 Jahren geschlagen werden können. Dies würde erneut gravierend in den Lebensraum der Mapuche eingreifen.

Zudem unterbleibt die systematische Wiederaufforstung. Laut CORMA wurden im Jahre 1999 61,3 Prozent weniger Schonungen mit jungen Bäumen angelegt als in den Jahren davor. Als Folge davon nimmt die Bodenerosion zu. Schon jetzt sind laut der staatlichen Forstbehörde (Corporación Nacional Forestal, CONAF) 62 Prozent der Gesamtfläche des Landes von Erosion betroffen. In der hauptsächlich von Mapuche bewohnten X. Region sind 50 Prozent des Bodens erodiert. Nicht allein durch die Holzwirtschaft, aber insofern in deren Kontext, da die Armut der lokalen Bevölkerung dazu führt, dass die Böden mit immer weniger Regenerationszeit auskommen müssen. Die Holzfirme im Süden Chiles wurden so für die Mapuche zum Synonym für eine Entwicklung, die mit der von ihnen gewählten Lebensorführung schlüssig unvereinbar ist.

So wenig Überlebensbasis treibt die Mapuche an den Rand der Gesellschaft und in extreme Armut. Die höchsten Raten bei Kindersterblichkeit, Unterernährung und bei Analphabeten (mehr als 20 Prozent im Vergleich zu fünf Prozent im nationalen Durchschnitt) sind in Mapuche-Gemeinschaften zu finden. Darüber hinaus ziehen mangelnde Bildungsmöglichkeiten schlechte Berufsaussichten nach sich. Auch die Holzfirme benötigen inzwischen qualifizierte Arbeiter aufgrund der fortschreitenden Technisierung des Holzeinschlags.

So verwundern die Aktionen der Mapuche im Jahr

1999 zur Rückeroberung ihres Landes nicht, eher der Langmut, nicht schon früher damit begonnen zu haben. Von Ende Februar bis Ende Mai 1999 verging kaum ein Tag ohne Meldungen über Landbesetzungen. In Blickpunkt standen Ländereien, die den Mapuche im Zuge der Landreform unter Allende zugesprochen und während der Militärdiktatur wieder abgenommen worden waren.

Der Protest eskalierte vor allem gegen die Holzfirmen. Es wurden nicht nur Ländereien besetzt, sondern Straßensperren errichtet, LKWs und andere Gerätschaften zerstört, Holz beschlagnahmt, Hütten von Ingenieuren in Brand gesetzt, Polizisten mit Schaufeln, Stöcken, Steinen und Kettensägen attackiert. Mapuche-Aktivisten führten den Ausbruch der Gewalt auf die extreme Frustration zurück, die angesichts der ungeheuren Flächenbelegung durch die Holzfirmen und der gleichzeitigen Untätigkeit des Staates herrschte.

Die Zahl der Landbesetzungen mehrte sich erneut im Herbst 1999 und weitete sich in die X. Region aus. Dort besetzten die Mapuche gezielt Grundstücke von ehemaligen Politikern und einflussreichen gesellschaftlichen Größen, so des Ex-Wirtschaftsministers oder des Ex-Präsidenten der staatlichen Holzbehörde CORMA. Auch im Bío Bío- Gebiet führten Mapuche-Gemeinschaften Landbesetzungen durch, als sich die Regierung weigerte, mit ihren Vertretern zu verhandeln. Insgesamt beteiligte sich ungefähr ein Fünftel aller offiziell anerkannten Mapuche-Gemeinschaften an den Aktionen. Begleitet wurden die Landbesetzungen von Demonstrationen in den städtischen Zentren der jeweils betroffenen Provinzen sowie einem großen Protestmarsch von Temuco nach Santiago.

Zusätzlich zur Rückeroberung der Ländereien, forderten die Mapuche die autonome Verwaltung ihrer Angelegenheiten innerhalb ihrer Territorien. So überreichten im Mai 1999 mehr als 30 an der Küste gelegene Mapuche-Gemeinschaften dem Planungsminister Quintana eine Petition, in der sie die Autonomie für das an der Küste gelegene Gebiet Arauco forderten. Die Regierung lehnt jedoch die Forderung nach Autonomie bisher strikt ab, da sie befürchtet, dass Land und Bodenschätze ihrem Zugriff entzogen werden könnten.

Begleitet wurden die Landbesetzungen von Demonstrationen und landesweiten Protestmärschen. Getragen wurden die Aktivitäten von Mapuche-Gemeinschaften und regionalen Mapuche-Organisationen - Consejo de Todas las Tierras (Aukin Wallmapu Ngulam; Rat aller Länder), Entidad Territorial Lafquenche (Territoriale Körperschaft der Lafquenche) und Coordinadora Mapuche Arauco-Malleco (Koordination der Mapuche der Region Arauco-Malleco). Zusammen mit der Asociación Ñancueo de Lumaco und der Coordinadora Mapuche Metropolitana repräsentierten sie etwa 300 der knapp 2.000 Mapuche-Gemeinschaften.

Im Mai 1999 organisierte der Consejo de Todas las Tierras einen 670 Kilometer langen Marsch von Temuco nach Santiago de Chile, an dem etwa 300 Mapuche teilnahmen. Der Marsch stand unter der Devise „Für die Anerkennung unserer territorialen Rechte“ (Por el Reconocimiento de Nuestros Derechos Territoriales). Neben den schon genannten Zielen forderten die Mapuche im Kontext des Marsches eine erweiterte politische Partizipation in der Abgeordnetenkammer, im Senat, in den Regionalparlamenten und in den Städtischen Vertretungen entsprechend dem prozentualen Anteil der Mapuche an der Bevölkerung. Außerdem brachten sie die Einrichtung eines autonomen Mapuche-Parlaments nach dem Modell des Parlaments der Kuna in Panamá ins Spiel. Im Zuge und nach dem Marsch zeichneten sich erste direkte Erfolge der Proteste in Form der erwähnten Regierungsinitiativen ab. Im Oktober desselben Jahres organisierten die Mapuche zwei weitere große Protestkundgebungen.

Widerstand gegen das Staudammprojekt am Bío- Bío-Fluß

Im Bío- Bío- Gebiet (VIII. Region) leben in den Provinzen Arauco, Cañete, Contulmo und Tirúa die zu den Mapuche zählenden Pehuenche in folgenden Gemeinschaften: José Ancán, Antonio Leviqueo, Mateo Colimán, Juan Andrés Parma, Ignacio Catrileo Mariano, Remijio Maricura, Francisco Melín, Ruca Nirre, Ignacio Huilipán, Juan Reniqueo, José María Calbul, Juan Lincopán, Lorenzo Pilquimán, Esteban Yevilao, Kralhue, María Colipí, Marín Marileo, Anillén, Ignacio Millano Ancatén, José Agustín Huenupil, Tranicura, Qudiqueo, Bartolo Leviqueo. Die Pehuenche haben sich in ungewöhnlicher Weise an die recht schwierigen Lebensbedingungen angepasst mit jahreszeitlichen Wohnortwechseln und somit ein ungewöhnliches Ökosystem geschaffen.

Der Bío Bío-Fluß, etwa 550 Kilometer südlich von Santiago de Chile gelegen, soll durch den Bau von insgesamt sechs Staudämmen (Pangue, Ralco, Ralquil, Quitraman, Aguas Blancas und Huequecura) zu einem der wichtigsten Stromlieferanten des Landes werden. Auftraggeber ist der Großkonzern ENDESA (Empresa Nacional de Electricidad S.A.), der die gesamte chilenische Stromerzeugung und -verteilung kontrolliert. Der vormalige staatliche Konzern wurde 1988 während der Militärdiktatur privatisiert. Die damaligen Hauptaktionäre kamen aus dem Kreis der Streitkräfte und der Wirtschaft. Heute ist das spanische Unternehmen ENDESA mit 60 Prozent am chilenischen Tochterunternehmen beteiligt. Der spanische Mutterkonzern kontrolliert 90 Prozent der Wasserrechte in Chile und weite Teile der Energiewirtschaft in Südamerika.

1991 gelang es dem Konzern, unter Umgehung rechtlicher Vorschriften die Genehmigung für den Bau der ersten Staustufe Central Pangue zu erreichen. Umgehung meint, dass die erste Staustufe auch gleich schon

CHILE

die letzte sein sollte — eine damalige Zusicherung an die Weltbank — wodurch die Umweltverträglichkeitsprüfung nach anderen Kriterien durchgeführt wurde. Die Zusicherung war jedoch das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stand. Seit diesem Zeitpunkt leisten die Pehuenche Widerstand. Durch Pangue wurden 50 Pehuenche vertrieben und 500 Hektar unter Wasser gesetzt.

Nach Fertigstellung der Staustufe Central Pangue ging 1997 das erste Kraftwerk ans Netz. Die Bauarbeiten für die Staustufe „Ralco“ begannen 1998, d.h. vor Fertigstellung einer abschließenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Central Ralco soll eine Kapazität von 570 Megawatt liefern. Der Stausee würde eine Fläche von 3.400 Hektar überfluten. 700 Menschen, darunter 450 Pehuenche, werden durch das Ralco-Projekt aus ihren seit Jahrhunderten angestammten Ländereien mehr oder weniger zwangsweise umgesiedelt. Umsiedlung heißt nicht nur, in ein anderes Gebiet umzuziehen, an dessen topographischen und klimatischen Besonderheiten sich die Pehuenche erst wieder anpassen müssten. Umsiedlung bedeutet auch, dass die Ressourcenvielfalt des Bío Bío-Beckens verloren geht und sich die sozialen Bande der ehemaligen Gemeinschaft lösen. Die Überflutung der Friedhöfe nimmt den Pehuenche ihren direkten Bezug zu den Ahnen, die eine große Rolle in ihrer Kultur und Spiritualität spielen. Darüber hinaus hängt mittelbar das Leben von einer Million Menschen vom Wasser des Bío Bío ab, so etwa das der Fischer im Golf von Arauco.

Die erforderlichen UVPs durch eine schwedische Beratergesellschaft sowie später durch die staatliche Umweltbehörde CONAMA (Comisión Nacional del Medio Ambiente) und die staatlichen Körperschaft zur Entwicklung der Ureinwohner (Corporación Nacional de Desarrollo Indígena, CONADI) waren für ENDESA negativ verlaufen. Zwei Vorsitzende der CONADI sprachen sich wegen der notwendigen Zwangsumsiedlungen von Ureinwohnern gegen das Projekt aus und wurden kurzerhand abgesetzt. Der erste Direktor von CONADI, Mauricio Huenchulaf, sprach sogar von kultureller Vernichtung, sollte Ralco errichtet werden und monierte den ungebührlichen Druck, den ENDESA auf die Pehuenche ausübe, um deren 'freiwilligen' Wegzug zu erreichen. Die CONAMA geriet von Seiten der Regierung unter Druck und revidierte ihre Entscheidung. Die nachfolgende UVP von April 1997 erlaubte schließlich den Fortgang der Arbeiten, und auch der auf die beiden Opponenten nachfolgende Direktor von CONADI gab schließlich seinen Segen.

Überraschend ordnete ein Richter des 6. Zivilgerichts in Santiago im September 1999 einen vorläufigen Bau- stopp für große und nicht mehr rückgängig zu machende Arbeiten am Ralco-Staudamm an. Die Staudammgegner hatten im Juli 1998 Klage wegen der fehlerha-

ten Durchführung des Konsultationsverfahrens erhoben. Betroffen vom Baustopp waren die Arbeiten am Staudamm selbst, am Kraftwerk, an der Überlandleitung sowie der Umsiedlungsplan. Der Richter bemängelte Unregelmäßigkeiten bei der UVP und erklärte nach einer Ortsbesichtigung, dass die von ihm beobachteten Arbeiten nicht mehr von der vorläufigen Baugenehmigung gedeckt seien. Als Reaktion auf den Baustopp entließ ENDESA 1.600 Arbeiter, die daraufhin das Gelände besetzten. Die CONAMA erhob Einspruch gegen die Entscheidung. Nach langem hin und her ordnete der scheidende Präsident Frei wenige Stunden vor seinem Ausscheiden aus dem Amt 1999 per Dekret die Betriebsgenehmigung für Ralco an.

Die Pehuenche wurden durch das Staudammprojekt gespalten. Einige von ihnen fanden Arbeit und damit eine Alternative zu der von Armut gekennzeichneten Lebensverhältnisse. Eine Gruppe unterstützte daher ENDESA und plante sogar eine Klage gegen diejenigen Pehuenche, die sich dem Staudamm widersetzen. Nach dem Gesetz zur Regelung der indigenen Angelegenheiten („Ley Indígena“) darf mit den Arbeiten am Staudamm erst dann begonnen werden, wenn alle vom Projekt Betroffenen schriftlich zustimmen. Etwa 80 Prozent der Pehuenche akzeptierten das Entschädigungsangebot von ENDESA und zogen weg. Die ENDESA hatte sie zum Teil irregeführt und vorgegeben, die erforderliche Baugenehmigung läge vor. Aber auch ohne diese Trickserei wären wohl viele dem Angebot gefolgt, in mit westlichem Standard ausgestatteten Blockhäusern zu wohnen, Waschmaschinen und Fahrräder zu haben. Die Folgen, dass die neue Siedlung gleichzeitig ein Schritt zur Sesshaftigkeit und damit zum Kulturverlust bedeutet, die Siedlung im Winter im Schnee versinkt und so die Tierhaltung stark beeinträchtigt, zeichnen sich erst allmählich in ihrer Tragweite ab.

Die verbleibenden 20 Prozent wollten auf ihrem Land bleiben und darum kämpfen. Betroffene Pehuenche klagten vor der Interamerikanischen Menschenrechtsorganisation bei der OAS gegen die Vertreibung im Zuge des Staudammbaues. Die Beschwerde lautet auf Völkermord, da sie die Zerstörung ihrer Kultur und Religion befürchten. Ebenso ist eine Beschwerde vor der Menschenrechts-Kommission in Genf geplant. Gegenüber der spanischen Muttergesellschaft versuchen die Pehuenche, durch öffentliche Aktionen in Spanien und Bündnisse mit Umweltaktivisten und Gewerkschaften den Druck zugunsten einer Revision des Staudammvorhabens zu erhöhen. Gleichwohl bröckelte der Widerstand ab, so dass momentan, im September 2001, nur noch fünf Pehuenche-Familien aktive Gegenwehr gegen die Vertreibung leisten. Sie erfahren dabei zwar viel internationale Unterstützung, aber verhindern wird sich ihr Verlust an Land und kultureller Heimat nur lassen, wenn das Ralco-Projekt aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht zum Abschluss käme.

Resümee

Überlebenswichtige Forderungen der Mapuche sind bis heute unerfüllt geblieben: Rückgabe der Territorien, keine weiteren Privatisierungen zugunsten der Holzfirmen, Anerkennung Chiles als plurikulturelles Land, Anerkennung einer eigenständigen Souveränität der Mapuche auf ihrem traditionellen Territorium, Partizipation an allen wesentlichen politischen Entscheidungen z.B. durch ein garantiertes Mandat in der Volksvertretung und eine eigene beratende Vertretung beim nationalen Parlament, eine Wiedergutmachung für Menschenrechtsverletzungen während der Pinochet-Diktatur und die Ratifizierung der ILO-Konvention 169. Von einer ebenfalls geforderten, aus Mapuche gebildeten Ko-Verwaltung in der Region südlich des Bío-Bío-Flusses ganz zu schweigen.

Im Vergleich zum Umfang und der politischen Dimensionen der unerledigten Aufgaben verblassen die erzielten Verbesserungen im Umfeld des politischen Diskurses. Es lohnt sich gleichwohl festzuhalten, dass die unablässigen Mobilisierungen der Mapuche insbesondere bei der aktuellen Regierung Lagos eine zunehmend größer gewordene Offenheit bewirkt haben, wenigstens über die grundlegenden Probleme der Mapuche offen zu sprechen und an Runden Tischen zu debattieren. Damit daraus konkrete Politik zugunsten der Mapuche resultiert, muss ein noch größeres Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit erreicht werden.

Im Unterschied zu früher können die Mapuche dabei mittlerweile auch auf ein Netz an internationalen Unterstützern zurückgreifen; in Europa etwa in England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Spanien und Deutschland. Ein durch internationale Kampagnen bewirkter Imageverlust würde für die chilenische Regierung schwer wiegen; wie der Fall Pinochet gezeigt hat. Zugunsten der Mapuche müssten allerdings deutlich mehr Aktivitäten entfaltet werden, um ein entsprechendes Drohpotential für die Regierung darzustellen.

Theodor Rathgeber

Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.

Quellen

- Ancán Jara, José: Urban Mapuches: Reflections on a Modern Reality in Chile. In: Abya Yala News, Volume 10, Number 3, Summer 1997
- Bangert, Yvonne: Pinochets Verbrechen an den Mapuche. In: pogrom Nr. 202/1999, S. 34
- Calbucura, Jorge; EL Proceso legal de abolición de la propiedad colectiva: El caso Mapuche. University of Uppsala, Department of Sociology 1998, <http://Linux.soc.uu.se/mapuche>
- Consejo de Todas las Tierras: Presseerklärung vom 31. Mai 1999
- ders.: Comunicado Mapuche vom 11. Juni 1999
- Coordinadora de Mapuche: Comunicado Público vom 17. Juni 1999
- Fischer Weltalmanach: Zahlen, Daten, Fakten '99. Frankfurt 1998
- Fullriede, Ulrike: Globale Kungelei am Bío Bío. Das chilenische Staudamm-Großprojekt kollidiert mit der Rechtsstaatlichkeit. In: Lateinamerika Nachrichten 273 / März 1997, S. 19 f.
- Gentes, Ingo: Die Einheit von Boden und Wasser. Erfolge beim Streit um das Wasser für Indígenas. In: Lateinamerika Nachrichten 273 / März 1997, S. 21 ff.
- Hohenberger, Uschi: Staudamm als „Entwicklungsprojekt“ wird Land der Mapuche überschwemmen. In: Menschenrechtsreport der GfbV Nr. 12 Indigene Völker, Juni 1993 S. 45 f.
- Holst, Jens: Faxpapier aus Urwaldbäumen. In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 257/258 November/Dezember 1995 S. 51 ff.
- Huaiquilaf, Marcos: Educación intercultural. Proyecto de Documentación Ñuke Mapu, University of Uppsala, Department of Sociology 1998, <http://Linux.soc.uu.se/mapuche>
- Jaña, Dario: Central Ralco: La riqueza económica a costa del pueblo indígena Pehuenche. Mskt. Berlin 1998
- des.: Las centrales hidroeléctricas en el río Bío Bío de Chile y la lucha del pueblo indígena Pehuenche. Mskt. Berlin 1998
- Nain Pérez, José: Interview in pogrom Nr. 202/1999, S. 33 ff.
- Rathgeber, Theodor: Chiles Regierung soll büßen. In: pogrom Nr. 202/1999, S. 35
- red-biobio: Un Conflicto anunciado. Internet-Mitteilung vom 12. Juni 1999
- Valdés, Marcos: Instrumentos de cuantificación de población indígena: El censo de población y vivienda 1992 y encuesta de caracterización socioeconómica nacional CASEN 1996. In: Proyecto de Documentación Ñuke Mapu, University of Uppsala, Department of Sociology, o.J., URL:<http://Linux.soc.uu.se/mapuche>
- Weinbrenner, Sieglinde: Der Protest gegen die umstrittenen Bío Bío-Staudämme in Chile geht weiter. In: Food First Nr. 3/97, S. 12
- Wyrtsch, Claudia: 144 Mapuche in Chile wegen Landbesetzung verurteilt. Dieselbe: Staudämme am Bio Bio-Fluss in Chile. In: INCOMINDIOS - Internationales

CHILE

Komitee für die Indianer Amerikas, Berichte und Informationen, Nr. 75 Juni 1996 S. 27. Dieselbe: „Nguillatun“ gegen Staudammprojekte am Bio Bio in Chile. In: INCOMINDIOS - Internationales Komitee für die Indianer Amerikas, Berichte und Informationen, Nr. 76 September 1996 S. 29

Tageszeitungen und Zeitschriften

La Tercera en Internet: 9./ 11. März; 30. April; 04./ 07./ 08./ 24./ 25./ 26./ 27./ 29./ 30. Mai; 14./ 18./ 21. Juni; 8./ 21. August; 16. September; 10./ 13. Oktober; 10./ 14./ 15. November 1999

Diario El Sur: 04./ 08./ 23./ 24./ 28. Mai; 02. Juni; 15. August; 7./ 8./ 9./ 10./ 13./ 17. Oktober 1999

El Mercurio: 04./ 05./ 23./ 24./ 25./ 28. Mai; 01./ 16. Juni; 12./ 17. Juli; 10./ 13./ 15./ 21./ 30./ August; 8./ 10./ 14./ 16. Oktober; 10. November 1999

El Siglo: 21. Mai, 14./ 19. Oktober 1999

Nacional Crónica: 17. September 1999

El País: 10./ 15. September 1999

IWGIA, Indigenous Affairs Nr. 3-4, 1999

Lateinamerika-Nachrichten Nr. 315/316 / Sep./Okt. 2000, 319 / Jan. 2001, 321 / März, 323 / Mai, World Rivers Review, Juni 1999

Abkürzungen

CONADI - Corporación Nacional de Desarrollo Indígena (Staatliche Indianerbehörde)

CONAMA - Comisión Nacional del Medio Ambiente (Nationale Umweltbehörde)

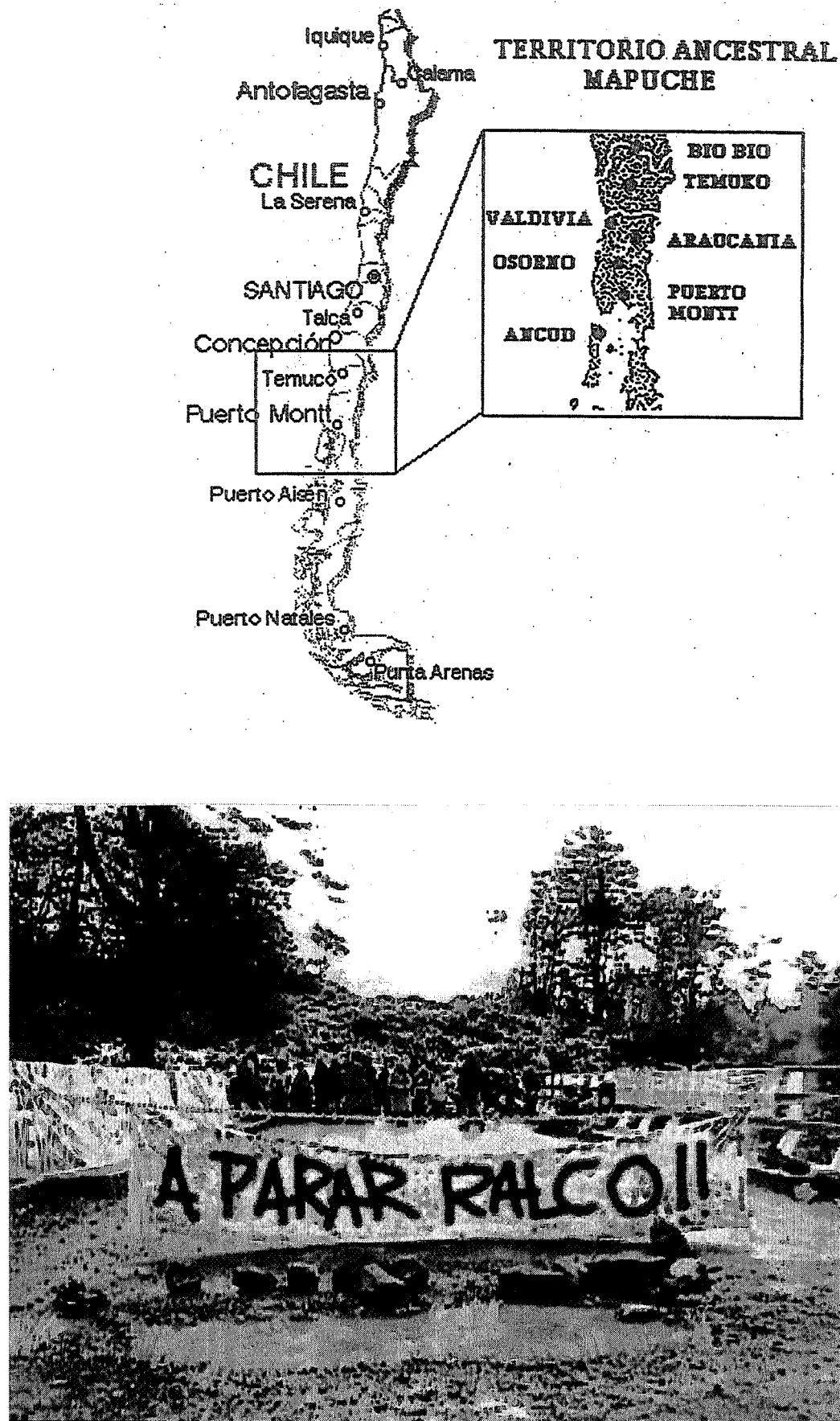
CONFA - Corporación Nacional Forestal (Nationale Forstbehörde)

CORMA - Corporación Chilena de la Madera (Staatliche Holzkorporation)

ENDESA - Empresa Nacional de Electricidad, Sociedad Anónima

OAS — Organisation Amerikanischer Staaten

UVP — Umweltverträglichkeitsprüfung



Demonstration gegen den Staudamm Ralco/Manifestación contra la represa Ralco

Pueblos Indígenas en Chile

El caso de los Mapuches

Desde hace dos años existen agudos conflictos en el Sur de la Provincia de Chile. Ocupaciones de tierras, barricadas en las calles, sabotaje a empresas madereras, encarcelamientos con motivo de la ley anti-terror, un conflicto abierto. Un escenario que hace pensar de forma espontánea en resistencias que movilizan todo el país. Otros lo ven de forma semejante. Ya en 1.998, algunos medios en Chile valoraron como bien difícil la situación vivida en el sur del país, la cual necesitaría una solución en los próximos dos o tres años. La prensa conservadora (como por ejemplo El Mercurio), alimentaba la angustia de que la VIII y la IX Región, podrían transformarse en un segundo Chiapas. Un pronóstico del Departamento de Estado de los Estados Unidos, sobre el Hemisferio Occidental en el año 2.000, analizaba el conflicto de los Mapuches como posible peligro para la seguridad nacional de los Estados Unidos. Según la opinión de Washington, esta región sur del continente latinoamericano, puede producir una incalculable inestabilidad para inversiones en el país y para la economía forestal, generando un caos en la situación política. Este es el caos que atemoriza al Departamento de Estado. Por qué se produce este levantamiento? En escasos 150 años, el territorio original Mapuche, ha sido reducido del tamaño de la antigua Alemania Democrática al tamaño del antiguo Berlín Occidental, las condiciones de vida han empeorado de forma dramática y el concepto político de gobiernos de diversos colores, no indican perspectivas de mejoramiento. Estos son motivos suficientes para defenderse y buscar mantener su existencia.

Diversidad Étnica

Según datos del Almanaque Mundial de la editora alemana Fischer, de 1.996, 7% del total de los escasos 15 millones de habitantes de Chile, son pueblos indígenas. Según cálculos de las poblaciones indígenas, este porcentaje aumenta a un 10%. El censo de población chileno, de 1.992, calcula que viven en Chile 928.500 Mapuches (hay también Mapuches en Argentina, en total un millón quinientos mil). Los Mapuches se clasifican en: Mapuche Pehuenche (Hombres de la Araucaria), Huilliche (Hombres del Sur), Lafquenche (Hombres de la Costa), Picunche (Hombres del Norte), Nagche y Huenteche. Además se consideran: Los Aymara (cerca de 48.000, al norte, en la Frontera con Bolivia, donde vive la mayoría), Rapanui (cerca de 20.000 en la Isla de Pascua), Cunsa o Atacameño (cerca de 3.000), Coya (cerca de 100), Kawéskar (cerca de 100) y Yámana (cerca 70). El censo de población de 1.992, fue el primero, que se preocupó por la identificación étnica. Así, el censo contabilizó un número sorprendente de población Mapuche, residente en las ciudades de Santiago, Concepción, Valparaíso, Temuco y Valdivia (en la época, cerca de 500.000, alrededor de 44%). Nuevos cálculos suponen que 85% deben vivir en las ciudades, pues sólo en los alrededores de Santiago, vive un 60% de la población Mapuche.

La mayoría de los habitantes Mapuches, residentes en el campo, viven en las provincias de Bío Bío, Arauco,

Malleco, Cautín, Valdivia, Osorno, Llanquihue y Chiloé, lo que se corresponde con los siguientes distritos actuales: VIII (capital: Concepción, Provincia Bío Bío), IX (capital: Temuco, Provincia de Arauco) y X (capital: Puerto Montt, Provincia Los Lagos). En las regiones Malleco y Cautín la población Mapuche llega a un porcentaje de 40%. La provincia Arauco en la XIII Región, está considerada entre las más pobres regiones de Chile.

El nombre de „Mapuche significa: Mapu = Tierra, Che = Hombre. „Peuhenche, son los hombres de la Araucaria (Pehuen: es el fruto de la Araucaria). Antes de la conquista española, los Mapuches eran cazadores, pescadores, recolectores, tenían huertas pequeñas y eran considerados como una población guerrera. Sólo durante la guerra, definían alianzas con las pequeñas comunidades de parientes. La acción común no era practicada por los Mapuches de forma automática, sólo cuando existía una amenaza exterior. A pesar de esas circunstancias, los Mapuches consiguieron mantener elementos fundamentales de su cultura como su idioma el Mapudungun. Así mismo, sus tradicionales representantes - machi, lonko, werkén, weupife y ngenpin — están presentes hoy, en lo cotidiano. Decisiones importantes, son tomadas dentro de los rituales acostumbrados durante siglos.

Una Mirada Histórica

El 6 de enero de 1.641 es una fecha histórica para América Latina. Como resultado de sus permanentes luchas, los Mapuches consiguieron conquistar el „contrato de Quilín, que definía a Bío Bío, como la Frontera Sur del Imperio Colonial. Sin embargo los Mapuches tuvieron que entregar 20 millones de hectáreas (de cerca de 31 millones). Por la primera y única vez en la historia, adquirieron por contrato, poblaciones indígenas de Sur América, el derecho de nación independiente. Los Mapuches consiguieron la autonomía sobre 10 millones de hectáreas, al sur del río Bío Bío. Después de 100 años de dominación colonial, la corona española pudo entender que en el sur del subcontinente, no se podía dominar a los Mapuches militarmente. La iglesia católica asumió la garantía del contrato. Posterior al Contrato de Quilín, se definieron 28 contratos más, el último de los cuales se firmó en marzo de 1.803, siete años antes de la declaración de independencia de Chile y Argentina.

Los contratos de 1.772 y 1.793 con la corona española, confirman el reconocimiento como „Estado independiente de Arauco, al sur de la provincia Bío Bío. Sin embargo, a partir de 1.860, se inicia una invasión a los territorios Mapuches, de parte de las Repúblicas de Chile y de Argentina. En enero de 1.883, el ejército chileno ocupó la Araucaria, y usurpó 55.800 kilómetros del territorio. A partir de una guerra no declarada que se prolonga durante veinte años, consigue el ejército en 1.885, debido a sus mejores condiciones logísticas, someter a los Mapuches. El ferrocarril facilitó el transporte rápido de soldados, que consiguieron imponerse por la fuerza a los indígenas.

En el año de 1.813, se había fundado la Comisión para la Reubicación de los Pueblos Indígenas, que colocó, entre 1.884 y 1.919, cerca de 80.000 Mapuches en aproximadamente 3.000 reservas, de espacios muy reducidos. En el año de 1.902, el Territorio Mapuche, fue dividido entre Chile y Argentina, con la ayuda de la corona inglesa. Usurpaciones ilícitas, contratos inmorales, leyes y reforma agraria arbitrarias, disminuyeron su territorio, otorgándolo a colonos no indígenas. Los Mapuches poblaron formalmente todavía, antes de 1.883, cerca de 10 millones de hectáreas, pero su territorio se redujo ya en 1.881 (6,39% = 510.000 hectáreas), con base en títulos de tierra expedidos con la perspectiva de la inmediata sumisión.

Ya en épocas recientes, el golpe militar de Pinochet en 1.973, posibilitó la reducción adicional del área disponible a menos de la mitad. La junta militar comenzó inmediatamente después de la toma del poder, a detener la reforma agraria del gobierno de Allende y a invalidar reformas de períodos anteriores. En octubre de 1.974, el 80% de las propiedades del campo distribuidas como efecto de la reforma agraria, fueron de nuevo otorgadas

a los latifundistas. El decreto 2.568 del año 1.979, facilitó finalmente que las restantes tierras de los Mapuches fueran privatizadas y desintegradas sus comunidades. Para privatizar un reservado Mapuche era necesario sólo que un miembro de la Comunidad Mapuche expresara esta intención. El número oficial de las reservas indígenas expulsadas, disminuye drásticamente de 2.060 a 665. Fueron destruidas no solo las propiedades colectivas, si no todas las organizaciones políticas, sociales, económicas y culturales de los Mapuches, que estaban relacionadas con la administración del territorio. Pero también lucharon los Mapuches, contra la dictadura militar de Pinochet. A partir de 1.978, se organizaron en „centros culturales, buscando defender su identidad y su territorio.

En total, el territorio de los Mapuches, disminuye desde 1.860, cuando era del tamaño de la antigua Alemania Democrática, a un pequeño refugio de aproximadamente 200.000 hectáreas, más o menos, la mitad de la superficie de Berlín. Durante todo el tiempo los Mapuches han sido discriminados, sus representantes han sido perseguidos o asesinados. Por esta razón, se unieron a la acusación de genocidio efectuada por el juez español Garzón contra Pinochet.

Situación actual

La compleja concertación económica existente a nivel mundial, está llevando a Chile a un proceso de privatización acelerada del campo y de los recursos naturales, con desventaja para las poblaciones indígenas, en cuyos territorios se encuentran numerosos y valiosos recursos para la producción de energía y economía forestal. Desde hace dos décadas, los gobiernos de Chile se comportan como alumnos modelo de la economía neoliberal, sometiendo sin restricción al hombre y a la naturaleza a la explotación económica. Con todo, las luchas de los Mapuches por la sobrevivencia no son nuevas, ellos luchan por defender su identidad como pueblos, desde hace más de 500 años, contra los Incas y los conquistadores europeos. Durante todo ese período, los Mapuches han estado amenazados por la alienación cultural y su posible desaparición como pueblo, a pesar de que se trata de una población de cerca de un millón de habitantes.

En el campo, amenaza el mayor empobrecimiento a los Mapuches, debido a que la producción de alimentos en las parcelas restantes, no alcanza para todos los miembros de la población. En los años 60, las autoridades de la Reforma Agraria Estatal, calculaban que el mínimo de tierra para cubrir las necesidades de una pequeña familia campesina, era de 50 hectáreas y en esa época, una familia Mapuche, poseía sólo 9,2 hectáreas. La sistemática desapropiación de los territorios Mapuche, posterior a los años 60, los ha llevado al margen de la sociedad y a una pobreza extrema: alto porcentaje de mortalidad infantil, desnutrición, analfabetismo (más del

CHILE

20%, en comparación con el promedio nacional de 5%). Toda esta situación obliga a los Mapuches a una creciente migración a las ciudades o a la resistencia.

En las ciudades no hacen sólo falta posibilidades específicas de formación y perspectivas profesionales, si no, los espacios necesarios para vivir elementos esenciales de la propia cultura y desarrollarlos dentro de sus cambiantes condiciones. La conservación de la identidad, sobre todo para los niños de familias Mapuches, nacidos en las ciudades es bastante difícil en el día a día. De ellos se burlan a causa del nombre, del idioma, de su vestuario y en esta forma, aprenden a negar su procedencia. Muchos padres tratan de protegerse de la discriminación, evitando la formación de una identidad colectiva y la presencia pública en grupos que puedan ser identificados como organizaciones étnicas. Además los Mapuches viven generalmente en zonas marginales de las ciudades, en situación de pobreza, con precarias condiciones de educación, de salud, de infraestructura. La mayoría trabaja con salarios muy bajos, en panaderías o en servicios de limpieza. Otros se retraen de ese medio hostil y viven en una especie de subcultura. Los centros culturales ofrecen un poco de apoyo contra la alienación cultural, a partir de actividades que permitan mantener las tradiciones culturales de los Mapuches, en los ambientes urbanos. Dentro de esta línea es de destacar el trabajo de las curanderas („machis), que regularmente llegan del campo a la ciudad y no solamente prestan sus servicios a los Mapuches.

Política Estatal con relación a los Mapuches

La Constitución chilena y las leyes del país, consideran a los Mapuches, como etnia. Esto significa, el reconocimiento de la identidad colectiva de grupos de población. Sin embargo, es prohibido el estatus especial de comunidad autónoma, esto es, que se autodetermine y pueda por esta razón, incluirse dentro del concepto „pueblo. En la cabeza de la mayoría de los políticos existe la opinión de una nación uniforme, a la cual todos se deben adaptar.

Al finalizar la dictadura de Pinochet, los gobiernos democráticos elegidos, buscaron retirar los peores decretos de la época de la Dictadura (Números 2.568 y 2.885) y reconocieron por lo menos la existencia de pueblos indígenas, con la „Ley Indígena del año de 1.993. Sin embargo, las peticiones fundamentales de los pueblos indígenas no han sido consideradas. No se habla sobre la reconstrucción del Territorio Mapuche ni de la reparación de los crímenes cometidos por la dictadura.

Así en el sector forestal no han cambiado las condiciones para su explotación. El subsidio estatal para nuevas plantaciones, sube de 75% en el año de 1.974 (decreto ley # 701) a 90% en el año 1.979 (decreto ley # 2565). El área de producción forestal aumenta de 400.000 hectáreas en el año de 1.974 a casi un millón

en 1.983. Para el período entre 1.983 al año 2.000, se calcula el uso adicional del suelo de 18 a 21.000 hectáreas. Las empresas madereras, que casi de forma hermética, cercan el resto del territorio Mapuche, se convierten en grandes latifundios. Ellos son protegidos por guardias privados y establecen así nuevos territorios. Para los Mapuches, no solo se reduce el acceso a la tierra, sino a los recursos más importantes para su sobrevivencia, como la arborización nativa o la tierra de labor, o los campos de pastoreo.

La „Ley Indígena, expedida en 1.993 (ley # 19.253), exige al Estado chileno la protección y desarrollo de los pueblos indígenas, en el sentido de garantizar una formación adecuada, la conservación de la cultura y aclarar la situación de las tierras. La ley no especifica nada sobre el territorio que sea propio de los Mapuches, sino que permanece presa al concepto de propiedad individual. Los Mapuches son considerados como etnia, esto es, como población y no como „pueblo, un criterio fundamental dentro del derecho internacional para una autodeterminación política.

Como categoría, la „Ley Indígena queda inferior a leyes como de generación de energía y expropiación de tierras. Quiere decir, estas últimas leyes, no necesitan previamente ser ajustados con la „Ley Indígena, pero lo contrario sí. Así en territorios tradicionales Mapuches, el acceso al agua puede ser comercializado, por ejemplo, la utilización de una laguna puede significar un costo a los indígenas que la utilizan.

En el campo de la infraestructura, se estimula cambiar muy lentamente el antiguo modelo de asimilación. Un convenio entre la CONADI y el Ministerio de Educación en el año 1.994, que preveía la educación bilingüe, se ratificó en 1.996, pero se limitó a pocos proyectos pilotos en Santiago (en los barrios de Nocedal, La Pintana y Pudahuel). Y estos hubieran quedado sólo en la intención, si las Organizaciones de Autoayuda Mapuche: Katrihuala y Consejo Mapuche Cerro Navia, no hubieran dado el impulso necesario. Hay que decir que también hay Mapuches, que son escépticos con relación a su idioma y muchos, de forma especial en las ciudades consideran que hablar un buen español, puede ser más importante.

La cuestión central sobre el derecho a la tierra, se trata como un asunto de seguridad nacional, de acuerdo a la sombría tradición colonial. En el año de 1.992, después de una ocupación de tierra, 144 Mapuches, fueron condenados a la cárcel, acusados de perturbación del orden público y de organización criminal. Sólo una queja ante la Comisión Interamericana de Derechos Humanos de la Organización de Estados Americanos (OEA), detuvo esta obscura política chilena y clasificó esta actuación del Estado chileno como una violación de los derechos humanos. El gobierno de Chile firmó

en octubre de 1.998, una declaración de intención y se obligó a una reparación moral, económica y territorial. Hasta hoy no se sabe cuándo el gobierno aplicará esta medida.

La Ley Anti-terror (Ley de seguridad nacional), es aplicada para romper la resistencia de los indígenas. Así, desde 1.999, las ocupaciones de tierra de los Mapuches son desalojadas con unidades especiales de la policía y con utilización de mucha violencia. En los ataques fueron utilizados armas de fuego, garrotes y gases lacrimógenos. La intransigencia del gobierno llevó a la radicalización de algunos Mapuches, de tal forma que en los conflictos fueron heridos más policías que en los años anteriores a 1.999. Docenas de indígenas fueron detenidos. En febrero de 2.001 estaban todavía detenidos más de 500 Mapuches, algunos acusados de terrorismo.

Con todo, las acciones de los Mapuches produjeron algunos cambios. Ya al inicio del mes de mayo de 1.999, el gobierno chileno se vio obligado a enviar al Ministro de Desarrollo y Planificación, Germán Quintana, como encargado especial, a la región en crisis. Hasta el comienzo de las protestas en el mes de febrero de 1.999, el gobierno se había simplemente negado a hablar sobre los conflictos con las comunidades indígenas. Después de algunas rondas de conversaciones, que aumentaron la confianza entre los representantes de los indígenas y el gobierno, el Consejo de Todas las Tierras, uno de los puntos de apoyo de la resistencia, se obligó a mediados del mes de mayo, a abandonar por 30 días las ocupaciones de 22 fincas en las regiones de Araucanía y los Lagos. El ministro Quintana, quería por el contrario, que las ocupaciones fueran examinadas con urgencia, por la autoridad indígena CONADI gerenciada por el Estado.

Al final de mayo de 1.999, el ministro de Planeación Quintana realizó otras concesiones: la garantía de prestación de servicios para la elevación de la producción agrícola, la compra de la tierra, así como el mejoramiento de la situación de salud y educación, deberían ocupar lugar prioritario, máquinas, herramientas y abonos deberían estar a disposición, debería realizarse el mejoramiento de las carreteras y la instalación de energía eléctrica. En el sector de salud, debería integrarse la medicina tradicional y en la educación, se le debería dar un valor especial al idioma materno.

En junio de 1.999, anunció el gobierno un proyecto para el desarrollo específico en regiones con alta concentración de indígenas y prometió 51 mil millones de pesos (aproximadamente 310 millones de dólares). En el mismo mes, un grupo de parlamentarios bajo la presidencia de Francisco Huenchumilla, del partido de la democracia cristiana, realizó un plan para una mayor participación Mapuche en los procesos políticos regionales y nacionales. De acuerdo a esta propuesta, todas las comunidades

indígenas, deberían ser reconocidas por la Constitución. El Senado debería ampliarse con tres nuevos escaños, para llegar a un número de 50. Los 3 escaños deberían ser ocupados por los indígenas. Así mismo, debería ampliarse la Cámara de Parlamentarios a 130, con diez nuevos parlamentarios, que deberían ser elegidos exclusivamente dentro de la población indígena. Los indígenas deberían tener un registro electoral. Posterior a una marcha de protesta de los Mapuches de Temuco a Santiago de Chile en junio de 1.999, el entonces presidente Frey presentó al senado una ley de protección y reconocimiento de los pueblos indígenas en Chile y apoyó la ratificación de la Convención 169 de la Organización Internacional del Trabajo que se había iniciado en 1.991 y había sido suspendida. Importantes comisiones de la cámara de diputados, estaban de acuerdo, pero los seguidores de Pinochet que dominaban el senado, se opusieron.

Con motivo de las elecciones programadas para fines de 1.999, se mantuvo el clima apropiado para las reformas, todavía algunos meses. Después de otras protestas en octubre de 1.999, el Ministro de Planeación Quintana y el presidente de la Corporación Chilena de la Madera, CORMA, Jorge Serón, expresaron que un nuevo tiempo para la relación con los indígenas había comenzado. Ambos intercedieron por una directa negociación entre las Firmas de Madera y los indígenas, sobre sus derechos por la tierra. La reforma del sistema político, debería facilitar una amplia participación Mapuche tanto en el parlamento, como en los niveles de administración local y regional. Dentro del mismo contexto, informó la autoridad indígena CONADI que para el año 2.000, se desarrollarían 70 proyectos ambientales que deberían ser elaborados por las mismas comunidades indígenas. Se pensaba en proyectos para 5.600 indígenas con un presupuesto de 600 millones de dólares. Ya acostumbrados a este tipo de anuncios y promesas, muchos Mapuches se quedaron escépticos. La Coordinadora Mapuche llamó la atención a las inversiones incontroladas en el territorio indígena, en la economía forestal, en la producción de energía y en el sector de turismo. También denunció los problemas existentes con relación a los derechos de la tierra y a la participación. Finalmente comentó el limitado acceso a los recursos de la población local.

En el nivel del discurso político, en comparación con años anteriores, han habido algunos cambios. El gobierno, se expresa en otra forma sobre conflictos de tierra. Después de la primera ocupación de tierras en 1.999, el gobierno trató de minimizar la crisis y la señalaba como de carácter „virtual y no „real. Las exigencias de tierra de los Mapuches, deberían ser transferidas preferencialmente al Tribunal de Justicia. De ninguna forma deberían ser reconocidos como interlocutores el Consejo de Todas las Tierras o la Coordinadora Mapuche. Esto significa que la „cuestión indígena, se

CHILE

constituyó en una pregunta oficial sobre los fundamentos democráticos de política y gobierno. El nuevo presidente elegido, Ricardo Lagos, definió además sostener un diálogo con representantes Mapuches.

Con todo, el mejoramiento de las condiciones materiales fueron muy reducidas. Las centrales exigencias de los Mapuches, no han sido hasta hoy cumplidas: cambio de la constitución, retorno de la tierra, administración autónoma, impedimento de grandes proyectos como la Represa de Ralco en Bío Bío, la ratificación de la Convención 169 de la Organización Internacional del Trabajo, sobre los derechos de los indígenas, sobre una ampliación en la participación política, una revisión crítica de las actividades de las firmas de madera, responsables de gran parte de la destrucción del territorio indígena. Así también una más clara adaptación de la educación pública, de los servicios de salud y de la ayuda vecinal a los valores culturales de los Mapuches residentes en las ciudades. El esfuerzo de llevar al parlamento la discusión sobre el reconocimiento constitucional a la población indígena, fracasó recientemente, en el año de 2.001 por falta de interés de los parlamentarios. El reciente gobierno de Lagos, no hace ninguna excepción. Con una mejor retórica también utiliza la represión estatal, para controlar los conflictos. Así durante los años 2.000 y 2.001 fueron impedidas movilizaciones y los activistas Mapuches fueron sancionados con encarcelamiento, requisa de casas, limitaciones de viajes.

Actuales conflictos: Derechos de Tierra

Si fuera cierto el cálculo de que sólo 15% de los Mapuches viven en el campo, esto es, aproximadamente 150.000 personas, significa desde el punto de vista estadístico, que los Mapuches dispondrían por persona de menos de 2 hectáreas de tierra. En estas condiciones, no es posible pensar en una producción de alimentos suficientemente segura. En los años de 1.960, calcularon las autoridades estatales de la reforma agraria, que el mínimo de superficie por FAMILIA CAMPESINA, debería ser de 50 hectáreas. Ya en esa época, poseía una familia Mapuche, después de continuas expropiaciones, en promedio un poco más de 9,2 hectáreas.

En contraste, las firmas de madera privadas apoyadas por la dictadura de Pinochet, habían ocupado 90% del antiguo territorio Mapuche. Representantes de estos indígenas, calcularon en 1.998 en la UNO en Ginebra, que 80.000 hectáreas de su territorio habían sido destruidas por la tala de bosques. En total son 33,8 millones de hectáreas de bosque, casi la mitad de la totalidad de la superficie de Chile, que es utilizable para la economía forestal.

Los daños producidos por las firmas madereras, no se limitan solamente al robo de tierras. Ellas plantan los preferidos árboles de eucaliptos y pinos que crecen

rápidamente. Estos árboles necesitan más agua, de la que ellos devuelven a la naturaleza. Este aspecto, unido a la destrucción de los bosques nativos es para algunos Mapuches la causa principal de las enormes sequías de los últimos 8 años en el sur de Chile.

Hace 4 años, la autoridad estatal responsable del control de la madera CORMA, decidió plantar hasta el año 2.003, una superficie de un millón quinientos mil hectáreas con árboles de rápido crecimiento, que después de 15 a 20 años pudieran ser talados. Esto causaría nuevos graves efectos en las condiciones de vida de los Mapuches.

Esta problemática se acentúa en la medida que no se realiza una sistemática reforestación. Según CORMA en el año de 1.999, fueron plantados 61,3% menos árboles que los años anteriores. Como consecuencia de ello, crece la erosión del suelo. En el período actual según la Corporación Nacional Forestal CONAF, 62% de la superficie total del país, está afectada por erosión. En la región X, donde vive fundamentalmente población Mapuche, 50% del suelo está erosionado. Causa de ello, no es sólo la economía maderera, pero ella contribuye con el empobrecimiento de la población local a que los suelos dispongan de muy poco tiempo de regeneración. Las empresas madereras en el sur de Chile, han llevado un tipo de desarrollo y una forma de vida incompatible con los Mapuches.

Las escasas condiciones de subsistencia, lleva a los Mapuches al margen de la sociedad y a la extrema pobreza. Los porcentajes más altos de mortalidad infantil, desnutrición y analfabetismo (más del 20%, en comparación con el 5% en promedio a nivel nacional), se encuentran en las comunidades Mapuches. Además, les faltan posibilidades de educación y de perspectivas profesionales. También las empresas madereras necesitan entre tanto, trabajadores calificados, debido al alto desarrollo tecnológico de la tala de madera.

En esta medida, no sorprenden las acciones Mapuches en el año 1.999 con el interés de buscar la reconquista de sus territorios, pero es inexplicable por qué no iniciaron esta acción más temprano. Desde el final del mes de febrero hasta finales de mayo de 1.999, no transcurrió un solo día, en que no se realizaran ocupaciones de tierras. En primer lugar, fueron ocupadas fincas que los Mapuches habían adquirido en el período de la Reforma Agraria con el presidente Allende, y las habían perdido de nuevo en la época de la dictadura militar.

La protesta aumentó sobretodo contra las empresas madereras. No sólo fueron ocupadas fincas, si no que se bloquearon calles, fueron destruidos camiones y otros instrumentos de trabajo, maderas fueron incautadas, casas de ingenieros incendiadas, policías fueron atacados con palas, palos, piedras y cadenas. Los activistas Mapuches

explicaron la irrupción de violencia con la extrema frustración, debido a la ocupación de las tierras por las empresas madereras y por la inactividad del Estado frente a ésto.

El número de ocupaciones de tierra, aumenta en el otoño de 1.999 y se amplía en la X región. Allí ocupan los Mapuches tierras principalmente de antiguos políticos y de personas influyentes en la sociedad, como el exministro de economía o el expresidente de la Corporación Maderera Estatal CORMA. También en la región de Bío Bío, realizan ocupaciones las comunidades Mapuches, cuando el gobierno rechaza negociar con sus representantes. Una quinta parte de las comunidades Mapuches oficialmente reconocidas, participaron en las acciones. Las ocupaciones fueron acompañadas por manifestaciones en los centros urbanos de las provincias afectadas, así como también una marcha de protesta, realizada desde Temuco hasta Santiago.

Adicionalmente para la reconquista de las fincas, los Mapuches exigieron la administración autónoma dentro de sus territorios. En mayo de 1.999, más de 30 comunidades Mapuches, habitantes de la Costa, presentaron una petición al ministro de Planeación Quintana: la autonomía de la región Arauco. El gobierno rechaza hasta hoy enfáticamente la solicitud de autonomía, pues teme perder el dominio del suelo y riquezas del subsuelo.

Las ocupaciones de tierra fueron acompañadas de manifestaciones y marchas de protesta, dirigidas por las Comunidades Mapuches y sus organizaciones regionales como el Consejo de Todas las Tierras (Aukiñ Wallmapu Ngulam), la Entidad Territorial Lafquenche y la Coordinadora Mapuche Arauco Malleco. Conjuntamente con la Asociación Nancueo de Lumaco y la Coordinadora Metropolitana Mapuche, estaban representadas cerca de 300 del total de 2.000 comunidades Mapuches.

En mayo de 1.999, organizó el Consejo de Todas las Tierras, una larga marcha de 670 kilómetros de Temuco a Santiago de Chile, en la cual participaron cerca de 300 Mapuches. La consigna de la marcha era: „por el reconocimiento de nuestros derechos territoriales. Además de los objetivos ya presentados, exigían los Mapuches, una amplia participación política en la Cámara de Representantes, en el Senado, en los parlamentos regionales y en los concejos municipales, proporcional al número de Mapuches en la población. Además exigían la instalación de un parlamento autónomo Mapuche, similar al del parlamento de los Kuna en Panamá. Durante y posterior a la protesta, se expresan las primeras iniciativas del gobierno. En octubre del mismo año, organizaron de nuevo los Mapuches, dos grandes manifestaciones

Resistencia contra la construcción de la represa en el río Bío Bío

En la región Bío Bío (región VIII), en las provincias de Arauco, Cañete, Contulmo y Tirúa, viven indígenas Pehuenche, pertenecientes al pueblo Mapuche, en las siguientes comunidades: José Ancán, Antonio Leviqueo, Mateo Colimán, Juan Andrés Parma, Ignacio Catrileo Marinao, Remijio Maricura, Francisco Melín, Ruca Ñirre, Ignacio Huilipán, Juan Reniqueo, José María Calbul, Juan Lincopán, Lorenzo Pilquimán, Esteban Yevilao, Kralhue, María Colipí, Marín Marileo, Anillén, Ignacio Millano Ancatén, José Agustín Huenupil, Tranicura, Quidqueo, Bartolo Leviqueo. Los Pehuenches se habían adaptado muy bien a las bastante difíciles condiciones de vida, a través de cambios de lugar de vivienda, de acuerdo a los ciclos del año, lo cual ayudó a crear un extraordinario ecosistema.

El río Bio Bio, localizado aproximadamente a 550 kilómetros al sur de Santiago de Chile, debe constituirse en uno de los más importantes productores de energía del país, a partir de la construcción de 6 represas (Pangue, Ralco, Ralquil, Quitraman, Aguas Blancas y Huequecura). La Empresa Nacional de Electricidad S.A. (ENDESA), es responsable del proyecto, ella controla toda la producción y distribución de energía de Chile. Esta empresa era estatal y fue privatizada por la dictadura militar en 1.988. Los más importantes accionistas de la empresa, venían del círculo de las fuerzas armadas y de la economía nacional. Ahora, es la empresa española ENDESA que posee un 60% de la subsidiaria en Chile. La empresa principal, controla 90% del derecho al agua en Chile y una amplia parte de la producción de energía en América del Sur.

En 1.991, la empresa consiguió a través de burlar la ley vigente, la autorización para la construcción de la represa: „Central Pangue. Pasando por encima de la ley significa que la empresa se comprometió frente al Banco Mundial a construir sólo una represa, lo que significaba un estudio de impacto ambiental simplificado. Pero esta promesa no tenía ningún valor. En este momento comenzó la resistencia de los Pehuenches. A consecuencia de la Central Pangue, 50 Pehuenches fueron expulsados y 500 hectáreas del territorio fueron inundadas.

Después de terminada la represa „Central Pangue, empezó la producción de energía en 1.997. Los trabajos de construcción para la represa „Ralco, comenzaron en 1.998, antes de haberse expedido el estudio de impacto ambiental (EIA). La „Central Ralco, debe tener una capacidad de 570 megavatios. La represa fue construida inundando 3.400 hectáreas, 700 personas, dentro de ellas 450 Pehuenches, serán más o menos expulsados de sus fincas, donde han vivido desde hace varios siglos. Este traslado significa no solamente mudarse a otra región, con especiales condiciones topográficas

CHILE

y climáticas a las cuales los Pehuenches deben adaptarse, sino que implica la pérdida de los múltiples recursos de la cuenca del río Bío Bío y la destrucción de los antiguos lazos sociales de la comunidad. La inundación de los cementerios afecta la relación directa de los Pehuenches con sus antepasados, que tienen un importante papel en su espiritualidad y en su cultura. Además de esta problemática, se constata que del agua del río Bío Bío, depende la vida de un millón de personas, como por ejemplo, los pescadores del Golfo de Arauco.

Los estudios de impactos ambientales (EIA) obligatorios, que fueron realizados por una empresa consultora de Suesia y posteriormente por la Comisión Nacional del Medio Ambiente CONAMA, conjuntamente con la Corporación Nacional de Desarrollo Indígena CONADI, se revelaron como negativos para ENDESA. Dos presidentes de CONADI, se declararon en contra del proyecto que exigía la reubicación forzosa de los indígenas. Por eso fueron rápidamente despedidos. El primer director de CONADI, Mauricio Huenchulaf, se refirió al exterminio cultural, si era construida la represa Ralco y reclamó por la presión que ENDESA hacía a los Pehuenches, para conseguir sus fines „voluntarios de expulsión. La Comisión Nacional de Medio Ambiente CONAMA, es presionada por el gobierno y revisa su decisión. La siguiente EIA de abril de 1.997, permite finalmente la continuidad de los trabajos y los directores de CONADI que habían sido despedidos, también dieron su consentimiento.

De forma sorprendente, en septiembre de 1.999 en Santiago, ordena el juez del sexto Juzgado Civil, la suspensión transitoria de los trabajos mayores y no reversibles de la represa Ralco. Los opositores a la represa, habían presentado en julio de 1.998 quejas por la falta de consulta en la puesta en marcha de la misma. La suspensión temporaria afectó los trabajos en la represa, en la central de energía eléctrica, en las líneas de transmisión, como también en el plan de traslado. El juez criticó irregularidades en la EIA y explicó después de una visita al lugar, que los trabajos observados por él, no estaban cubiertos por el permiso vigente de construcción. Como reacción a la suspensión de la construcción, ENDESA, despide a 1.600 trabajadores, que ocupan el edificio. CONAMA, levantó una objeción contra la decisión. Después de un ir y venir, el saliente presidente Frei en 1.999, pocas horas antes de su salida de la presidencia, autoriza por decreto la construcción de la represa Ralco.

A consecuencia del proyecto de la represa, los Pehuenches se dividieron. Algunos encontraron trabajo, lo cual les brindó una alternativa para mejorar sus condiciones de pobreza. Un grupo apoyó a ENDESA y presentó una queja contra los Pehuenches que estaban en contra de la represa. Posterior a la expedición de la „Ley Indígena, quedó reglamentado que por ejemplo,

para iniciar los trabajos de la represa, es necesaria la autorización escrita de todos los afectados por el proyecto. Aproximadamente 80% de los Pehuenches aceptaron la indemnización de ENDESA y se mudaron del lugar. Por una parte ENDESA, los engañó en parte, diciendo que ya tenía la autorización para la construcción de la represa. Pero aún sin estos trucos, muchos indígenas hubieran aceptado la propuesta, con la perspectiva de mejorar sus condiciones de vida, de adquirir una casa cómoda, con máquina de lavar, de recibir una bicicleta.

Las consecuencias de esa decisión empezaron a mostrarse poco a poco. El nuevo poblado significa para el conglomerado indígena, cambios radicales en su sistema de vida: vida sedentaria y así mismo, pérdida de su cultura. En invierno el poblado queda cubierto de nieve, lo cual afecta la crianza de animales, agravando así su situación.

El 20% de la población indígena restante, luchaban por permanecer en su territorio. Los Pehuenches afectados, presentaron una demanda ante la Comisión Interamericana de Derechos Humanos por el desplazamiento producido a causa de la construcción de la represa. Los indígenas denunciaron genocidio por las consecuencias del proyecto con relación a la destrucción de su cultura y su religión. Se planeó entonces presentar la propuesta ante la Comisión de Derechos Humanos en Ginebra. Los Pehuenches, realizaron acciones públicas en España y buscaron que organizaciones de defensa del medio ambiente y sindicatos, presionaran ante la empresa principal, la revisión del procedimiento asumido con la construcción de la represa. Con todo, las movilizaciones se debilitan, en septiembre de 2.001 sólo cinco familias Pehuenches luchaban activamente contra el desplazamiento. Los indígenas reciben apoyo internacional, pero la pérdida de su territorio y de su cultura, sólo es posible impedirlo si el Proyecto Ralco no finaliza su iniciativa.

Resumen

Las reclamaciones más importantes relacionadas con la sobrevivencia de los Mapuches, no han sido satisfactorias hasta ahora. Así por ejemplo, el retorno de los territorios, el impedimento de las privatizaciones efectuadas a favor de las empresas madereras, el reconocimiento de que Chile es un país pluricultural, reconocimiento de una autonomía propia de los Mapuches en su territorio tradicional, participación en todas las decisiones políticas esenciales, contar con un mandato garantizado en el parlamento y una asesoría indígena en el mismo. Además, exigen una indemnización por la violación de los derechos humanos durante la dictadura de Pinochet y la ratificación de la convención 169 de la Organización Internacional del Trabajo. Finalmente, reivindican una coadministración formada por representantes Mapuches, en la región sur del río Bío Bío.

En comparación con la dimensión política de los problemas no solucionados, los progresos en el discurso político son poco significativos. Sin embargo, vale la pena mencionar que las permanentes movilizaciones de los Mapuches, consiguieron que el actual gobierno discutiera sobre sus graves problemas, en foros abiertos. De todas formas, para conseguir decisiones políticas concretas a favor de la población Mapuche, es necesario un mayor trabajo de divulgación y de movilización. Entre tanto, los Mapuches han conseguido con relación al período anterior, una red de apoyo internacional en Europa, como por ejemplo, en Inglaterra, Dinamarca, Suecia, Noruega, España y Alemania. Como lo demostró el caso de Pinochet, la imagen del gobierno chileno puede ser afectada con campañas internacionales. Sin embargo, las acciones a favor de los Mapuches, exigen una mayor movilización internacional, para que puedan significar potencialmente una amenaza para el gobierno actual.

Theodor Rathgeber

Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.
Traducción: Fanny Rubio Lorza

Fuentes Bibliográficas

Ancán Jara, José: Urban Mapuches: Reflections on a Modern Reality in Chile, en: Abya Yala News, Volume 10, Number 3, Summer 1997

Bangert, Yvonne: Pinochets Verbrechen an den Mapuche. En: pogrom No. 202/1999, P. 34

Calbucura, Jorge: EL Proceso legal de abolición de la propiedad colectiva: El caso Mapuche. University of Uppsala, Department of Sociology 1998,
<http://Linux.soc.uu.se/mapuche>

Consejo de Todas las Tierras: Declaración de prensa del 31. Mayo 1999

Consejo de Todas las Tierras: Comunicado Mapuche del 11. Junio 1999

Coordinadora de Mapuche: Comunicado Público del 17. Junio 1999

Fischer Weltalmanach: Zahlen, Daten, Fakten '99. Frankfurt 1998

Fullriede, Ulrike: Globale Kungelei am Bío Bío. Das chilenische Staudamm-Großprojekt kollidiert mit der Rechtsstaatlichkeit. En: Lateinamerika Nachrichten 273 / Marzo 1997, P. 19 f.

Gentes, Ingo: Die Einheit von Boden und Wasser. Erfolge beim Streit um das Wasser für Indígenas. En: Lateinamerika Nachrichten 273 / Marzo 1997, P. 21 ff.

Hohenberger, Uschi: Staudamm als „Entwicklungsprojekt“ wird Land der Mapuche überschwemmen. En: Menschenrechtsreport der GfB No. 12 Indígena Völker, Junio 1993 P. 45 f.

Holst, Jens: Faxpapier aus Urwaldbäumen. En: Lateinamerika Nachrichten No. 257/258 Noviembre/Diciembre 1995 P. 51 ff.

Huaiquilaf, Marcos: Educación intercultural. Proyecto de Documentación Ñuke Mapu, University of Uppsala, Department of Sociology 1998, <http://Linux.soc.uu.se/mapuche>

Jaña, Darío: Central Ralco: La riqueza económica a costa del pueblo indígena Pehuenche. Mskt. Berlin 1.998

Jaña Darío: Las centrales hidroeléctricas en el río Bío Bío de Chile y la lucha del pueblo indígena Pehuenche. Mskt. Berlin 1998

Nain Pérez, José: Interview in pogrom No. 202/1999, P. 33 ff.

Rathgeber, Theodor: Chiles Regierung soll büßen. En: pogrom Nr. 202/1999, P. 35

red-biobio: Un Conflicto anunculado. Internet-Comunicado del 12 de Junio de 1.999

Valdés, Marcos: Instrumentos de cuantificación de población indígena: El censo de población y vivienda 1992 y encuesta de caracterización socioeconómica nacional CASEN 1996. En: Proyecto de Documentación Ñuke Mapu, University of Uppsala, Department of Sociology, o.J., URL:<http://Linux.soc.uu.se/mapuche>

Weinbrenner, Sieglinde: Der Protest gegen die umstrittenen Bío Bío-Staudämme in Chile geht weiter. En: Food First No. 3/97, P. 12

Wyrtsch, Claudia: 144 Mapuche in Chile wegen Landbesetzung verurteilt. Dieselbe: Staudämme am Bio Bio-Fluß in Chile. En: INCOMINDIOS - Internationales Komitee für die Indianer Amerikas, Berichte und Informationen, No. 75 Junio 1996 P. 27. „Nguillatun“ gegen Staudammpunkte am Bio Bio in Chile. En:

INCOMINDIOS - Internationales Komitee für die Indianer Amerikas, Berichte und Informationen, No. 76 Septiembre 1996 P. 29

Periódicos y Revistas

La Tercera en Internet: 9./11. marzo; 30. abril; 04./07./08./24./25./26./27./29./30. mayo; 14./18./21. junio; 8./21. agosto; 16. septiembre; 10./13. octubre; 10./14./15. noviembre 1999

Diario El Sur: 04./08./23./24./28. mayo; 02. junio; 15. agosto; 7./8./9./10./13./17. octubre 1999

El Mercurio: 04./05./23./24./25./28. mayo; 01./16. junio; 12./17. julio; 10./13./15./21./30./agosto; 8./10./14./16. octubre; 10. noviembre 1999

El Siglo: 21. mayo, 14./19. octubre 1999

Nacional Crónica: 17. septiembre 1999

El País: 10./15. Septiembre 1999

IWGIA, Indigenous Affairs No. 3-4, 1999

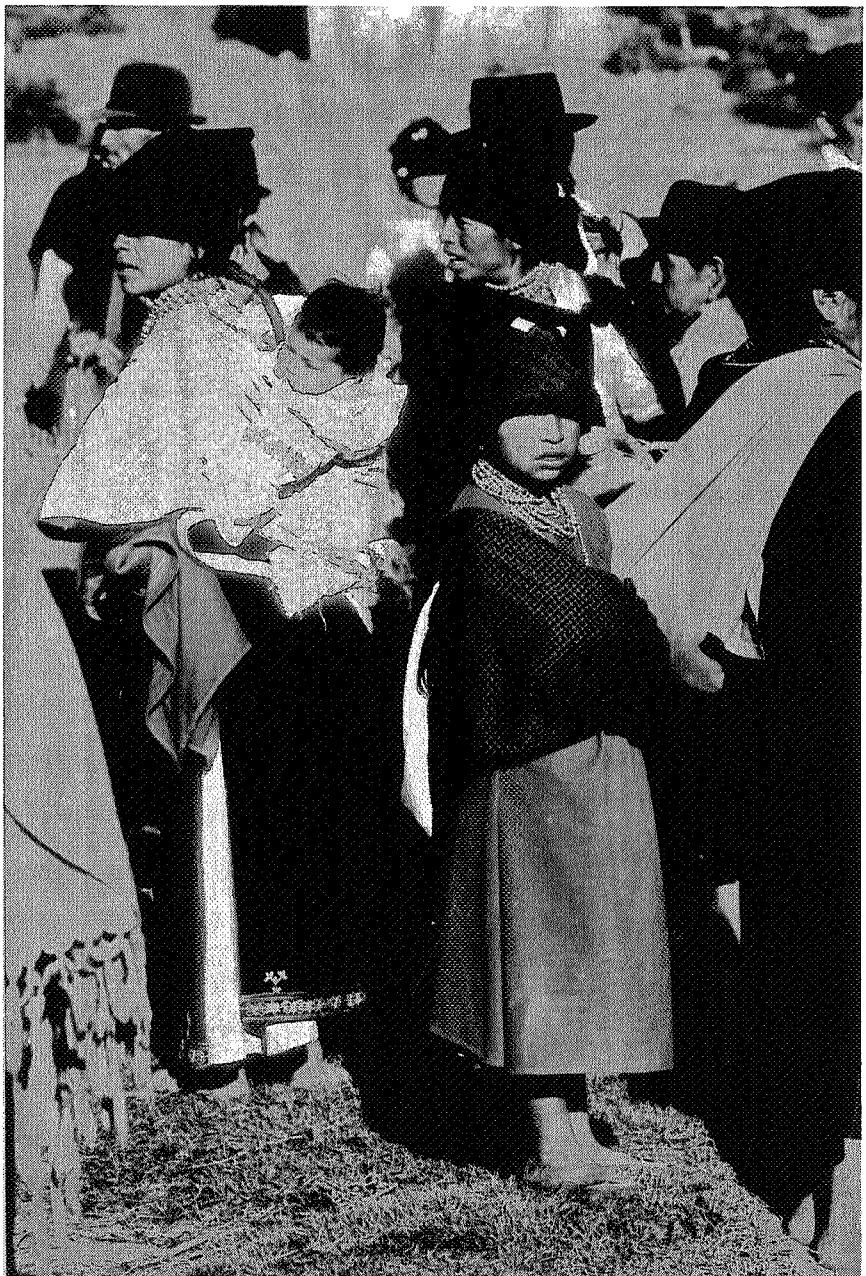
Lateinamerika-Nachrichten No. 315/316 / sep./oct. 2000, 319 / ene. 2001, 321 / marz, 323 / may,

World Rivers Review, junio 1999

Abreviaturas

CONADI - Corporación Nacional de Desarrollo Indígena (entidad estatal) / CONAMA - Comisión Nacional del Medio Ambiente / CONFA - Corporación Nacional Forestal / CORMA - Corporación Chilena de la Madera (entidad estatal) / ENDESA - Empresa Nacional de Electricidad, Sociedad Anónima / OEA — Org. de Estados Americanos / EIA — Estudios de impactos ambientales.

Ecuador



Ecuador

Indigene Territorien Ecuadors, Staatliche Interessen und Ölkonzerne

Was tut die internationale Gemeinschaft?

Amazonien für das Leben

Amazonien für das Leben — so nennt sich der Umweltführer, den eine ecuadorianische Umweltgruppe 1994 für die Verteidigung des amazoneischen Territoriums (!), das von nationalen und internationalen Ölgesellschaften bedroht wird, veröffentlichte. Dort ist auf einen Blick die Überlagerung von Indianerterritorien durch Ölkonzessionen, die der ecuadorianische Staat an viele ausländische Ölkonzerne vergeben hatte, zu erkennen (Vgl. Graphiken 1 und 2). In der Graphik 3 wird deutlich, welche Auswirkungen diese Investitionen haben: der für Erölexploration und -exploitation notwendige Straßenbau zieht Siedler aus anderen Landesteilen, vor allem aus dem Hochland, in das Amazonastiefland nach sich.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass Indianerterritorien sich auch mit Naturparks überschneiden (Graphik 1 und 4). Naturparks werden ebenfalls von Ölkon-

zessionen überlagert (Graphik 2 und 4). Indianerterritorien werden invadiert, Naturparks mit Öl verseucht, der tropische Regenwald abgeholt. Seither hat sich die Situation nicht grundlegend verändert. Eine tiefgreifende Änderung steht jedoch mit der Dollarisierung bevor.

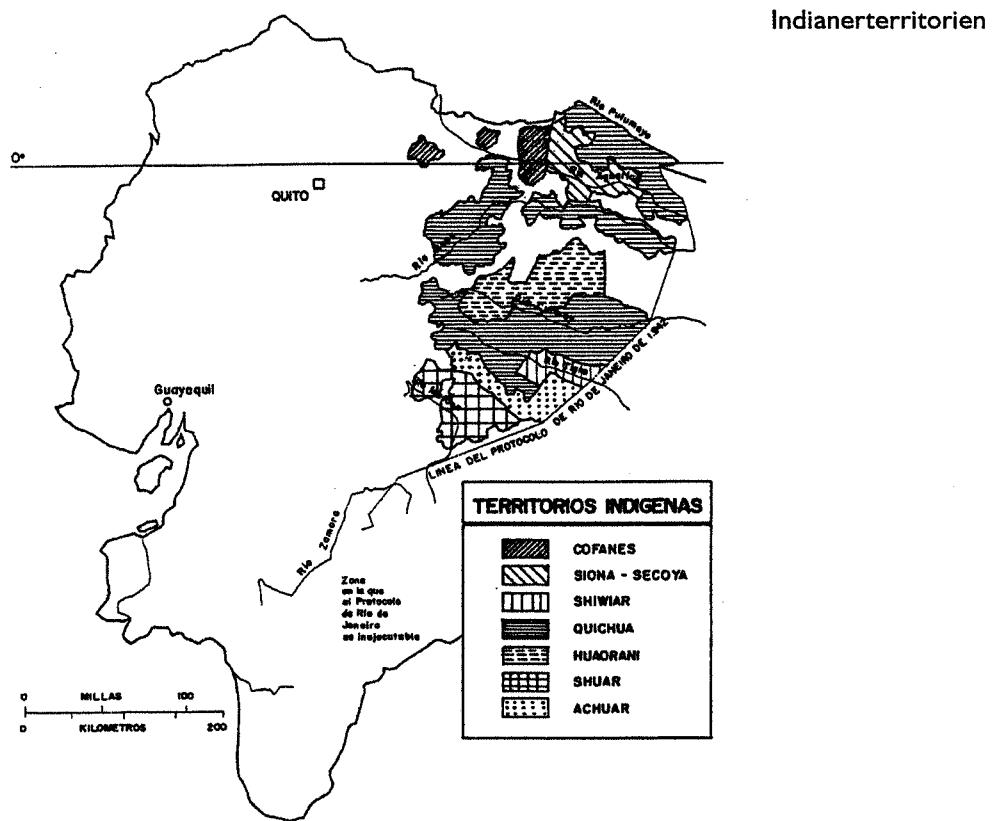
Geschichte der Rohstoffzyklen im ecuadorianischen Osten

Das Interesse an den Rohstoffen begann praktisch mit der Eroberung des lateinamerikanischen Kontinents und ist seither nicht abgerissen. Immer neue Rohstoffe wurden aus dem Regenwaldgebiet extrahiert. Auch nach Ende der Kolonialzeit nahm das Interesse nicht ab, es vergrößerte sich vielmehr. Die für die Gewinnung und den Abtransport erforderliche Technik und Infrastruktur wurde stark ausgeweitet, was immer schwerwiegenderen Auswirkungen hatte.

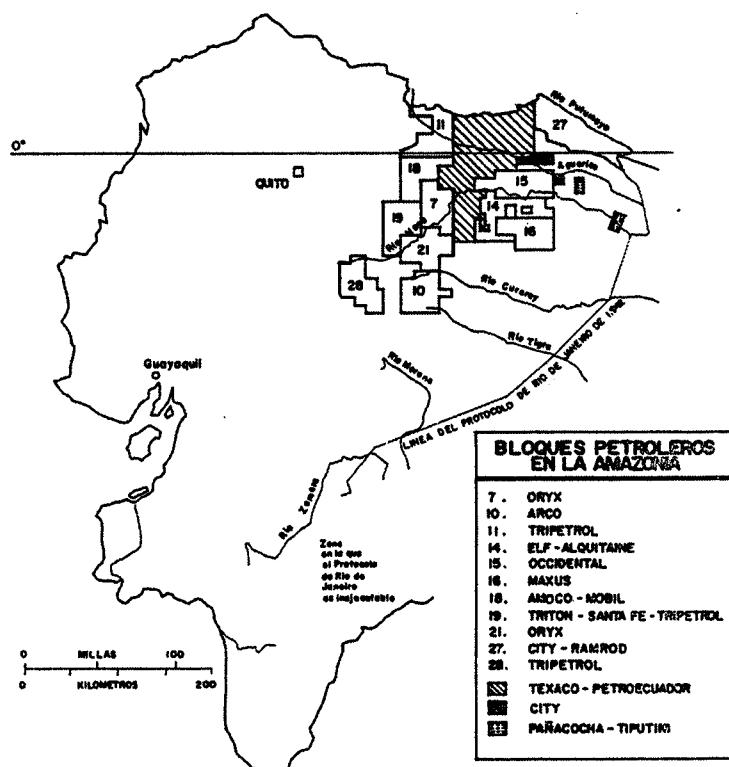
Rohstoffzyklen im ecuadorianischen Amazonasgebiet

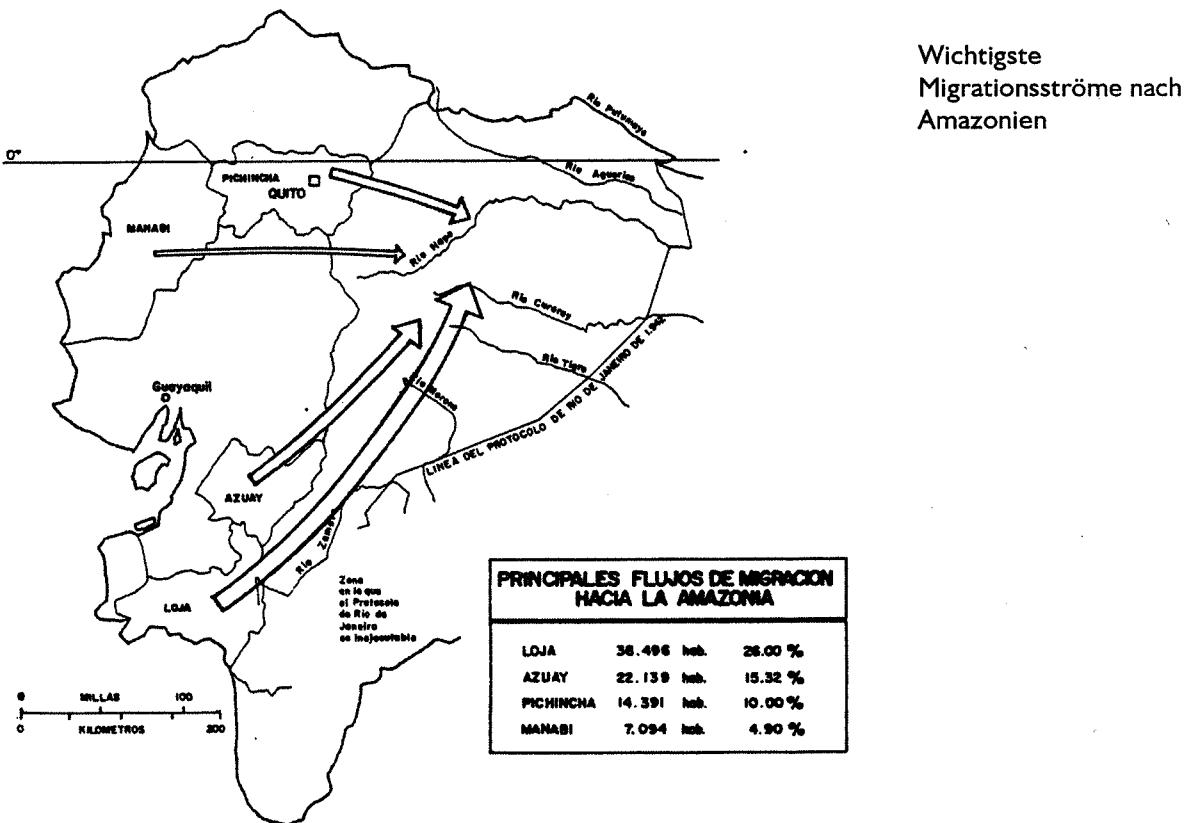
- * 1559-63 Baumwolle, Gold etc. — Beginn der kolonialen Verwaltung
- * 1850-1940 Kautschuk — anglo-peruanische, ecuadorianische und kolumbianische Firmen
- * Im 20. Jahrhundert fördern die Ölfirmen die Kolonisierung des Ostens, sie bauen Straßen, sie legen militärische Gebiete und Naturschutzgebiete an.
- * Große Ölpalmenplantagen und große Rinderweidewirtschaften siedeln sich oft in jenen Gebieten an, die zunächst von Migranten aus dem Hochland besiedelt worden waren, die im Zuge von staatlichen Kolonisationsprogrammen in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts oder aber in spontanen Kolonisationsprozessen kamen.
- * Zu Beginn der 70er Jahre wird die erste Ölpipeline, SOTE, gebaut und Ölexploration und —exploitation im Amazonasgebiet beginnt. 1992 macht Öl 40% des Bruttoinlands Produktes (BIP) aus (30% der Auslandsschuld) und 43% der gesamten Exporte.
- * Mit der Abschaffung des Sucre und der Einführung der Dollar als nationale Währung verschärft sich die Abhängigkeit vom Ölexport noch weiter, die Regierung will den Export bis 2003 verdoppeln und dafür eine zweite Öl-Pipe line, OCP, bauen.

ECUADOR

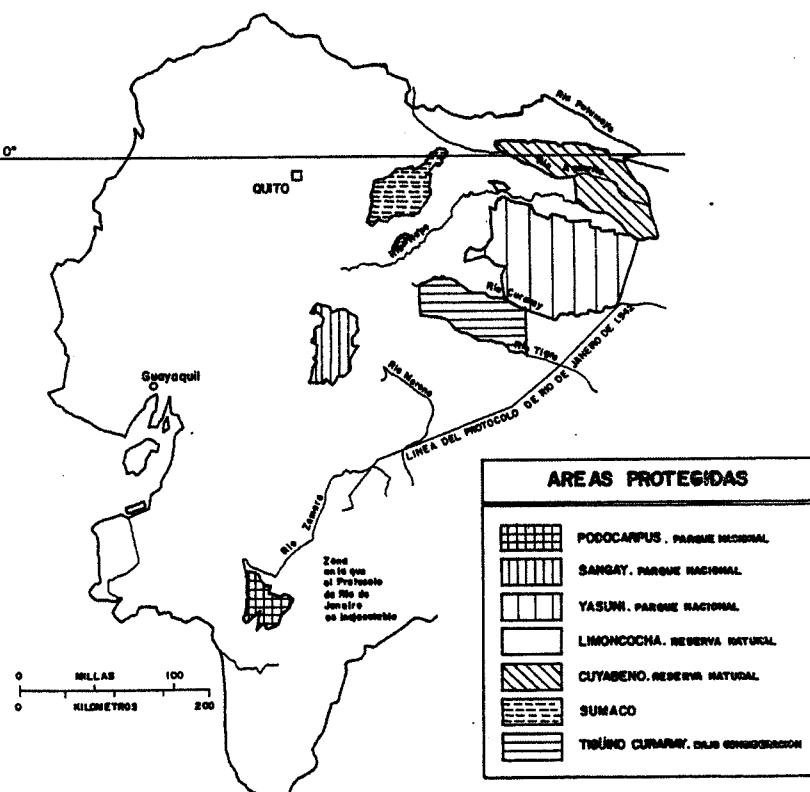


Ölkonzessionen in Amazonien





Naturschutzgebiete



Indianerinteressen

Die Regierung Ecuadors beziffert die Anzahl der Ureinwohner auf etwa 15 Prozent der Gesamtbewohner Ecuadors (rund 12 Mio.). Studien der Vereinten Nationen, Zahlenangaben von Menschenrechtsorganisationen sowie von den Ureinwohnern selber weisen einen deutlich höheren Anteil aus. Julian Burger, zuständiger Experte für Indigene Völker beim UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, nennt als Minimum 3,1 Mio.; was 25 Prozent der Einwohner entspräche. Die Dachorganisation der Indianer in Ecuador, CONAIE, geht von einem Anteil von über 40 Prozent aus (über 4 Mio. Ureinwohner).

Die überwiegende Mehrzahl der Ureinwohner (zwischen 3 und 4 Mio.) lebt im andinen Bereich und fristet dort im wesentlichen ein kleinbäuerliches Leben. Sie sind Nachfahren der Ketchua sprechenden indigenen Völker. Im Tiefland des Amazonasbeckens leben lediglich knapp 150.000 Ureinwohner, die sich auf sieben Völker verteilen.

Der Zahlendifferenz liegt ein komplexer Zusammenhang zugrunde. Je weniger Ureinwohner offiziell exi-

stieren, desto weniger Mittel muss die Regierung zur Verfügung stellen, um gesetzlichen Aufträgen und Auflagen zur zweisprachigen Ausbildung, zu Land-, Konsultations- und Partizipationsrechten nachzukommen; von Landrechten ganz zu schweigen. Auf Seiten der Ureinwohner hängt die Antwort auf die Frage nach der ethnischen Identität häufig genug vom Fragesteller ab. Nach wie vor werden Angehörige indigener Gemeinschaften diskriminiert, wenn sie sich als solche zu erkennen geben. Im andinen Bereich ziehen es die Menschen gegebenenfalls vor, sich als Kleinbauern zu identifizieren. Andererseits haben die sozialen Mobilisierungen den Ureinwohnern viel gesellschaftlichen Respekt eingebracht, so dass die Angst vor Diskriminierung in solchen Zeiten weicht.

In Ecuador gibt es neun Indianervölker, sechs von ihnen leben im Amazonasgebiet (2). Zwei indigene Völker, die im Norden und im Zentrum der Amazonasregion lebten, die Tetetes und die Záparos, sind in den letzten Jahrzehnten ausgelöscht worden und zwei - die Siona-Secoya sowie die Cofan - stehen in Gefahr, ausgelöscht zu werden. Dies hat mit den ökologischen und sozialen Auswirkungen des Rohstoffabbaus zu tun.

Die Indigenen Völker Ecuadors nach Regionen

Zugehörigkeit Angehörige Lokalisierung

Amazonien	Quichua	70 000	Napo Pastaza Sucumbios y Zamora
	Shuar	60 000	Morona-Santiago, Pastaza
	Achuar	3 000	Morona-Santiago, Pastaza y Zamora Napo
	Huaorani	1 600	Sucumbíos y Napo
	Siona-Secoya	500	
	Cofán	650	
Sierra	Quichua		Carchi, Imbaburo, Pichincha, Cotopaxi
			Tungurahua, Bolívar, Chimborazo,
			Cañar,
			Azuay y Loja
Costa	Awa		Carchi, Esmeraldas e Imbaburo
	Cachi		Esmeraldas
	Tsachila		Pichincha

Das Amazonasgebiet macht 48% des nationalen Territoriums aus. Es sind in der Mehrheit fragile Böden, die mit tropischem Regenwald bedeckt waren. Allerdings ist ein Fünftel der Gesamtbevölkerung bis 1982 in diese Region gewandert, zwei Drittel von ihnen nach 1972 (Uquillas, Davis 1992, S. 92, 111), als die Ölproduktion im Osten des Landes begann. Ab 1970 steigt der Ölpreis (Kimerling 1993), 1971 wird die Umweltgesetzgebung des Landes verändert. Dadurch ist der Weg frei für die Schaffung einer staatlichen Gesellschaft und von Assoziationssystemen, Teilnahme, vertraglicher Bindung und Dienstleistungen gegenüber anderen Unternehmen (R. Roldán 1994). 1972 wird das System der

Trans-Ecuadorianischen Ölpipeline (SOTE) gebaut, mit 391 km Sekundärpipelines, 106 km Übertragungslinien sowie einer Gasleitung von 305 km Länge. Die drei wichtigsten Konsortien kontrollieren 905192 ha (Kimerling 1993, S. 21).

Von den Ölindustrien wurden über 500 km Straßen gebaut. Die Arbeitsmigranten aus dem Hochland suchten sich ihr Land entlang der Straßen, später kamen große Viehhalter und Ölpalmenplantagenbesitzer, die das Land aufkauften. Die Wälder wurden seit dem Moment mit wachsender Geschwindigkeit gefällt, seitdem das Interesse der Welt an den natürlichen Ressourcen dieser Region wuchs.

Indigene Organisationen Ecuadors

Konföderation der Indigenen Nationalitäten Ecuadors (Confederación de Nacionalidades Indígenas de Ecuador, CONAIE)

Konföderation der indigenen Nationalitäten des Ecuadorianischen Amazonen (Confederación de las Nacionalidades Indígenas de la Amazonía Ecuatoriana, CONFENIAE) (Amazonía)

*Federación de organizaciones Indígenas Sucumbíos-Ecuador FOISE (J.C.A.)

*Federación comunas Unión nativos de la Amazonía FCUNAE

*Federación de organizaciones Indígenas de Napo FOIN

*Organización de Pueblos Indígenas de Pastaza OPIP

*Organización Indígena Secoya del Ecuador OISE

*Nacionalidad Huao

*Nacionalidad Siona

*Nacionalidad A'I (Cofan)

*Federación de Centros Shuar Achuar

*Federación Independiente del Pueblo Shuar del Ecuador FIPSE

Ecuarunari (Sierra)

*Imbabura Runacunapac Jatun Tantanacui INRUJTA Federación Indígena y Campesina de Imbabura FICI

*Pichincha Riccharimui

*Movimiento Indígena de Tungurahua MIT

*Bolívar Runacunapac Riccharimui Federación Campesina de Bolívar FECAB-BRUNARI

*Fundación Yachana Huasi

*Movimiento Indígena de Chimborazo MICH

*Federación de Organizaciones Indígenas de Chimborazo FOICH

*Unión provincial de Cooperativas y Comunas del Cañar UPCCC

*Unión Campesina del Azuay UNASAY

*Coordinadora Interprovincial de Indígenas Saraguros CIOIS

*Movimiento Indígena de Cotopaxi MIC

Coordinadora de Organizaciones Indígenas de la Costa Ecuatoriana (COICE)

*Federación AWA, Federación CHACHI, Gobernación TSACHILA

ECUADOR

Die jährliche Abholzung des tropischen Regenwaldes Ende der 80er Jahre betrug 3000 qkm, was etwa 4% der ursprünglichen Bewaldungsfläche entspricht (Norman Myers 1989, S. 7). Den Grund für die Migration muss man einerseits in der hohen Konzentration des Landeigentums auf dem Hochland und in der Erosion der Hanglagen, auf denen die Mehrheit der Hochlandbevölkerung ihre Felder bewirtschaftet (70 Prozent). Andererseits ist sie auf die Hoffnungen zurückzuführen, die die Quechua des Hochlandes auf mögliche Arbeit bei den Ölgesellschaften haben. Die Zunahme der amazonensischen Bevölkerung verträgt sich weder mit den Böden, die überwiegend fragil sind und ebenso wenig mit dem tropischen Regenwald. Die Indigenen werden von ihren Territorien vertrieben, ihre Flüsse werden vergiftet, ihre Wälder abgeholt. In dieser Situation ist die Anerkennung ihrer Territorien von strategischer Bedeutung.

Die ecuadorianischen Indianervölker begannen sich angesichts der Konflikte mit nationalen und internationalen Interessen - zu organisieren, um ihr Land und Überlebensfragen für sich zu sichern.

Die Indigenen und ihr Territorium - Legale Anerkennung und Nachhaltige Bewirtschaftung

Die Erfolge, die die indigenen Völker bei der legalen Anerkennung ihrer Territorien erreichten, sind zweifellos das Produkt ihrer Kämpfe seit der Epoche der Eroberung (3). Seither haben sie auf der Verteidigung von ihrem Land und ihren Rechten bestanden. Die indigenen Organisationen sind in Amazonien eine Antwort auf die Ausweitung von Produktionsweisen, die sie von ihrem Land vertreiben. Diese Produktionsweisen sind fremd gegenüber ihren nachhaltigen Bewirtschaftungsformen. Diese Besetzung — oder besser diese « späte Eroberung » - führt zum Zerfall ihrer Gemeinschaften, reduziert ihre Anzahl und hat eine Zerstreuung der Mitglieder zur Folge. Die amazonensischen Indianer Ecuadors nutzen ihre Organisationen immer mehr als Instrumente gegen die Vernichtung ihrer Wälder, die Vergiftung ihrer Flüsse, ihrer Territorien und ihrer Luft. Die Vergiftungsprozesse bedeuten für sie Krankheiten wie Krebs, neurologische und Erbschäden. Diese Gesundheitsrisiken bedeuten « die Verletzung von elementaren Menschenrechten im ecuadorianischen Osten », eine These, die vom Zentrum für wirtschaftliche und soziale Rechte dokumentiert wurde (4).

Die indigenen Organisationen setzen sich daher vor allem für die legale Anerkennung ihrer Territorien und für ihr Recht ein, Bewirtschaftungspläne für ihre Territorien zu erstellen, und gehört und befragt zu werden, wenn Großprojekte von nationalen oder ausländischen Firmen geplant werden, die ihre Territorien betreffen.

Sie haben Resolutionen, Märsche und Besetzungen durchgeführt, um die Anerkennung ihrer Territorien zu erreichen, die einzige Garantie für ihr Leben als Volk. Sie verteidigen ihre Interessen in organisierter Form und haben stets mehr Berater, um diese Arbeit systematisch zu verfolgen.

Die legale Anerkennung der Territorien (5)

Der Prozess der legalen Anerkennung der Territorien der indigenen amazonensischen Gemeinschaften begann 1964. Die ersten administrativen Akte waren im Jahr 1966. In den fünf amazonensischen Provinzen wurden 2 048 242 Hektar an 12877 indigene Familien übergeben. 72% der Familien, die Land erhielten, leben in den Provinzen Napo und Morona Santiago. Die größten Gebiete, die zugesprochen waren, d.h. etwas weniger als 75% der legal anerkannten Territorien, waren in den Provinzen Pastaza und Morona Santiago. Nur ein Drittel derer, die Land erhielten, waren indigene Familien, die anderen waren Siedler. Aber die Indigenen erhielten zwei Drittel der übergebenen Territorien.

Zwischen 1991 und 1993 wurden weitere 52% vergeben — über die rechtlich anerkannten Flächen hinaus, die seit Mitte der 60er Jahre, als das Programm begonnen hatten.

Normen, die die territorialen Rechte garantieren:

1969 ratifizierte Ecuador die Konvention 107 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) von 1957 mit dem Dekret Nr. 1183, dessen Artikel 11 für das Land die Verantwortung festlegt, „das kollektive oder individuelle Eigentumsrecht der betreffenden (indigenen) Bevölkerung auf Land, das traditionell von ihnen besetzt war, anzuerkennen.“ Später kann man Widersprüche zwischen den nationalen Bestimmungen feststellen:

- ° 9.11.1977 Resolution des Leitungsrates des Agrarreforminstituts IERAC — Regelung für die Übergabe von Brachland, Artikel 2 .
- ° 9.11.1977 Resolution des Leitungsrates von IERAC — Regelung für die Zuweisung des Brachlandes, Artikel 5.
- ° 28.12.1978 Dekret 2092 — Gesetz der Besiedlung der Amazonasregion, Artikel 3.
- ° 9.11.77 Resolution des Leitungsrates von IERAC — Regelung für die Vergabe von Brachland, Artikel 43.
- ° 10. Juni 1994 Annahme des Agrarreformgesetzes — Hier scheint die Ambiguität zwischen Internationalen Normen und nationalen Regelungen gelöst zu sein, wobei die rechtliche Übertragung der Territorien, die traditionell von ihnen bewohnt wurden, befürwortet wird (6).

Legal anerkannte indigene Territorien befinden sich in verschiedenen Formen der legalen Zuschreibung. Es gibt ein breites Spektrum von Formen legaler Zuschreibung in Ecuador: individuelle Titel, kommunale Titel, Genossenschaften, Zentren, Vereinigungen von Zentren, ethnische Territorien etc.. All diese sind unter den legalen Prozessen im Rahmen der zivilen Rechte zu finden. Der Vorgang zum Erhalt eines Landtitels wird durch das ecuadorianische Institut für Agrarreform und Kolonisation, IERAC, vorgenommen. Der Anerkennungsprozess sieht folgendermaßen aus:

- Die indigene Gemeinschaft bildet eine Vereinigung und beantragt einen Landtitel bei dem Agrarreform-institut IERAC.
- Die Authentizität wird überprüft.
- Eine Erhebung des Territoriums wird vorgenommen.
- Eine endgültige Bestimmung des Territoriums wird vorgenommen.
- Eine Einschreibung in einem Provinzbuero wird vorgenommen.

Soziale und ökologische Auswirkungen der Ölerkundung und — förderung

Die traditionelle indigene Bewirtschaftung ist durch ihrer Diversität charakterisiert. Sie geht von einem breiten Wissen der großen Biodiversität aus (7). Es besteht ein starker Gegensatz zwischen der indigenen Kultur — als Bewirtschaftungsform — und der Extraktion eines einzigen Produktes ohne den Schäden vorzubeugen, die diese bei den ländlichen und Wasserökosystemen hervorrufen können.

Im allgemeinen haben die Umweltverträglichkeitsstudien die sozialen Aspekte kaum untersucht (8). jedoch im ecuadorianischen Oriente bedingen sich die Schäden an der Umwelt und an den Personen gegenseitig. Es gibt Familien, die kein sauberes Wasser haben zum Trinken, zum Baden oder um Wäsche zu waschen; Auch haben sie keinen Fisch zu essen. Es gibt Gemeinschaften mit hohen Unterernährungsraten und Personen mit Gesundheitsproblemen (9).

Unter den Kindern der Primarschule, zwischen 6 und 12 Jahren beläuft sich der Durchschnitt der Unterernährung auf 65-70 Prozent, und bei den noch kleineren Kindern ist er sogar noch höher. In einigen Siedlergemeinschaften, wie den Shuara, die am schlimmsten vergiftet wurden, erreichen die Unterernährungsindizes bis 98 Prozent (10).

Wir betonen die Auswirkungen des Erdöls, da sie eine außerordentliche Bedeutung erlangt haben und eine Auswirkungskette herbeigeführt haben (Straßen, Migration, Entwaldung, Vergiftung etc.), die den von ihnen genutzten Raum in eine Region des "langsamen Todes" verwandelt (11). Die Opfer haben keine Kenntnis der

bestehenden Risiken und sie haben keine effektiven juristischen Mittel um sich zu wehren.

Auf verschiedenen Ebenen entsteht die Sorge um die Auswirkungen der Erdöltätigkeiten in Ecuador (12). Die Weltbank verleiht einen Kredit zur Reparatur der Ölipeline SOTE (Sistema del Oleoducto Trans-Ecuatoriano) und bittet darum, dass mit 10 Prozent des Kredits ein Bewirtschaftungsplan der SOTE erstellt wird (13). Man schätzt, dass ein Leck der SOTE ein Auslaufen von 16,8 Mio. Gallonen Öl auf ecuadorianischem Territorium verursacht hat, das meiste im amazonensischen Wassereinzugsgebiet (14). Im Vergleich dazu entließen aus der Exxon Valdés im Prinz William Kanal von Alaska 10,8 Mio Gallonen Öl (15).

«Seit Beginn der Produktion 1972 sind über 19 Mrd. Gallonen der giftigen salzigen Flüssigkeit (die bei der Ölförderung austritt) ohne jegliche vorherige Behandlung in die Flüsse und Böden des ecuadorianischen Oriente abgeleitet worden» (16).

Forderungen aus einer nachhaltigen Perspektive

Der Weltbank zufolge werden in Zukunft Auswirkungen ganz anderer Art stattfinden, wenn die fragilen Ökosysteme nicht richtig eingeschätzt und bewirtschaftet werden, so z.B.

« der irreversible Verlust der erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen der Region und die Fähigkeit dieser Ressourcen ökonomische Beiträge auf regionaler und nationaler Ebene zu leisten » und

« im Laufe der Zeit die Verringerung der Kredite für wirtschaftliche Tätigkeiten angesichts der Erschöpfung und der fragilen Ressourcenbasis »

« Konflikte zwischen der indigenen Bevölkerung und den Siedlern. »

Die Weltbank malt ein alarmierendes Szenario aus: Schließlich wird eine Migration in die umgekehrte Richtung einsetzen, wenn die Leute sich genötigt sehen werden, das zu verlassen, was dann ein an Ressourcen armes Amazonien sein wird, was zu noch stärkerem Druck auf die nicht-amazonensischen Regionen beitragen wird (17).

1993 werden in Ecuador erstmalig alle Informationen zu den Umweltauswirkungen des Öls von der bereits zitierten nordamerikanischen Rechtsanwältin, Judith Kimmerling, publiziert. Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Zukunft sieht sie die Notwendigkeit:

- dass die Regierung eine unabhängige Kommission mit einer breiten Basis einsetzt (aus Vertretern indigener Völker, und Siedlern) die die Situation auswertet und einen Aktionsplan entwickelt.
- dass die Regierung die Einhaltung überwacht, die Fehler korrigiert, zusätzliche Zerstörung begrenzt.
- dass die Regierung Umweltanhörungen und Beratungen organisiert.

ECUADOR

- dass die Regierung Gesetze und Institutionen schafft, die die Ölindustrie regulieren.
- dass die Regierung die Interessen der Bewohner des ecuadorianischen Oriente respektiert, einschließlich der Rechte der Indigenen und ihrer Territorien, dass sie die Selbstbestimmung achtet und die Betroffenen entschädigt.
- dass die Regierung alle aktuellen Investitionspläne auf neuen Ölfeldern bedenkt.
- dass man den Ölgesellschaften keinen Zugang zu den Naturschutzgebieten gewährt.
- dass diese Aktivitäten nicht in indigenen Territorien ohne vorherige Ankündigung, Information und Beteiligung ihrer Bewohner durchgeführt werden.
- dass die Texaco einen Fond für Säuberungsarbeit anlegt, um die schon fertig genutzten Öllagerstätten zu rekultivieren. „Der Fond müsste genutzt werden, um Programme zur Kontrolle, Überwachung, Information und für ein Umweltmonitoring zu schaffen (18).

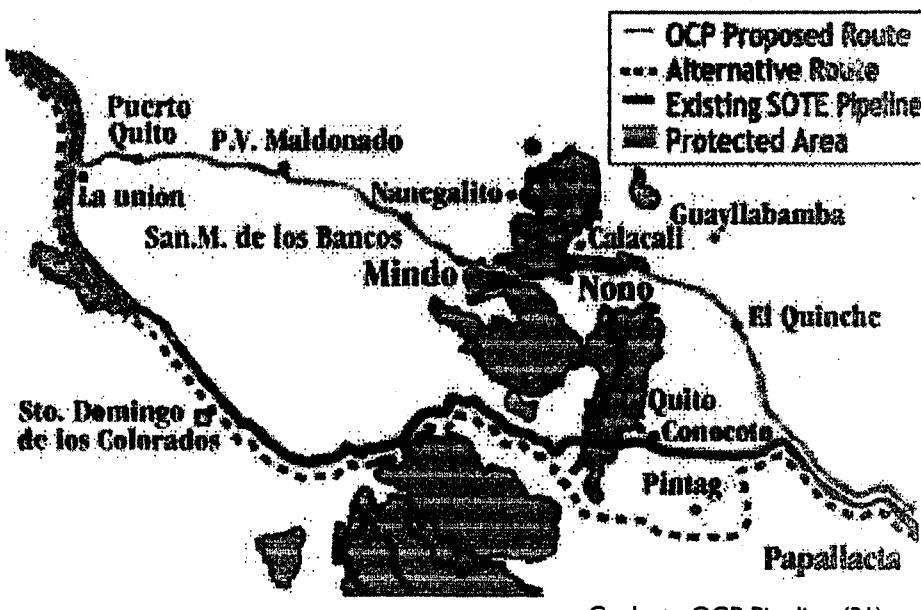
1994 wurden die Resultate einer Studie über die sozialen Auswirkungen von einem Ärzte-team und anderen Wissenschaftlern an der Universität Harvard in den Vereinigten Staaten publiziert. Dieses oben zitierte Team bildete ein Zentrum für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in Ecuador. Weiterhin studierten sie die staatliche Kontroll- und Verwaltungskapazität in Bezug auf Umweltfragen. Ihre Resultate zeigen Gesundheitsschäden

durch die Ölverseuchung auf, fehlende staatliche Kontrolle, sowie nicht vorhandene staatliche Verwaltungs-Präsenz. Sie schließen mit Empfehlungen:

- dass das staatliche Unternehmen sinnvolle Vorsichtsmaßnahmen treffen sollte, um die Umweltverschmutzung zu vermeiden.
- Dass der Staat Kontrollen dekretieren solle und Verwaltungseinheiten mit einer entsprechenden Ausstattung einrichten müsse, um diese zu implementieren.
- dass die Bevölkerung Informationen und legale Instrumente erhalten solle.
- dass die internationale Gemeinschaft diesen Prozess mit technischer und finanzieller Hilfe unterstützen solle. Außerdem wird es notwendig sein, die Schuldenfrage neu zu strukturieren (19).

Auf der Suche nach einer nachhaltigen Entwicklung hat die Föderation der Indigenen Organisationen, CONAIE, mit Unterstützung von Experten die Kriterien festgelegt, die in Zukunft befolgt werden müssen. Sie wenden sich an den Staat, die nationale Ölgesellschaft, die ausländischen Ölgesellschaften und die internationale Gemeinschaft und fordern

- dass die Texaco vor dem Nordamerikanischen Gericht verurteilt wird.
- dass die Forderungen der COFAN gegen Texaco unterstützt werden.
- dass die Teilnahme der betroffenen Gemeinschaften bei dem Entwurf, der Durchführung und Überwachung der sozialen und Umweltauswirkungen beteiligt werden.
- dass ein Entschädigungsfond für die Opfer der Zerstörung geschaffen wird, mit dem die vergifteten



Geplante OCP-Pipeline (21)

Territorien gereinigt werden.

- dass ein internationales Mediationsteam der Vereinten Nationen eingesetzt wird.
- dass die ecuadorianische Regierung die siebte Runde der Öl-Konzessionsvergabe absagt.

Angesichts dieser Forderungen ist es in jedem Fall im öffentlichen lokalen, nationalen und internationalen Interesse eine größere Transparenz der Information herzustellen(20). Für ein zukünftiges Monitoring und eine Vorsorge wird eine Kontrolle über ein kartographisches Informationssystem notwendig sein. Dieses muss auf der Basis einer sehr genauen Karte ausgearbeitet werden, die im Zuge der Prozesse der wirtschaftlichen Planung und Überwachung konsultiert werden können.

Dollarisierung und erneuter Pipelinebau

Sinkende Ölpreise lösten einen Niedergang der Wirtschaft aus. Strukturanpassungsprogramme hatten sehr gravierende soziale Auswirkungen. Der Staat wertete seine Währung wiederholt ab, worunter vor allem die Ärmsten zu leiden hatten. Seit Januar 2000 hat Ecuador dann den Dollar gegen den Sucre als nationale Währung eingetauscht. Das heißt, die Ecuadorianer können nicht mit beliebigen Produkten auf dem Weltmarkt Devisen erwirtschaften, sondern nur mit jenen, die dort auch nachgefragt werden. So kommt es, dass die ecuadorianische Regierung im Rahmen ihres « Aertura » (Öffnungs)-Programmes plant, Ölproduktion und Exporte zu verdoppeln und die Öl-Infrastruktur zu privatisieren, um ausländisches Kapital für ihre dollarisierte Wirtschaft zu interessieren.

Ein siebenköpfiges Konsortium wurde gebildet, das eine neue Pipeline für Schweröl, kurz als OCP (Oleoducto de Crudos Pesados) bezeichnet, aus dem Amazonasgebiet bis zum nördlichen Pazifikhafen und der dortigen Raffinerie entlang einer Trasse nördlich der Trasse der SOTE bauen will. Die neue Pipeline soll dann das Öl von fünf Ölfeldern der nationalen Ölgesellschaft und von den Ölfeldern der sieben Konsortium-Mitglieder befördern. Weltbank, Internationaler Währungsfond und die ecuadorianische Regierung bezeichnen dieses Projekt als einen Eckstein für den Wirtschaftsplan zur Erleichterung der Auslandsschuld. Für dieses Projekt ist die deutsche öffentliche Bank, Westdeutsche Landesbank, mit den in Aussicht genommenen 900 Mio. Dollar, der größte Finanzier.

Die nördliche Trasse wird offenbar aus ökonomischen Gründen von dem Konsortium, den zukünftigen Betreibern, bevorzugt, obwohl größte Umweltrisiken gegen sie sprechen (22).

- Sie soll durch einzigartige Regenwälder führen und bedroht elf Schutzgebiete, darunter das international anerkannte « Mindo-Nambillo »-Reservat, das zur ersten « Important Bird Area » Südamerikas erklärt wurde.

- Die Kapazitätsauslastung der geplanten OCP-Pipeline erfordert zudem eine deutliche Steigerung der Ölproduktion und Exploration in Ecuador. Dies stellt eine ernsthafte Bedrohung von Regenwäldern dar, die zu den artenreichsten auf der Erde gehören, wie etwa der « Yasuni-Nationalpark ».

- Die vom Ökotourismus lebende lokale Bevölkerung entlang der Trasse würde ihre Existenzgrundlage verlieren. Damit würde der aufstrebende, nachhaltige Wirtschaftszweig Ökotourismus insgesamt schwer geschädigt. Schätzungsweise 600 Mio. US-Dollar könnte die lokale Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren durch den Ökotourismus umsetzen — vorausgesetzt ihr Kapital, die einzigartigen Regenwälder, werden nicht zerstört.

- Unter Missachtung der Verfassung sind die Exi-

stenzängste, Sorgen und Alternativvorschläge der von dem Projekt direkt Betroffenen praktisch ignoriert worden.

Die weniger kontroverse Trasse geht nah entlang der bereits existierenden SOTE Pipeline (23). Mit der südlichen Trasse würde man die ökologisch gefährdete Mind Region verschonen. Eine zweite Pipeline parallel zur SOTE würde allerdings immer noch die Flussysteme und lokalen Gemeinschaften bedrohen ebenso wie die Gemeinschaften in der Nähe der Produktions- und Weiterverarbeitungsgebiete. Im übrigen sind größere Ölverunreinigungen entlang beiden Trassen wahrscheinlich, da es eine große Herausforderung ist, Rohöl über die geologisch instabile Andenregion zu befördern. So hat die SOTE allein in den letzten drei Jahren 14 Unfälle gehabt, bei denen größere Mengen Öl ausgeflossen sind.

Die im April fertiggestellte Umweltverträglichkeitsprüfung für die nördliche Trasse ist — nach der Meinung von Kritikern — höchst inadäquat. Trotz der starken Opposition von Wissenschaftlern, der Ökotourismus Industrie, den lokalen Gemeinschaften und Landbesitzern und ohne adäquate öffentliche Diskussion der Alternativen Trassen ist das Konsortium dabei die nördliche Route weiter zu verfolgen.

Risiko: Pipeline

Zur prekären Wirtschaftslage kommen die Probleme mit dem Nachbarland Kolumbien und dem Flüchtlingsstrom von Kolumbianern, die nach Ecuador fliehen, hinzu. Pipelines wurden in Kolumbien immer wieder zu militärischen Zielen in der Auseinandersetzung zwischen Guerilla und Militärs. Sie sind jedoch nicht nur in Kolumbien potentielle Angriffsziele, sondern inzwischen auch in Ecuador.

Nachdem kurz vor Weihnachten die Ölpipeline SOTE an mehreren Stellen in die Luft gesprengt wurde, wird erwogen, die Grenzprovinzen in den Ausnahmezustand zu versetzen und militärische Gouverneure einzusetzen. Auf den katastrophalen Zustand der Ökonomie wird sich das wohl kaum auswirken, da die Übernachfrage nach Grundnahrungsmitteln zu Preissteigerungen führte und andere Güter praktisch gar nicht mehr nachgefragt werden können und die Unternehmen vor dem Bankrott stehen. Auch der grenzübergreifende Handel zwischen Kolumbien und Ecuador ging um 65 Prozent zurück.

Dieses Pipeline-Attentat geschah, nachdem die ecuadorianische Regierung vertraglich — gegen den Widerstand von Bevölkerungsgruppen — in die Einrichtung der amerikanischen Militärbasis Manta einwilligte. Von dort starten Flüge in unmittelbarer Grenznähe zur Drogenbekämpfung im Süden Kolumbiens. Auf der ecuadorianischen Seite der Grenze, werden schon viele Kolumbianer betreut, die von den bei der Drogenbekämpfung angewandten Chemikalien vergiftet wurden. Wie es heißt, litten sie unter Hautreizungen und Atem-

ECUADOR

problemen. Allein vom Juli bis Dezember 2000 wurden 90000 Menschen vertrieben. 8000 Ecuadorianer, die in den illegalen Anbauregionen Kolumbiens als Blättereinsammler arbeiteten, sind ebenfalls direkt betroffen.

Ein Teil der Flüchtlinge ist bereits aus Ecuador nach Kolumbien „zurück“ in die immer heftigere kriegerischen Konfrontationen geflüchtet, da auch die ecuadorianischen Regionen vor unlösbare Probleme angesichts eines solchen Flüchtlingsansturmes gestellt sind.

Das UNO Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) rief Ecuador dazu auf, sich auf die Aufnahme von 20-30000 Kriegsvertriebenen vorzubereiten. Ecuadorianischer Widerstand für eine vollständige Neutralität in dem Konflikt drückte sich auch in dem am 19. September 2000 von der Ständigen Versammlung für Menschenrechte und den Organisationen der sozialen Bewegungen angestrengten Verfahren vor dem Verfassungsgericht aus, in dem die Unvereinbarkeit der Militärbasis mit der ecuadorianischen Verfassung verhandelt wurde. Sie ist jeglicher Kontrolle durch ecuadorianische Behörden entzogen. Im Januar 2001 wurde dann entschieden, die Basis sei verfassungsgemäß, dennoch will der ecuadorianische Staat neutral bleiben. Die Militärs sagen, es fehle ihnen an Fahrzeugen und Benzin, um den Eindringlingen entlang der fast 600 km langen Grenze zuvorzukommen, die Polizei stellt fest, sie habe nicht einmal genügend Kugeln. Ecuador stellt also Forderungen nach weiterer US Unterstützung. Schon jetzt bedrohen kolumbianische Paramilitärs auf ecuadorianischem Grund und Boden die kolumbianischen Flüchtlinge. Die Anwohner äußern, dass sie nicht in Konfrontationen hineingezogen werden wollen und notfalls die Region verlassen würden. Kolumbianer sind bereits dabei, in den Grenzregionen Land aufzukaufen. Die geschrüten Konflikte sorgen für fallende Preise. Anders ist es mit Grundstücken auf dem Land, hier besteht eine so hohe Nachfrage, dass die Preise steigen und damit natürlich der Druck auf den Wald, da die Neuankömmlinge erneut Coca anpflanzen wollen.

Ölproduktion, Schuldenberg — Perspektiven?

Seit 1972, als die erste Pipeline (SOTE) gebaut wurde, sind die Auslandsschulden von Ecuador von 217 Mio. Dollar auf 16 Mrd. Dollar gestiegen. Es sind heute 1100 Dollar pro Person. Ecuador hat die höchste Schuldenlast pro Person in Lateinamerika (24). In den zwanzig Jahren zwischen 1970 und 1990 vervierfachte sich der Prozentsatz der Leute, die arbeitslos waren. Der Prozentsatz der Leute, die in Armut leben verdoppelte sich fast, wie 1997 in dem UN Armuts-Bericht zu Ecuador festgestellt wird (25). Im Jahr 2000 nahm Ecuador 2,4 Mrd. Dollar aus dem Ölsektor ein. Davon wanderten 1,3 Mrd. in den Schuldendienst, 1 Mrd. wurde für die Pleite von kommerziellen Banken gezahlt, sodass weniger als 100 Mio. für die eigenen Ausgaben im Inland blieben.

Die hohe Kreditaufnahme und Verschuldung liegt (26) — wie Wirtschaftsbeobachter analysieren — an Korruption, fehlender Transparenz, geringer öffentlicher Partizipation an den Entscheidungsprozessen und an finanziell unklaren Investitionsentscheidungen. Dazu kommen die sehr instabilen Ölpreise, weshalb Ecuador den Rückzahlungen von Darlehen nicht nachkommen konnte.

Die Ureinwohner erhoben seit den 1980er Jahren zunehmend lauter ihre Stimme, und als eine der wenigen sozialen Kräfte auch in Zeiten, in denen es nicht mehr so opportun erschien, soziale Fragen zu stellen. Im Jahr 1994 erhoben sich Ecuador weit die Ureinwohner, um in der „Mobilisierung für das Leben“ gegen den Neoliberalismus in der Landwirtschaft zu protestieren. In ähnlicher Weise wandten sie sich 1997 allgemein gegen den Neoliberalismus als Wirtschaftsdoktrin des Präsidenten Abdalá Bucaram und forderten eine Verfassunggebende Versammlung. Die für das Jahr 1998 einberufene Versammlung anerkannte in der neuen Konstitution zum ersten Mal in der Geschichte Ecuadors kollektive Rechte der indianischen und schwarzen Gemeinschaften (Art. 84) und ermöglichte eine gewisse Selbstverwaltung (Art. 85). Die reformierte Verfassung spricht gleichwohl nicht von „indigenen Völkern“, sondern behandelt die indianischen Nationalitäten als „Minderheiten“. Nicht nur deswegen flauteten die Protestbewegungen nicht ab, und im gleichen Jahr, 1998, nahmen die Ureinwohner die Umtriebe der Banken sowie die Gas- und Kraftstoffpreise ins Visier. Bis heute fließt der Großteil der staatlichen Einkommen in private Taschen, und Investitionen in zukunftsträchtige Unternehmungen unterbleiben. So wurden die von der nationalen Dachorganisation der Ureinwohner — CONAIE — ausgerufenen Protestaktionen in den Jahren 2000 und 2001 zum Kristallisierungspunkt für Proteste gegen Skandale, Korruption und Niedergang staatlicher Institutionen zur Regulierung sozialer Probleme. Im Januar 2000 erreichte die Mobilisierung sogar den Rücktritt des damaligen Präsidenten Jamil Mahuad, nachdem Vertreter der CONAIE sich zuvor mit Militärführern traf und um Unterstützung für eine grundlegende Lösung für die wirtschaftliche und soziale Krise in Ecuador warb. Viele Ureinwohner waren aus weit entlegenen Dörfern gekommen, um auf ihre außerordentlich prekäre Lage sowie der gesamten ecuadorianischen Volkes hinzuweisen. Ein Indiz für den sozialen Niedergang ist die Rate der Unterbeschäftigung, die in den letzten Jahren um die 60 Prozent betrug. Ebenfalls 60 Prozent der ökonomisch aktiven Bevölkerung verdienen weniger als zwei US-Dollar pro Tag.

Seit Anfang der 1990er Jahre nehmen indigene Repräsentantinnen und Repräsentanten auf gemeinsamen Listen mit anderen an Wahlen teil und erzielen respektable Ergebnisse. Im Jahr 1996 traten Repräsentanten der CONAIE und andere Delegierte der Ureinwohner auf einer gemeinsamen Liste mit anderen sozialen Be-

wegungen, dem Movimiento Plurinacional Pachakutik - Nuevo País, zur Wahl an. Die Liste errang insgesamt acht Sitze; darunter ein Mandat für den Indígena-Präsidenten Valerio Grefa. Inzwischen konnte sich Pachakutik etablieren. Es gibt vier Sitze allein für Ureinwohner-Vertreterinnen und —Vertreter. Mitglieder der Pachakutik regieren 34 Bürgermeistereien und fünf Präfekturen. Einige Vertreter konnten allerdings den Erwartungen nicht gerecht werden, sondern versanken anschließend gleichfalls im Sumpf der Korruption. Gegen die jüngst erfolgte Ernennung von Luis Maldonado zum Sozialminister, ein renommierter Repräsentant der Ureinwohner, erhob sich Protest unter den Indianer-Organisationen.

Dass es überhaupt soweit kommen konnte, besagt allerdings einiges über die Veränderung der gesellschaftlichen Akzeptanz gegenüber den Ureinwohnern des Landes. Die Mobilisierungen der Ureinwohner in den 1990er Jahren gelten nicht umsonst als ein wesentlicher Beitrag zur demokratischen Öffnung des Landes. Die Bewegungen erbrachten neben den erwähnten Verbesserungen in der Verfassung auch reformierte gesetzliche Verfahren zur Umweltverträglichkeit von Projekten. Gleichwohl mussten Land- und Nutzungsrechte der Ureinwohner an Ressourcen im Zweifelsfall immer hinter das Verwertungsinteresse des Staates an Grund und Boden zurücktreten. Die Konsultationsrechte in der Umweltschutzgesetzgebung wurden mittlerweile wieder beschnitten. Ecuador stand längere Zeit nicht auf der Agenda der kritischen internationalen Öffentlichkeit. Durch die Proteste gegen die Ölipeline im Norden des Landes könnte sich dies ändern und auch wieder neue Handlungsräume nicht nur für die Ureinwohner eröffnen.

Was tut die internationale Gemeinschaft gegenüber den ecuadorianischen Problemen? Umweltschützer auf der einen Seite (UNEP, UNCED, IUCN etc.) und Finanzinstitutionen auf der anderen Seite (Weltbank, IWF) fordern diametral unterschiedliche Politiken.

Wenn wir nach einer lokal, national und international nachhaltigen Politik fragen, so sind Judith Kimerlings Forderungen nicht überholt, sondern sogar noch aktueller als zuvor. Es kann dann nur darum gehen,

- die Schulden zu erlassen
- mittelfristig die Ursachen für die Schuldenanhäufung zu bekämpfen durch mehr Transparenz national und international, mehr öffentliche Partizipation an den Entscheidungsprozessen und
- Förderung der alternativen Energiequellen, die immer noch billiger sind, als die langfristig externalisierten sozialen und ökologischen Kosten der weiteren Vernichtung des Regenwaldes und der Vergiftung seiner Flüsse.

Dieses ist die eigentliche Herausforderung der West-

deutschen Landesbank, sich nach öffentlichen Debatten für die nachhaltige Strategie einzusetzen. Ein anderer Weg ist gleichbedeutend mit einer Hypothek für zukünftige Generationen, die nicht mehr beglichen werden kann.

Clarita Müller-Plantenberg

Universität Gh Kassel

Quellen:

- 1) Acción Ecológica: Amazonia por la Vida, Guía Ambiental para la defensa del Territorio Amazonico Amenazado por las Petroleras, Quito 1994
- 2) Jorge Uquillas: Adjudicación y demarcación de territorios indígenas en la cuenca Amazónica: el caso del Ecuador, en: CEREC/GAIA (1993): Reconocimiento y Demarcación de Territorios Indígenas en la Amazonia, Bogotá 1993, S. 91
- 3) Las Nacionalidades Indígenas en el Ecuador 1989, p.285-303.
- 4) CESR : Violaciones de derechos en la Amazonía Ecuatoriana, las consecuencias humanas del desarrollo petrolero, Quito 1994, S. 17.
- 5) Roque Roldán u.a.: Consolidación de Tierras / Territorios Indígenas, El Caso del Ecuador, TCA, Ministerio de Relaciones, Lima 1994
- 6) Für weitergehende Details vgl. R. Roldán a.a.O.
- 7) Ph. Descola: La Selva Culta, Simbolismo y praxis en la ecología de Is Achuar, Quito 1989; Hames, Raymond B.; Vickers, William T.: Teorías sobre las respuestas adaptativas de los nativos de la Amazonía, Quito 1987; Naikiai, Verónica: El uso del ecosistema en el antiguo pueblo Shuar, en: Juncosa, José E. (comp.): Los Guardianes de la Tierra, Los indígenas y su relación con el medio ambiente, Quito 1992.
- 8) Judith Kimerling (mit der Federación de Comunas Unión de Nativos de la Amazonía Ecuatoriana), Crudo Amazónico, Quito 1993.
- 9) A.a.O., S. III.
- 10) A.a.O. S. 108.
- 11) Ausdruck eines Siedlers zitiert nach Kimerling 1993, S. 108.
- 12) Chris Jochnick, Roger Normand, Sarah Zaidi: violaciones de derechos en la Amazonía Ecuatoriana, Las Consecuencias Humanas del Desarrollo Petrolero, Centro para Derechos Económicos y Sociales, Quito Enero-Marzo 1994, S. 19.
- 13) Kimerling a.a.O. S. 85.
- 14) DIGEMA 1989, zit. nach Kimerling, a.a.O., S. 1,50.
- 15) Kimerling, S. 50.
- 16) Kimerling, a.a.O. S.44.
- 17) The World Bank 1989 zit. segùn J.Kimerling 1993, S.66.

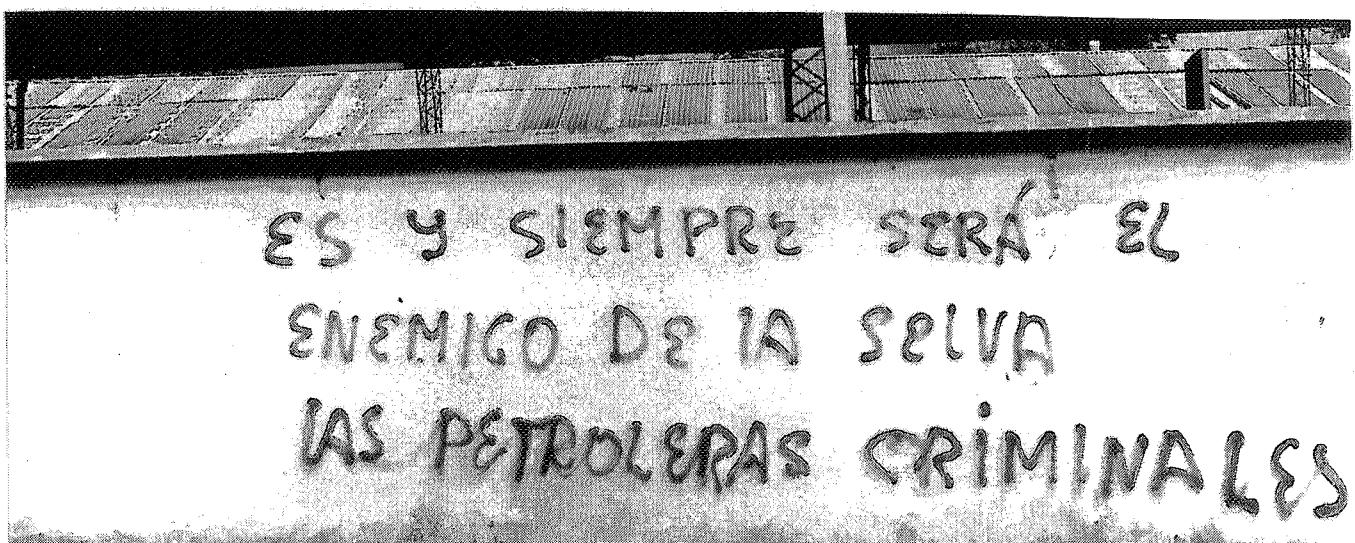
ECUADOR

- 18) Kimerling, S. 125.
- 19) Chris Jochnik u.a., a.a.O.
- 20) Chris Jochnik u.a., S. 7-9.
- 21) OCP ist ein Konsortium, das von sieben multinationalen Konzernen gebildet wird: Occidental Petroleum (USA), Alberta Energy (Canada), Kerr Mc Gee (USA), AGIP (Italien), Perez Company (Argentinien), Repsol-YPF (Spanien und Techint (Argentinien).
- 22) Pro Regenwald Update München 1.9.2001
- 23) Amazon Watch, Mega-Projekt Alert, The New Heavy Crude Pipeline in Ecuador, April 2001 (?).
- 24) Centro de Derechos Economicos y Sociales: El petroleo no es eterno, Quito 1999, zitiert nach Amazon Watch , Mega Project Alert, OCP Alert
- 25) zit. Nach Amazon Watch
- 26) Amazon Watch a.a.O.S.5

Demonstration /
Manifestación en Quito



Graffiti gegen die Ölkonzerne / Graffiti contra las petroleras



Intereses estatales y multinacionales petroleras

Qué papel juega la comunidad internacional?

Amazonía por la vida

Amazonía por la vida - es el título de una guía sobre medio ambiente, publicada en 1994 por un grupo ambientalista (1) que promueve la defensa del territorio amazónico, amenazado por las multinacionales del petróleo. En ella se identifican en primer plano la concordancia de los territorios indígenas con las concesiones petroleras otorgadas por el estado ecuatoriano a diversas empresas (comparar gráficas 1 y 2). En la gráfica 3 se pueden observar las consecuencias de las inversiones por un lado, la construcción de carreteras para facilitar la exploración y explotación petrolera, lo cual facilita la migración desde otras regiones del país sobre todo del altiplano - hacia las tierras vírgenes de la Amazonía. Por otro lado, se puede constatar que el territorio ancestral indígena es cruzado por reservas naturales (gráficas 1 y 4), a las que a su vez se superponen las concesiones petroleras (gráficas 2 y 4). El círculo

vicioso de la ocupación ilegal de territorios indígenas, la destrucción de los parques naturales a través de la explotación petrolera, la tala de la selva tropical van a sufrir un cambio radical debido a la dolarización de la economía nacional.

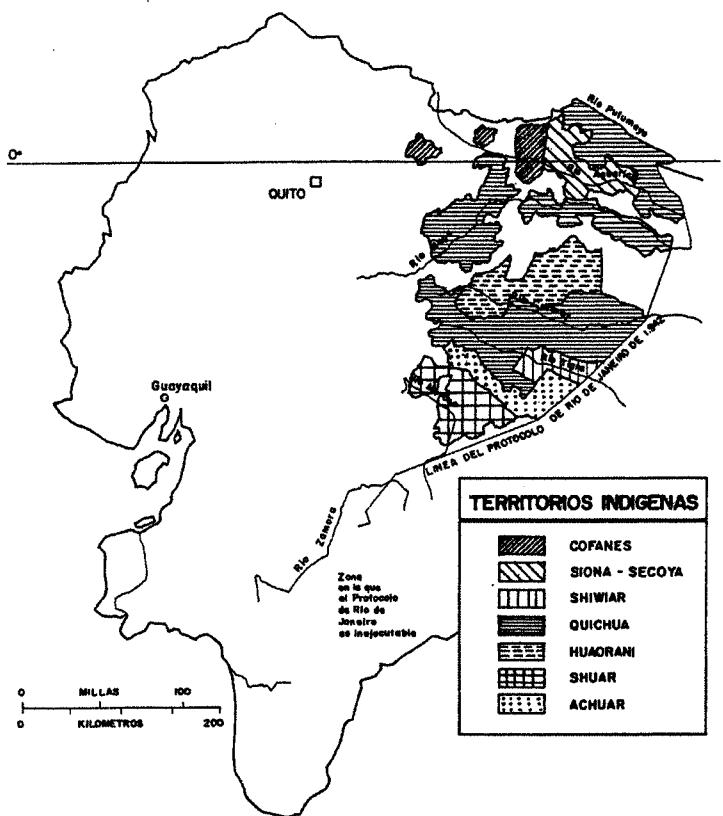
Historia de los ciclos de las materias primas en el oriente ecuatoriano

El interés por las materias primas empezó prácticamente con la conquista del continente americano y aún no disminuye. Constantemente han sido extraídos nuevos materiales de la selva tropical amazónica. Incluso posterior a la colonia aumentó la búsqueda de tanpreciadas materias primas. En consecuencia, se hizo necesario desarrollar más la técnica de explotación, el transporte y la infraestructura de la región con resultados irreversibles para la Amazonía.

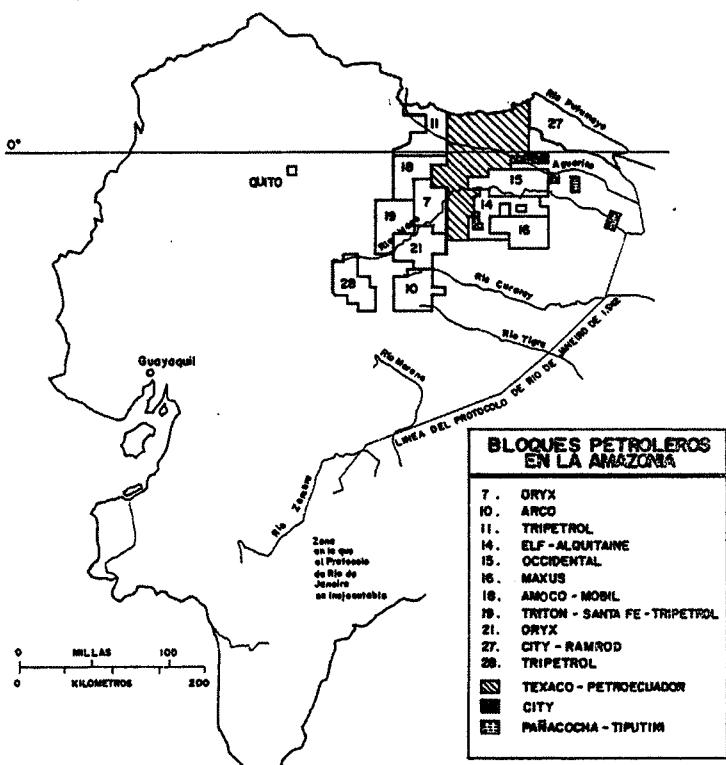
Ciclos de las materias primas en la Amazonía ecuatoriana

- * 1559-1563 Algodón, Oro, etc. - Inicio de la administración colonial
- * 1850-1940 Caúcho - Explotación a través de empresas angloperuanas, ecuatorianas y colombianas
- * En el siglo veinte las empresas petroleras incentivan la colonización del oriente, construyen carreteras, establecen regiones militares y reservas naturales
- * En los años sesenta del siglo veinte, se desarrollan procesos espontáneos de ampliación de la frontera agrícola y programas de colonización del estado ecuatoriano. En estas zonas se implantaron grandes plantaciones de palma africana y unidades de pastoreo vacuno, desalojando a los migrantes del altiplano.
- * A principios de los años setenta, es construido el primer oleoducto (SOTE) dando inicio a la exploración y explotación petrolera en la Amazonía ecuatoriana. El sector petrolero representa en 1992 el 40 % del producto interno bruto, el 30 % de la deuda externa y el 43 % de las exportaciones del país.
- * Con la supresión del sucre y la introducción del dólar como moneda nacional, se agudiza más la dependencia de las exportaciones petroleras. Los planes del gobierno son doblar la exportación hasta el año 2003 y construir para esto un segundo oleoducto de crudos pesados (OCP).

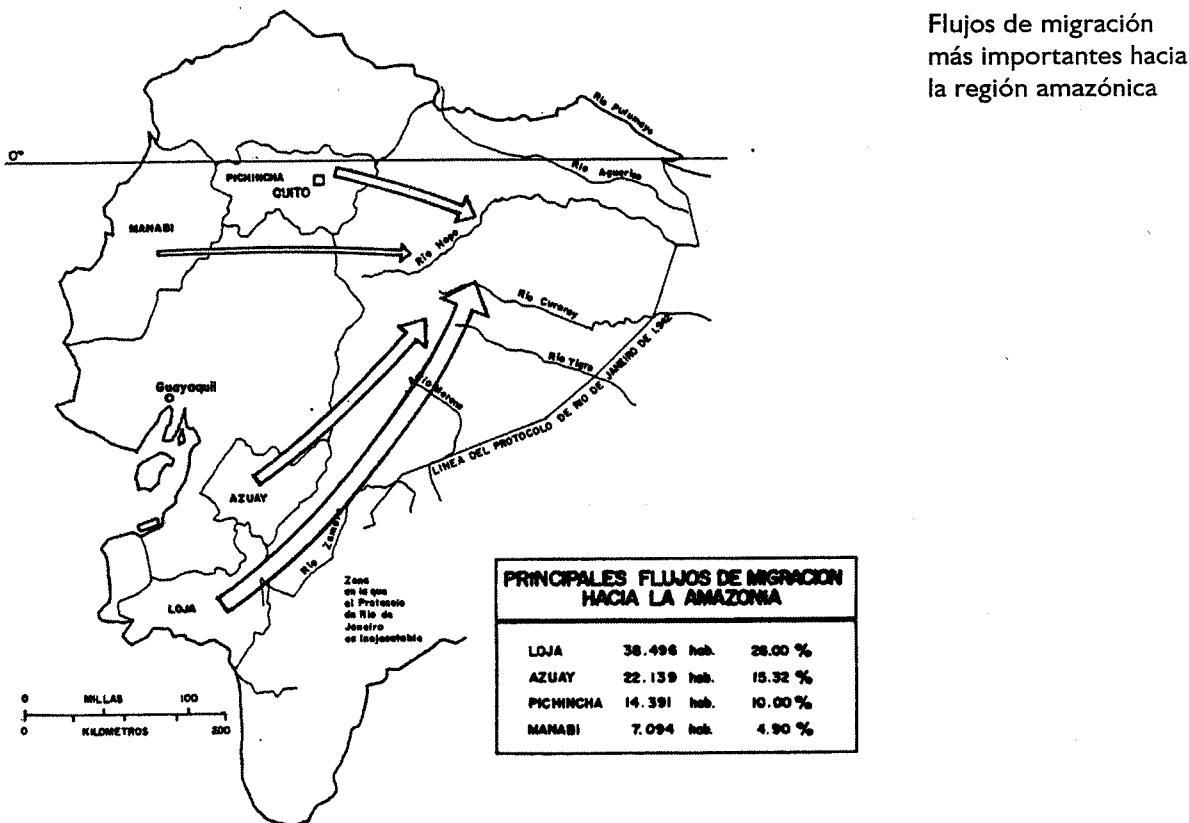
Territorios indígenas



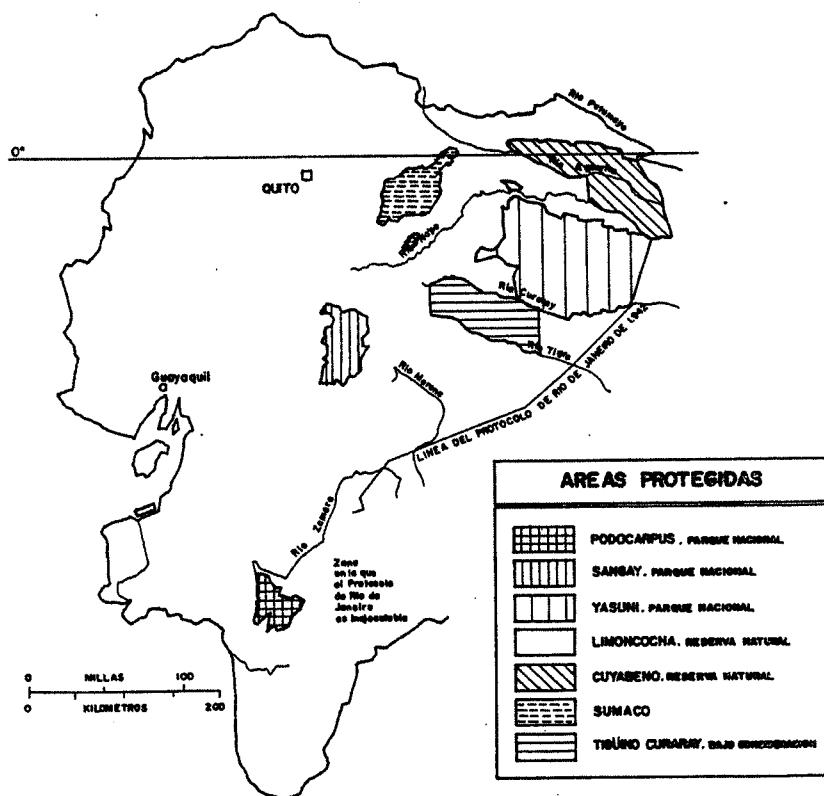
Concesiones petrolíferas
en el Amazonas



ECUADOR



Reservas naturales



Intereses indígenas

Según el gobierno ecuatoriano, la población indígena del país asciende a 15 % del total de 12 millones de habitantes. Estudios de las Naciones Unidas, cifras de organizaciones de derechos humanos y de los mismos aborígenes nos hablan de un mayor porcentaje. El experto responsable para pueblos indígenas del Alto Comisionado de Derechos Humanos, Julián Burger, calcula un mínimo de 3,1 millones, esto sería un 25 % de la totalidad de la población. La Organización Indígena del Ecuador (CONAIE) habla de más de un 40 % del total de la población ecuatoriana, esto significa, más de 4 millones de aborígenes.

La mayoría de estas poblaciones, de 3 a 4 mil, es descendiente de la familia Quechua y vive en la región andina como pequeños campesinos. En la región plana de la cuenca amazónica viven solamente unos 150.000 indígenas repartidos en seis etnias.

La diferencia en las cifras no es gratuita. Entre menos aborígenes existan oficialmente, menos fondos tiene que

colocar el gobierno a disposición, para cumplir con el mandato constitucional respecto a educación bilingüe, a la implementación de los derechos de participación y consulta, sin tomar en cuenta los derechos sobre la tierra. Por parte de los aborígenes, la respuesta a la cuestión sobre la identidad étnica depende del entrevistador, ya que los miembros de comunidades indígenas que reconozcan pertenecer a una determinada etnia siguen siendo discriminados. Por tanto, en la región andina las personas prefieren ser identificadas como pequeños campesinos. No obstante la movilización social de los aborígenes ha reportado reconocimiento social haciendo que el miedo a la discriminación disminuya en los últimos tiempos.

En el Ecuador hay nueve pueblos indígenas, seis de ellos viven en la Amazonía. Los Tetetes y los Záparos, que vivían al norte y al centro de esta región, fueron extinguidos en las últimas décadas (3) y los - Siona Secoya, como los Cofán - se encuentran en peligro de extinción. Esta problemática, tiene que ver con las consecuencias ecológicas y sociales de la explotación de la materia prima.

Los pueblos indígenas del Ecuador según regiones

Nacionalidad	Población	Ubicación
Amazonía		
Quichua	70 000	Napo Pastaza Sucumbíos y Zamora
Shuar	60 000	Morona-Santiago, Pastaza
Achuar	3 000	Morona-Santiago, Pastaza y Zamora
Huaorani	1 600	Napo
Siona-Secoya	500	Sucumbíos y Napo
Cofán	650	
Sierra		
Quichua		Carchi, Imbaburo, Pichincha, Cotopaxi
		Tungurahua, Bolívar, Chimborazo,
		Cañar,
		Azuay y Loja
Costa		
Awa		Carchi, Esmeraldas e Imbaburo
Cachi		Esmeraldas
Tsachila		Pichincha

Fuente: R. Roldán (1994): Diagnóstico del Caso de Ecuador, en: Ministerio de Relaciones Exteriores del Perú / Tratado de Cooperación Amazónico (1994): Tierras y Territorios Indígenas en la Amazonía, elementos jurídicos para un diagnóstico regional, diagnóstico del caso de Ecuador, Lima. * Las Nacionalidades Indígenas en el Ecuador 1993, p. 283

ECUADOR

La región amazónica comprende 48% del territorio nacional. En su mayoría son suelos frágiles que estaban cubiertos por selva tropical. Hasta 1982 emigró sin embargo una quinta parte de la totalidad de la población hacia esa región. Dos tercios de ellos, emigraron después de 1972 cuando se inició la producción petrolera en el oriente del país (Uquillas, Davis 1992, p. 92 - 111). Paralelo a la subida del precio del petróleo en el mercado internacional, se modifica la legislación ecuatoriana sobre el medio ambiente en 1971 (Kimerling 1993). El camino queda expedito para la creación de una empresa estatal y sistemas de asociación, como por ejemplo, la subcontratación o servicios prestados a otras empresas (R. Roldán 1994).

En 1972 se construye el sistema transecuadoriano de oleoductos (SOTE) con 391 kilómetros de red secundaria de oleoductos, 106 kilómetros de líneas de conducción, así como 305 km. de un gasoducto. Los tres consorcios más importantes controlan 905.192 hectáreas (Kimerling 1993, p. 21).

Las industria petrolera ha construido 500 km. de carretera. Los migrantes del altiplano se asentaron al comienzo a lo largo de ella. Luego llegaron los grandes ganaderos y terratenientes de la palma africana y com-

praron sus tierras. A partir de ahí se aceleró la tala de los bosques amazónicos, sumándosele el aumento creciente del interés del mundo por los recursos naturales de esta región, pulmón del mundo.

La tala anual de la selva tropical comprendía a fines de la década de los ochenta 3000 km. esto es, 4% del área original de bosques (Norman Myers 1989, pag. 7). Causas principales de la migración, han sido por un lado, la superpoblación de la región andina y por otro, la erosión de las laderas debido a su utilización intensiva para la producción agrícola (70 %). Así mismo, se explica también por las perspectivas de trabajo que los Quechua tienen en las empresas petroleras.

El aumento de la población amazónica es incompatible tanto con los suelos frágiles, como con el ecosistema de la selva tropical amazónica. Los aborígenes son desterrados de sus territorios, los ríos contaminados, sus bosques talados. En este contexto, el reconocimiento del derecho sobre sus territorios es de importancia estratégica. La creación de las organizaciones indígenas se hizo necesaria para asegurar la supervivencia y defender el territorio, situado en medio de intereses nacionales e internacionales.

Organizaciones indígenas del Ecuador

Confederación de Nacionalidades Indígenas de Ecuador, CONAIE

Confederación de las Nacionalidades Indígenas de la Amazonía Ecuatoriana, CONFENIAE

*Federación de organizaciones Indígenas Sucumbíos-Ecuador FOISE (J.C.A.)

*Federación comunas Unión nativos de la Amazonía FCUNAE

*Federación de organizaciones Indígenas de Napo FOIN

*Organización de Pueblos Indígenas de Pastaza OPIP

*Organización Indígena Secoya del Ecuador OISE

*Nacionalidad Huao

*Nacionalidad Siona

*Nacionalidad A'íl (Cofan)

*Federación de Centros Shuar Achuar

*Federación Independiente del Pueblo Shuar del Ecuador FIPSE

Ecuarunari (Sierra)

*Imbabura Runacunapac Jatun Tantanacui INRUJTA Federación Indígena y Campesina de Imbabura FICI

*Pichincha Riccharimui

*Movimiento Indígena de Tungurahua MIT

*Bolívar Runacunapac Riccharimui Federación Campesina de Bolívar FECAB-BRUNARI

*Fundación Yachana Huasi

*Movimiento Indígena de Chimborazo MICH

*Federación de Organizaciones Indígenas de Chimborazo FOICH

*Unión provincial de Cooperativas y Comunas del Cañar UPCCC

*Unión Campesina del Azuay UNASAY

*Coordinadora Interprovincial de Indígenas Saraguros CIOIS

*Movimiento Indígena de Cotopaxi MIC

Coordinadora de Organizaciones Indígenas de la Costa Ecuatoriana (COICE)

*Federación AWA, Federación CHACHI, Gobernación TSACHILA

Los indígenas y su territorio - Reconocimiento legal y producción sustentable

El éxito que han logrado los pueblos indígenas por el reconocimiento legal de sus territorios, es sin duda el producto de sus luchas desde la época de la conquista (3). Desde entonces buscan defender su cultura y sus tierras. Las organizaciones indígenas de la Amazonía son una respuesta a la expansión de formas de producción que los obligan a emigrar. Las formas de trabajar la tierra no son compatibles con sus técnicas de producción sostenible. Esta ocupación, mejor dicho, „conquista tardía“ conduce a la desintegración de sus comunidades, reduce su población, generando la atomización de sus miembros.

Los indígenas amazónicos ecuatorianos utilizan cada vez más sus organizaciones como instrumentos de defensa contra la destrucción de sus bosques, envenenamiento de los ríos, contaminación de sus territorios y aire. Los procesos de envenenamiento traen consigo enfermedades como cáncer, daños en el sistema neurológico y malformaciones genéticas. Estos riesgos para la salud significan la violación de derechos humanos fundamentales en el oriente ecuatoriano, tesis documentada por el Centro de derechos sociales y económicos (4).

Estas son las razones que llevan a las organizaciones indígenas a luchar por el reconocimiento legal y por el derecho a ejecutar planes de utilización económica de sus territorios. Esto supone el derecho a ser escuchados y consultados cuando las empresas nacionales o extranjeras planifican grandes proyectos que conciernen con sus territorios.

Los indígenas han organizado marchas, ocupaciones, expedido resoluciones para lograr el reconocimiento de sus territorios, como única garantía para la vida de su pueblo. Ellos defienden sus intereses de forma coherente y responsable, cuentan con la presencia de asesoría para asegurar la efectividad de su trabajo.

El reconocimiento legal de los territorios 5

El proceso del reconocimiento legal de los territorios indígenas de las comunidades amazónicas empezó en 1964. Los primeros actos administrativos datan de 1966. En las cinco provincias amazónicas fueron entregadas 2.048.242 hectáreas a 12.877 familias indígenas. 72 % de las familias beneficiadas viven en las provincias Napo y Morona Santiago. Las áreas mayores adjudicadas, esto es, menos del 75% de los territorios legalmente reconocidos, se encontraban en las provincias de Pastaza y Morona Santiago. Solamente una tercera parte de la totalidad de los beneficiarios eran familias indígenas, los otros eran colonos. No obstante recibieron los indígenas dos terceras partes de las adjudicaciones.

Entre 1991 y 1993 fue repartido otro 52 %, además de las áreas reconocidas legalmente desde que se inició el programa a mediados de los años sesenta.

Normas que garantizan los derechos territoriales

En 1969 ratificó Ecuador la convención 107 de 1957 de la Organización Internacional del Trabajo (OIT), a través del decreto 1183 que en su artículo 11 respectivo a la responsabilidad de la Nación, establece: „reconocer el derecho de propiedad colectiva o individual de la población respectiva (indígena) sobre la tierra que tradicionalmente ha ocupado“. Posteriormente se notará una desarmonía entre las resoluciones nacionales:

- Noviembre 11 de 1977 - Resolución del consejo directivo del Instituto de Reforma Agraria Ecuatoriano.
- Noviembre 11 de 1977 - Reglamentación de la conversión de baldíos, artículo 2 y reglamentación de la adjudicación de baldíos, artículos 5 y 43.
- Diciembre 28/78 - Decreto 2092 - Ley de colonización de la región amazónica, artículo 3
- Junio 10 de 1994 - Entra en vigencia la ley de reforma agraria. Aparece aparentemente solucionada la ambigüedad entre normas internacionales y reglamentaciones nacionales, incluyendo la entrega legal de los territorios que han sido ocupados tradicionalmente por los indígenas (6). Los territorios indígenas se encuentran cobijados por diferentes formas jurídicas de adjudicación: títulos individuales, comunales; cooperativas, centros, asociaciones de centros; territorios étnicos, etc. Estas diversas formas están enmarcadas como procesos legales dentro de la legislación sobre derechos civiles. El trámite para obtener un título agrario se efectúa a través del Instituto Ecuatoriano de Reforma Agraria y Colonización (IERAC). El proceso de reconocimiento, incluye los siguientes pasos:

1. La comunidad indígena conforma una asociación y solicita un título agrario al Instituto de Reforma Agraria IERAC.
2. Se comprueba la legalidad
3. Se efectúa una medición y comprobación del territorio
4. Se establece finalmente cual es el territorio a adjudicar
5. Se realiza la inscripción ante una oficina provincial

Consecuencias sociales y ecológicas de la exploración y explotación petrolera

La agricultura tradicional indígena es muy diversificada, como corresponde al amplio conocimiento que poseen sobre la biodiversidad de la región (7). Existe una fuerte oposición entre la cultura indígena, en su forma de producción y la explotación de un solo producto, que no previene el daño que puede provocar en los sistemas ecológicos acuáticos y territoriales.

En general, los estudios sobre los impactos de la exploración y explotación petrolera no han investigado los aspectos sociales (8). Sin embargo „los daños a las personas y al medio ambiente en el oriente ecuatoriano

ECUADOR

ocurren a la par. Existen familias que carecen de agua potable, y la piscicultura ha desaparecido. Como consecuencia de esto existen comunidades con un alto grado de desnutrición y graves problemas de salud en sus integrantes... "(9)

Entre los niños de la escuela primaria entre seis y doce años de edad, un 65 a 70 % sufre de desnutrición y en las edades inferiores el porcentaje es aún más alto. En algunas comunidades como en el Shuara, donde la contaminación es bastante grave, el índice de desnutrición llega hasta el 98 % (10).

Nosotros recalcamos los impactos del petróleo, por el significado extraordinario que han alcanzado y por la cadena de consecuencias que producen a diversos niveles, con la migración, la construcción de carreteras, con la tala de bosques, la contaminación, etc. El territorio utilizado por ellos es transformado en un espacio „que muere lentamente“ (11). Las víctimas desconocen los riesgos allí implícitos y carecen de medios jurídicos efectivos.

A diferentes niveles surge la preocupación sobre las consecuencias de los trabajos petroleros en el Ecuador (12). El Banco Mundial aprueba un crédito para la reparación del oleoducto SOTE (Sistema de Oleoducto Trans-Ecuatoriano) y pide que se desarrolle con 10 % del crédito un plan de protección ambiental (13). Se calcula que una avería del tubo del oleoducto de SOTE derramó 16,8 millones de galones de petróleo sobre el territorio ecuatoriano, su mayoría en la región de afluentes del Amazonas (14). En comparación, se derramaron en el Canal del Príncipe Willian en Alaska del Exxon Valdés 10,8 millones de galones del mismo líquido (15). „Desde que comenzó la producción petrolera en 1972 se han vertido 19.000 millones de galones de un líquido salado y venenoso residual de esta producción, sin ningún tratamiento, en los ríos y suelos orientales ecuatorianos (16).

Exigencias desde la perspectiva de desarrollo sostenible

El Banco Mundial analiza que en el futuro surgirán consecuencias de otro tipo si los sistemas ecológicos frágiles no son utilizados en su debida forma, así por ejemplo podemos interpretar el contenido de las siguientes citas:

„.... La pérdida irreversible de los recursos renovables y no renovables de la región y la capacidad de esos recursos de aportar económicamente a nivel nacional e internacional-, „en el transcurso del tiempo disminuirán los créditos para labores económicas debido al agotamiento y fragilidad de las materias primas-, „surgirán conflictos entre la población indígena y los colonos. El Banco Mundial pinta un escenario incierto: Finalmente habrá una „migración en dirección contraria“, cuando „las personas se vean obligadas a abandonar lo que entonces será una Amazonía pobre en recursos naturales.

Esto aumentará la presión sobre las regiones no amazónicas“ (17).

En 1993 son publicadas por primera vez todas las informaciones sobre las consecuencias ambientales del petróleo, por la jurista norteamericana Judith Kimerling. En su perspectiva sobre un futuro sustentable considera necesario que:

1. el gobierno determine una comisión independiente con una base social amplia (representantes de los pueblos indígenas y colonos) para analizar la situación y desarrollar un plan de acción
2. el gobierno supervise su cumplimiento, corrija errores, y limite el aumento de la destrucción; que organice audiencias y asesorías medioambientales
3. el gobierno cree leyes e instituciones para reglamentar a la industria petrolera, haciendo respetar los intereses de los habitantes del oriente ecuatoriano incluyendo los derechos indígenas a sus territorios, para que sea reconocido su derecho a la autodeterminación y a la indemnización
4. el gobierno revise todos los planes actuales de inversión en nuevos pozos petroleros y que no se permita su exploración y explotación en las reservas naturales
5. las actividades a realizar en territorios indígenas no se desarrollen sin previo aviso, información y consulta de sus habitantes
6. la TEXACO establezca un fondo para la recuperación de los territorios afectados por la industria petrolera, „el cual debe ser utilizado para desarrollar programas de control, supervisión, información y creación de un sistema de monitoría en el área ambiental (18).

En 1994 fueron publicados los resultados de un estudio realizado por un equipo médico y otros científicos de la Universidad de Harvard de los Estados Unidos de Norteamérica, sobre las consecuencias sociales de la producción petrolera. Este equipo fundó un centro por los derechos económicos, sociales y culturales en Ecuador. Además profundizaron en la investigación sobre la capacidad de control estatal y administrativo en relación con problemas ecológicos. Los resultados demuestran daños ecológicos debido al petróleo y a la falta de presencia física y controles administrativos estatales. Sugieren las siguientes recomendaciones:

1. la empresa estatal debería tomar medidas preventivas para evitar la contaminación ambiental.
2. el estado debería decretar controles y destinar unidades administrativas con sus respectivos instrumentos de trabajo para efectuarlos.
3. Definir una política clara de información a las poblaciones afectadas y reciban la posibilidad de acceso a instrumentos legales
4. la comunidad internacional debería apoyar este proceso con ayuda técnica y financiera. Además es necesario reestructurar la deuda del país (19).

En la búsqueda de un desarrollo sustentable, la Federación de Organizaciones Indígenas CONAIE, determinó los criterios a seguir en el futuro, contando con el apoyo de expertos (20). Su moción está dirigida al Estado, a la empresa petrolera nacional, a las empresas petroleras extranjeras y a la comunidad internacional. Sus exigencias son las siguientes:

- Que la TEXACO sea sentenciada por un juzgado norteamericano, y que las reivindicaciones de la COFAN sean también tomadas en cuenta.

- Que la participación de las comunidades afectadas sea garantizada en la planeación, desarrollo, control de estrategias que tengan en cuenta las consecuencias sociales y ambientales de la industria petrolera.

- La CONAIE propone también la creación de un fondo para las víctimas de la destrucción del medio ambiente, que pretende entre otras cosas recuperar los territorios envenenados.

- La intervención de un equipo internacional de mediadores de la Organización de Naciones Unidas

- La anulación de la séptima ronda de adjudicación de concesiones petroleras por parte del gobierno ecuatoriano.

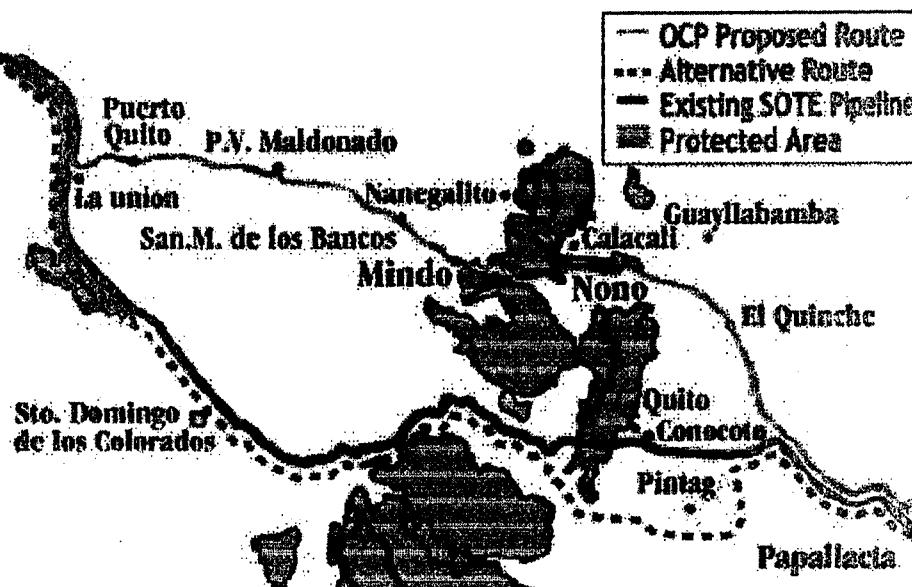
El trasfondo de estas peticiones, debido a los intereses locales, nacionales e internacionales que encierra, exige establecer en todo caso, una transparencia total en la información. Para futuros monitoreos y la previsión de situaciones, es necesario establecer el control a través de un sistema cartográfico de información. Este se construirá sobre la base de un mapa muy preciso que podrá ser consultado en el marco del proceso de planificación económica y de supervisión.

Dolarización y de nuevo construcción de oleoductos

El nivel decreciente del precio del petróleo ocasionó una baja en la economía. Los programas de adaptación estructural tuvieron efectos sociales desastrosos. El estado devaluó la moneda repetidamente, lo cual generó mayores dificultades para la población más pobre. Desde enero del 2000 se implantó el dólar como moneda nacional. Esto significa que los ecuatorianos no pueden conseguir divisas con cualquier producto en el mercado internacional, sino tan solo con aquellos que tengan mayor

demandas. Por eso el gobierno ecuatoriano piensa en el marco de su programa de „apertura“ doblar la producción petrolera y las exportaciones. Así mismo, propone privatizar la infraestructura del petróleo para atraer al capital extranjero hacia la economía dolarizada.

El Consorcio OCP, integrado por siete socios, pretende construir un nuevo oleoducto que transporte crudo pesado (Oleoducto de Crudos Pesados) desde la región amazónica hasta un puerto del pacífico norte a lo largo del actual trazado de la red que llega a la refinería de la SOTE. El nuevo oleoducto debe transportar el petróleo de los cinco pozos de la compañía nacional y el crudo de los pozos de los siete miembros del Consorcio. Este proyecto juega tanto para el Banco Mundial, como para el Fondo Monetario Internacional y para el Gobierno ecuatoriano un papel clave, dentro del plan económico proyectado para la solución del problema de la deuda externa. El Banco público alemán „Westdeutsche Lan-



Trazado para el Consorcio Oleoducto de Crudos pesados (OCP).
Fuente: Amazon Watch (21)

desbank“ es el socio financiero más grande a través de una inversión prometida de 900 millones de dólares.

El Consorcio y sus futuros administradores prefieren por razones económicas el trazado norte a pesar de que su construcción implica grandes riesgos ecológicos (22):

- El nuevo oleoducto atravesaría una selva tropical única y amenaza con destruir once reservas naturales, entre ellas la internacionalmente reconocida „Mindo-Nambillo“, declarada como la primera „Important Bird Area de América del Sur.“

- La utilización máxima de la capacidad del nuevo oleoducto exige además el incremento claro de la exploración y explotación petrolera en el Ecuador. Esto representa una amenaza seria de las selvas tropicales

ECUADOR

húmedas, consideradas como las más ricas en especies animales y vegetales del planeta, como el „Parque Nacional Yasuni”.

° La población que depende del turismo ecológico y vive a lo largo del trazado perdería la base de su existencia, y la pujante y creciente ramificación económica del ecoturismo sufriría un grave daño. La población local podría mover aproximadamente unos 600 millones de dólares a través del ecoturismo en los próximos veinte años, si no se destruye su capital: la selva tropical húmeda.

° Violando la Constitución han sido ignorados en la práctica las propuestas alternativas, las preocupaciones y miedos existenciales de los pobladores respecto al proyecto.

El trazado menos controvertido va cerca y a lo largo del oleoducto ya existente de SOTE (23). Con el trazo sur se protegería a la ya amenazada región de Mindo-Nambillo. No obstante un segundo oleoducto continuaría amenazando a los sistemas fluviales y a las comunidades locales, así como también a las subyacentes zonas de producción y tratamiento del crudo. Por lo demás, grandes derramamientos del crudo a lo largo de los dos trazados siguen siendo posibles, ya que es un reto muy grande, transportarlo por la geológicamente inestable región andina. Solamente en los últimos tres años hubo 14 accidentes en el oleoducto de la SOTE donde se regaron grandes cantidades del líquido.

Según la opinión de sus críticos, el examen de viabilidad ambiental para el trazado norte dado a conocer en abril del 2000 es totalmente inadecuado. A pesar de la oposición fuerte por parte de los científicos, de la industria ecoturística, de las comunidades locales, de los propietarios de la tierra, y sin ninguna discusión sobre trazados alternos, el Consorcio sigue desarrollando sus planes sobre la ruta norte.

El riesgo del Oleoducto

A la ya precaria situación económica se suman los problemas con el país vecino, Colombia y el flujo de colombianos desplazados desde las zonas en conflicto. Oleoductos siempre han sido objetivo militar en la lucha guerrillera colombiana. Entre tanto, pueden también llegar a ser objeto de ataque en el Ecuador.

Poco antes de la Navidad del año 2000 se atentó en varios sitios al oleoducto de la SOTE. Como consecuencia, se pensó en establecer en la región fronteriza el estado de excepción y designar un gobernador militar. Sobre el estado catastrófico de la economía esto no tendría repercusiones ya que la sobre demanda de alimentos básicos conduciría a su encarecimiento y a que la demanda sobre otros desapareciese. Además los empresarios ya encontraban que el comercio había disminuido un 65 % en las fronteras con Colombia. El atentado al oleoducto ocurrió después de que el gobierno ecuatoriano - en contra de la resistencia de la población

firmara un contrato para establecer en Manta una base militar norteamericana. Por su cercanía con la frontera sur colombiana, parten de allí los aviones destinados a combatir los cultivos de coca. En territorio ecuatoriano ya están siendo atendidos muchos colombianos que han sufrido envenenamiento a través de los químicos utilizados en las fumigaciones. Según se dice sufren de escozores en la piel y problemas respiratorios. Solo entre julio y diciembre del 2000 fueron desplazados 90.000 colombianos y 8.000 ecuatorianos que trabajaban recolectando la hoja en la región sur de Colombia.

Una parte de los desplazados ya ha „regresado“ a Colombia donde la confrontación armada es cada vez más intensa, debido a que las regiones ecuatorianas no se encuentran en capacidad de solucionar los problemas de la avalancha migratoria.

El alto Comisario de la Naciones Unidas para refugiados (UNHCR) llamó al Ecuador a prepararse a recibir de veinte a treinta mil desplazados por la guerra en Colombia. La lucha del comité permanente por los derechos humanos y de las organizaciones del movimiento social por exigir neutralidad total respecto al conflicto colombiano, tiene su expresión en la demanda presentada ante la Corte Constitucional, por la incongruencia con la Constitución ecuatoriana del contrato que da derecho a establecer una base militar norteamericana en suelo ecuatoriano. Esta base escapa de todo control por parte de las autoridades del Ecuador. En enero del 2001 se decidió la constitucionalidad de la base, sin embargo el estado ecuatoriano quiere seguir siendo neutral. Los militares ecuatorianos comentan que no tienen vehículos y gasolina suficiente, para poder controlar a los intrusos a lo largo de la frontera de 600 km. La policía constata que no tiene ni siquiera suficientes balas. El Ecuador entonces presenta exigencias para un apoyo más amplio por parte de los EE. UU. Ya hoy en día los grupos paramilitares colombianos amenazan en territorio ecuatoriano a los desplazados del vecino país. Los habitantes de la región dicen que no quieren verse comprometidos en el conflicto y que si es necesario abandonarían la región. El valor de las tierras fronterizas ha disminuido y están siendo compradas por colombianos. La propiedad campesina en el interior, se ha encarecido enormemente y la presión sobre la selva tropical húmeda aumenta cada día más para ser sembrada con plantaciones de coca.

Producción petrolera, deuda externa - Perspectivas ?

Desde 1972, cuando fue construido el primer oleoducto (SOTE), la deuda externa del Ecuador aumentó de 217 millones a 16.000 millones de dólares. Esto significa un endeudamiento per capita de 1.100 dólares, que es el peso de deuda por persona más alto de América Latina (24). En 20 años hasta 1990 aumentó 4 veces la

cuota de desempleo y el porcentaje de pobreza se duplicó en el mismo tiempo, según el respectivo informe de Naciones Unidas de 1997 (25). De los 2.400 millones de dólares correspondientes a ventas de petróleo en el año 2000, 1300 millones fueron a parar al servicio de la deuda y 1.000 millones se utilizaron para subsanar la quiebra de bancos comerciales, quedando tan solo 100 millones para gastos internos del país.

La necesidad de nuevo créditos y el alto endeudamiento obedece, según analistas económicos, a la corrupción imperante, a la falta de transparencia y participación pública en la toma de decisiones y a la confusión financiera en las decisiones sobre inversiones. Los precios inestables en el mercado internacional del petróleo hacen más difícil la situación, dificultando el cumplimiento del pago de la deuda (26).

Dentro de este ambiente es que en 1994 se „movilizan por la vida“ los pueblos indígenas, protestando contra el neoliberalismo. De la misma forma se alzan en 1997 contra la doctrina económica de Abdala Bucaram y exigen una Asamblea Constituyente. Esta se reúne en 1998 y reconoce por primera vez en la historia del Ecuador constitucionalmente los derechos colectivos de las comunidades indígenas y negras (Art. 84) y posibilita una autonomía relativa (Art. 85). La Constitución reformada no se refiere a „pueblos indígenas“, sino que trata las naciones indígenas como „minorías“. No solamente debido a estos factores continúan las protestas, en 1998 hubo necesidad de enfrentar los altos precios del gas y de la gasolina, así como las triquiñuelas de los bancos. Hasta hoy en día la mayor parte de la ganancia estatal se va a los bolsillos privados y las inversiones en empresas promisorias se dejan de hacer. Así es como la organización indígena ecuatoriana — CONAEI - lidera las protestas del 2000 — 2001, como punto de cristalización contra los escándalos, la corrupción y la incapacidad de las instituciones gubernamentales para regular los problemas sociales.

En el año 2000 la protesta logra incluso la dimisión del presidente Jamil Mahuad, después de que representantes de la CONAEI pidieron a la cúpula militar ecuatoriana, apoyo para encontrar soluciones de fondo a la crisis económica y social del país. Una gran cantidad de indígenas llegaron desde los más apartados rincones para llamar la atención sobre su peculiar y precaria situación y la de todo el pueblo ecuatoriano. Un indicio de la crisis social es la cuota de subempleo, que en los últimos años llega a un 60 %. Así mismo sesenta por ciento de la población económicamente activa devenga menos de 2 dólares al día.

Desde comienzos de 1990 participan representantes indígenas en procesos electorales, conjuntamente con otras listas y logran resultados importantes. En 1996 se conforma una lista común con otros movimientos sociales - el Movimiento Plurinacional Pachakutik - Nuevo País

- y se logra conquistar ocho escaños, entre ellos uno para el representante indígena Valerio Grefa. „Pachakutik“ entre tanto ha logrado establecerse, gobernando en 34 alcaldías y 5 prefecturas. Algunos de los elegidos no han estado a lo alto de las circunstancias y han desaparecido en el pantano de la corrupción. En consecuencia, las organizaciones indígenas protestaron en contra del nombramiento de Luis Maldonado, representante de renombre de los aborígenes, como ministro de Desarrollo Social.

Si el movimiento indígena ha llegado al nivel actual, deja entrever que ha sucedido un cambio en su aceptación social en el país. Su movilización en los años noventa de 2000, es un aporte esencial a la apertura democrática del Ecuador. Las protestas significaron no solo los referidos cambios en la Constitución, sino también la reforma de procedimientos legales sobre la compatibilidad ambiental de proyectos. No obstante los derechos sobre la propiedad, la utilización de la tierra y los recursos por parte de los aborígenes se relegan en caso de duda a favor de los intereses de capitalización del estado en este sector económico. Los derechos de consulta dentro de la legislación ambiental han sido recortados. Ecuador no hace parte hasta ahora de la agenda de opinión crítica internacional, aspecto que puede cambiar como consecuencia de las protestas contra el oleoducto en el norte del país y abrir nuevos espacios de maniobra no solamente para los aborígenes.

Qué hace la comunidad internacional en relación con los problemas ecuatorianos?

Los ambientalistas por un lado, como UNEP, UNCED, IUCN, etc. y las instituciones financieras del otro, exigen políticas diametralmente opuestas. Si nos preguntamos por una política internacional, nacional y local sustentable, las exigencias de Judith Kimerling no han perdido su vigencia, más aún siguen siendo más actuales que nunca. Solo se trata de condonar la deuda y a mediano plazo combatir las causas de la acumulación de la deuda a través de más transparencia nacional e internacional y participación pública en los procesos de decisión. Apoyar el desarrollo de fuentes de energía alternativa, que comparativamente son más económicas que los irreparables costos sociales y ecológicos de largo plazo, por la destrucción de la selva húmeda tropical y el envenenamiento de sus ríos, se hace cada día más indispensable.

El reto después de los debates públicos para el „Westdeutsche Landesbank“ es de apoyar la estrategia de desarrollo sustentable. La otra posibilidad sería hipotecar el futuro de las generaciones venideras sin poder responder nunca por las consecuencias de esta decisión.

Clarita Müller-Planzenberg

Universität Göttingen

Traducción: Carlos Hainsfurth

ECUADOR

Fuentes :

- 1) Acción Ecológica: Amazonía por la Vida, Guía Ambiental para la defensa del Territorio Amazónico amenazado por las Petroleras, Quito 1994
- 2) Uquillas Jorge: Adjudicación y demarcación de territorios indígenas en la cuenca Amazónica: el caso del Ecuador, en: CEREC/GAIA (1993). Reconocimiento y Demarcación de Territorios Indígenas en la Amazonía, Bogotá 1993, p. 285-303.
- 3) Las Nacionalidades Indígenas en el Ecuador: Nuestro proceso organizativo, Quito 1989, p.91
- 4) CESR: Violaciones de derechos en la Amazonía ecuatoriana, las consecuencias humanas del desarrollo petrolero, Quito 1994, p.17.
- 5) Roldán, Roque y otros: Consolidación de Tierras / Territorios Indígenas, el Caso del Ecuador, TCA, Ministerio de Relaciones, Lima 1994
- 6) Roldán, ob.cit.
- 7) Descola Ph.: La Selva Culta, Simbolismo y praxis en la ecología de los Achuar, Quito 1989; Hames, Raymond B.; Vickers, William T.: Teorías sobre las respuestas adaptativas de los nativos de la Amazonía, Quito 1987; Naikiai, Verónica: El uso del ecosistema en el antiguo pueblo Shuar, en: Juncosa, José E. (comp.): Los Guardianes de la Tierra, Los indígenas y su relación con el medio ambiente, Quito 1992.
- 8) Kimerling, Judith con la Federación de Comunas Unión de Nativos de la Amazonía Ecuatoriana: Crudo Amazonico, Quito 1993.
- 9) idem, p.III
- 10) ibidem, p. 108
- 11) Expresión de un colono citada por Kimerling 1993, p. 108
- 12) Jochnick Chris, Norman, Roger, Zaidi, Sarah: Violaciones de derechos en la Amazonía Ecuatoriana, Las Consecuencias Humanas del Desarrollo Petrolero, Centro para Derechos Económicos y Sociales, Quito, enero-marzo 1994, p. 19
- 13) Kimerling, ob.cit p.85
- 14) DIGEMA 1989, ob, cit Kimerling, p. 150
- 15) Kimerling, p. 50
- 16) idem, p. 44
- 17) The World Bank 1989. cit Kiperling 1993, p. 66
- 18) Kimerling, p. 125
- 19) Chris Jochnik
- 20) Chris Jochnik, p. 7-9
- 21) OCP es un consorcio formado por siete multinacionales: Occidental Petroleum (USA), Alberta Energy (Canadá), Kerr Mc Gee (USA), AGIP (Italien), Perez Company (Argentina), Repsol YPF (España) y Techint (Argentina).
- 22) Pro Regenwald Update München 1.9. 2001
- 23,25 y 26) Amazon Watch, Mega Project Alert, The New Heavy Crude Pipeline, en: Ecuador, Topanga, CA 90290 USA. www.amazonwatch.org
- 24)Centro de Derechos Económicos y Sociales: El petróleo no es eterno, Quito 1999, citado según Amazon Watch , Mega Project Alert, OCP Alert

Herausgeber / Edita

Kolumbiengruppe Berlin / Grupo Colombia Berlín
colombiaberlin@gmx.de

FDCL e.V. (Forschungs- und Dokumentationszentrum
Chile-Lateinamerika/ Centro de Investigación y Docu-
mentación Chile y América Latina)
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
Tel. 030-6934029; Fax: 030-6926 590
fdcl-berlin@t-online.de
www.fdcl.org

Layout / Diseño

Yasmin Córdoba Schwaneberg

Lateinamerika Nachrichten
Gneisenaustraße 21
10961 Berlin, Tel. 030/ 6946 100
Auflage, Oktober 2001

Umschlag / Cubierta

Die älteste bekannte Abbildung (süd)amerikanischer
Indianer (1507) / Primera imagen ilustrada de Indígenas
(sud)americanos.

Bilder / Fotografías

Jens Holst

Für weitere Recherchen zu diesem oder anderen
Themen stehen wir euch im Archiv des FDCL gerne
zur Verfügung. Öffnungszeiten: Mi & Fr 14- 17 Uhr, Do
10 - 14 Uhr oder nach Vereinbarung /
El Archivo del FDCL está a disposición para ampliar la
investigación sobre este u otros temas. Horario de
atención al público: Mi & Vi 14 - 17h, Jueves 10 - 14h
o según cita.

Berlin, Octubre 2001

